KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
5. JAN. 1911

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 51/52.

Des Weihnachtsfestes wegen Doppelnummer.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 16. bis 29. Dezember 1910.

Posen, den 3. Januar 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 294 des Dziennik Poznański (Posen) vom 24. Dezember 1910:

Betrifft Reisen.

Gegenüber irrig verbreiteten Gerüchten bemerken wir auf Grund genauer Informationen, daß die Summe, welche die preußische Regierung an die Erben des Fürsten Anton Sulkowski als Entgelt für den Verzicht auf das Recht, Reisen zu erlangen, zu zahlen sich verpflichtet hat, bisher nicht ausgezahlt worden ist. Die Regierung steht unter Berufung auf die in der Presse veröffentlichten Ankündigungen neuer Prozesse auf dem Standpunkt, daß sie noch nicht in dem ruhigen Besitz von Reisen sei. Die Sache ist somit noch nicht beendet.

Aus Nr. 288 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 20. Dezember 1910:

Zu jenen, welche Reisen verschachert haben, gehörte Graf Anton Wodzicki, über welchen sich die Lemberger Zeitschrift „Rzeczpospolita" folgendermaßen ausdrückt:

Was Herr Anton Wodzicki wert ist, das war schon längst kein Geheimnis mehr. Man wußte, daß seine Hauptbeschäftigung das Kartenspiel war, zu welchem er Junge und Alte heranzog, und zwar in einer geradezu Ärgernis erregenden Weise. Man wußte, daß dieser Politiker, der auf eine erstklassige Stellung reflektierte und in den wichtigsten Angelegenheiten und Augenblicken das Wort ergriff, nichts versteht, daß in seinem Kopfe niemals ein ernster Gedanke entstanden ist, daß er, wenn er sich in die Politik überhaupt einmal einmischte, dies nur der Intriguen wegen tat.

Trotzdem man nun seit November 1900 über diesen schändlichen Reisener Vertrag unterrichtet war, trotzdem alle, auch die konservativen Zeitungen im preußischen Anteil mit öffentlichen Anklagen gegen Herrn Wodzicki hervortraten, trotzdem diese Anklagen einen starken Widerhall in den Zeitungen eines jeden Landesteils fanden, spielte Herr Anton Wodzicki auch fernerhin eine Rolle.

Manche Handlungen des Herrn Wodzicki setzten durch ihre Frechheit die Leute geradezu in Erstaunen; es wäre schwer, sie nicht mit seinem vertrauten Verkehr mit der preußischen Regierung in Verbindung zu bringen. Es ist bekannt, daß einige Monate vor der Grunwald-Feier gerade Herr Wodzicki mit seinem berüchtigten Brief gegen die Feier hervortrat, in welchem er dazu riet, sich auf Trauergottesdienste zu beschränken. Diesen Brief lobten die deutschen Zeitungen überaus. Später, gelegentlich des Besuches Kaiser Wilhelms in Wien und der Festlichkeiten, von welchen sich die Polen fernhielten, erschien gerade Herr Anton Wodzicki in der Jagdausstellung und verbeugte sich vor dem preußischen König. Schließlich rief Herr Wodzicki in der letzten Delegationssitzung allgemeines Erstaunen hervor, und zwar durch seine in rein preußischem Geiste gehaltene Rede.

Wunderbarer indessen als das, was Herr Anton Wodzicki selbst tut, ist das, wie sich die anderen ihm gegenüber verhalten.

Unlängst wählte der Rat des Kreises Chrzanow seinen Präsidenten, den Kreismarschall. Zweimal wählte man einstimmig Herrn Anton Wodzicki, und als er zweimal auf diese Würde verzichtete, wählte man ihn zum dritten Male einstimmig, und nun ließ sich der große Bürger erbitten und nahm die Wahl an. Mit welchen Worten dies geschehen ist, ist nicht bekannt, vielleicht hat er, wie einst der große Führer, erklärt: „Für meine Sünden nehme ich es an."

Ähnliche Dinge können nur bei uns geschehen, wo alles vor jedem Taugenichts auf den Bauch fällt, wenn er nur im Auslande herumsäuft und blaues Blut hat.

Aus Nr. 294/295 des Orędownik (Posen) vom 24./25. Dezember 1910:

Was sagt uns die letzte Volkszählung in Posen?

Schon in der gestrigen Nummer haben wir im allgemeinen das Ergebnis der letzten Volkszählung in der Stadt Posen angegeben. Da einzelne Zahlen ungenau waren, geben wir sie nachstehend nochmals wieder, indem wir daran die Bemerkungen schließen, welche sich mit Rücksicht auf unsere Lage uns aufdrängen.

Polen wurden 89 428 Köpfe oder 57,07 der Gesamtbevölkerung gezählt, „Zweisprachige" 1013 oder 0,65 %, Deutsche 65 467 oder 41,78 %, Einwohner anderer Muttersprache 253 oder 0,34 %, zusammen 156 696 Köpfe. Das bedeutet, daß unsere zahlenmäßige Kraft im Vergleich zu dem Jahre 1905 um 11 444 Köpfe, und der Prozentsatz der Polen von 57,0 % auf 57,07 % gestiegen ist. Wir haben also jene Grenze von 60 % nicht erreicht, die durch den Sprachenparagraphen geschaffen worden ist, das ist eins! Und das zweite: der Zuwachs an Polen ist zwar eine deutlich erfreuliche Erscheinung, aber nur in einem gewissen

Grade, wenn man die vergleichende Zusammenstellung berücksichtigt.

Polen wurden im Jahre 1905 — 77 984, jetzt 89 428 gezählt. Der Prozentsatz der Polen betrug im Jahre 1890 — 50,76, im Jahre 1900 — 55,82, im Jahre 1905 — 57,0, im Jahre 1910 — 57,07 %. Das prozentuale Wachstum der Kraft der Polen im Verhältnis zu der Allgemeinheit der Bevölkerung hat somit fast völlig aufgehört, es beträgt nur 0,07 %.

Deutsche gab es im Jahre 1905 — 57 943, im Jahre 1910 — 65 467, d. h. sie haben um 7524 (11,49 %) zugenommen, während an Polen, wie wir bereits bemerkten, 11 444 (12,44 %) hinzugekommen sind. Das prozentuale Verhältnis der Deutschen zu der Allgemeinheit der Bevölkerung stellt sich unter Berücksichtigung der früheren Volkszählungen wie folgt dar: im Jahre 1890 — 49,09, im Jahre 1900 — 43,94 %, im Jahre 1905 — 42,35, im Jahre 1910 — 41,78 %. Das prozentuale Verhältnis der Deutschen zu der Allgemeinheit der Bevölkerung hat sich somit auch diesmal zu ihren Ungunsten geändert, indem es um 0,57 % sank, aber diese Abnahme verringert sich in jedem fünfjährigen Zeitraum, sie betrug nämlich noch bei der vorigen Volkszählung 1,59 %.

Die Sache würde sich für uns zweifellos günstiger darstellen, wären nicht der Druck auf die abhängigen und minder nationalbewußten Elemente. Durch diesen Druck erklärt sich die Zahl von 1013 Köpfen oder 0,65 % „Zweisprachigen", die fast alle der polnischen Volksgemeinschaft angehören. Das Gleiche muß man von der Bevölkerung mit „unbekannter" Muttersprache sagen, deren 535 Köpfe oder 0,34 % gezählt wurden. Wir sind bei der Agitation, die der Volkszählung vorausging, selbst auf solche Individuen gestoßen, die sich fürchteten, sich zu der polnischen Muttersprache zu bekennen, und welche die betreffende Rubrik überhaupt nicht ausfüllen wollten. Rechnet man diese beiden Kategorien zu den 57,07 % hinzu, die ihr Polentum offen zu erkennen gegeben haben, so erhalten wir 58,06% der Bevölkerung, die zweifellos zu uns gehört, abgesehen von den Nichtaufgeklärten, denen so mancher Germanisator bei der Volkszählung das Wort „deutsch" direkt unterstrichen hat.

Zur Vervollständigung muß noch hinzugefügt werden, daß die verschiedenen übrigen Nationalitäten 253 Personen oder 0,34 % angegeben haben.

Die Statistik betreffend die Muttersprache versetzt jeden in Nachdenken, der sie mit der konfessionellen Statistik vergleicht.

Heute wollen wir nur soviel sagen, daß Katholiken 100 476 Köpfe oder 64,12 % gezählt worden sind. Da es nur 89 428 Polen geben soll, so würde das besagen, daß wir in Posen 11 048 Deutschkatholiken oder 11 % der Allgemeinheit der Katholiken haben. Wieviel gibt es unter diesen „Deutschkatholiken" tatsächlich abhängige und minder nationalbewußte Polen? Man könnte das nur dann feststellen, wenn unsere geistliche Behörde für die einzelnen Posener Parochieen eine eigene Statistik der Polen und Deutschen besäße.

Zum Schluß bemerken wir heut bezüglich der Konfessionen nur soviel, daß man 100 476 Katholiken, 49 906 Evangelische, 5611 Juden, 168 Leute anderen und 535 unbekannten Bekenntnisses gezählt hat. Der Prozentsatz der Juden ist von 4,21 auf 3,58 % gesunken.

Nun kommen wir auf die Einzelheiten der konfessionellen Statistik.

Katholiken sind, wie erwähnt, 100 476 gezählt worden. Prozentual stellt sich das Verhältnis der Katholiken zu der Allgemeinheit der Bevölkerung seit der Zeit des Kulturkampfes wie folgt dar: 1871: 50,40 — 1880: 54,07 — 1890: 57,72 — 1900: 62,73 — 1905: 64,04 — 1910: 64,12. Wir sehen somit, daß das prozentuale Anwachsen der Katholiken fast ganz aufgehört hat, es beträgt nämlich nur 0,08. Wir erinnern daran, daß das statistische Amt das Anwachsen der prozentualen Macht der Polen mit 0,07 angibt.

Die Entwickelung des evangelischen Elements, das sich gegenwärtig auf 49 906 Köpfe beziffert, stellt sich in dem gleichen Zeitraum wie folgt dar: 1871: 36,70 — 1880: 34,98 — 1890: 33,18 — 1900: 31,97— 1905: 31,49 — 1910: 31,85. Die Evangelischen können sich somit seit den Zeiten des Kulturkampfes zum ersten Male eines prozentualen Zuwachses, und zwar in Höhe von 0,36 rühmen.

Sowohl dieser Zuwachs, als auch der Zuwachs von 0,08 % Katholiken hat sich auf Kosten der Juden vollzogen. Man zählte deren gegenwärtig in Posen 5611. Über ihre prozentuale Entwickelung geben die nachstehenden Angaben Auskunft: 1871: 12,97 — 1880: 10,91 — 1890: 8,80 — 1900: 5,12 — 1905: 4,21 — 1910: 3,58. Das bedeutet, daß der Prozentsatz der Juden wieder um 0,63 % gesunken ist.

Beim Vergleich der konfessionellen mit der sprachlichen Statistik kommen wir zu folgenden, durch das Leben bestätigten Schlüssen:

Die Kraft des jüdischen Elements erschwächt unausgesetzt, was zum Vorteil unseres Mittelstandes, besonders des polnischen Kaufmannsstandes ausläuft. Die Vermehrung des evangelischen Elements ist das Werk des Regierungssystems, welches nach Posen immer mehr Beamte befördert. Ungeachtet dessen und trotz der Schaffung des Wechselbalgs „Zweisprachige" sowie der Leute mit „unbekannter" Muttersprache hat die Regierung im Endergebnis nur soviel zu erreichen vermocht, daß sich im Vergleich zu früheren Jahren der prozentuale Rückgang der Allgemeinheit der Deutschen auf 0,57 und das prozentuale Anwachsen der Polen auf 0,07 vermindert hat.

Das zeugt zweifellos von der natürlichen Kraft des polnischen Elements; es unterliegt aber andererseits keinem Zweifel, daß die Regierung auch fernerhin alles daran setzen wird, um mit Hilfe von künstlichen Mitteln das deutsche Element zu heben. Und in gewissem Maße kann ihr das auch in Zukunft gelingen.

Damit muß man rechnen, daher die polnische Bevölkerung um so mehr systematisch nationalbewußt machen und sie systematisch mit nationaler Hut umgeben. Es reicht nicht hin, agitatorische Losungen im letzten Moment unmittelbar vor der Volkszählung unter die Massen zu werfen. Es gilt, sich der Bequemlichkeit zu entäußern. Waren wir doch jüngst Zeugen einer solchen Saumseligkeit, daß im manchen Bezirken unserer Stadt die dazu berufenen Faktoren überhaupt die Agitation nicht auf sich nehmen wollten, sondern die ganze Arbeit auf die Presse abwälzten. Denn so pflegt es zu sein, daß man die Presse bei jeder Gelegenheit zu kritisieren weiß, daß aber, wenn es heißt, die Ärmel aufzustreifen und den Nacken hinzuhalten, die Journalisten dazu „wie geschaffen" sind.

Wir hegen die Hoffnung, daß der folgenden Volkszählung eine Aufklärungsarbeit am häuslichen Herd vorangehen wird, welche eine ganze Reihe von Wochen anhält. Nur auf diese Weise können wir, indem wir uns nach dem Muster der Tschechen richten, die „Zweisprachigen", sowie diejenigen Elemente offen zu Gunsten unserer Sache gewinnen, deren Muttersprache „unbekannt" ist. Wir legen überhaupt der Agitation von Mund zu Mund großes Gewicht bei, und wir freuen uns darüber, daß der Straschverein jetzt nach den Erfahrungen, die in den letzten Wochen bei der Wahl von Vertrauensmännern gemacht worden sind, von neuem dazu zu schreiten beabsichtigt, in unserer Stadt eine unausgesetzte Agitation von Mund zu Mund zu organisieren.

Aus Nr. 286 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 17. Dezember 1910:

Die Rede des Abgeordneten Grafen Mielzynski

hat der Mehrheit der polnischen Fraktion nicht gefallen. So berichtet der Dziennik Berlinski, der zugleich bemerkt, daß die Abgeordneten eine solche Programmrede vorher genau besprechen müßten, anstatt darüber empört zu sein, wenn es zu spät ist.

Die Rede des Grafen Mielzynski hat in den Kreisen der aufgeklärteren Bürger große Beunruhigung hervorgerufen, denn Graf Mielzynski hat sich auf unerhörte Art an das Herz der Regierung gewandt, die ihn deutlich abgeschüttelt hat. Nach der „Finanzreform", den Zeppelin-Fahrten, der Pilgerfahrt ins Schloß und so vielen anderen Seitensprüngen scheint die lakeienhafte Offerte des Vertreters der polnischen Fraktion die Fortsetzung der Versöhnungspolitik zu sein.

Aus Nr. 289 des Kurjer Poznański (Posen) vom 18. Dezember 1910:

Aufklärung des Verfassers des Artikels im „Filareta".

Man hat mir vorgeworfen, ich verunglimpfe die nationale Vergangenheit, ich hätte Slowacki gemißbraucht, — fast hat man mich mit den Sozialisten und mit den Juden auf eine Stufe gestellt, welche den polnischen Adler bespeien, mit einem Worte, man hat maßlose und sehr schmerzhafte Vorwürfe erhoben. Kein Wunder, daß ich unter dem Eindruck dieser Vorwürfe, und in der Überzeugung, daß sie mich unbillig treffen, da ich bezüglich der Verehrung der Vorfahren völlig mit dem einverstanden bin, was meine Kritiker geschrieben haben, eine scharfe Antwort erteilt habe.

Der Absatz, um den es sich im „Finareta" handelt, ist, wie ich mich überzeuge, so verstanden worden, als hätte ich gesagt, unsere Vorfahren, die in den napoleonischen Reihen kämpften, seien ohne Ausnahme Drohnen und Müssiggänger gewesen. Diese Worte enthalten in der Absicht des Autors, der die Helden aus unserer Vergangenheit nicht minder als andere verehrt, eine durchaus andere Bedeutung. Der Artikel vom verstorbenen Pfarrer Wawrzyniak war kein programmatischer. Darum bedaure ich, daß man ihn nicht im Zusammenhang mit meinen anderen Schriften in dieser Sache traktiert hat, und daß man ihn nicht mit dem verglichen hat, was Slowacki vom farbigen Ulanen geschrieben hat.

Das sehr unglückliche Polen, welches die Mission vergessen hatte, die es einst in der Welt erfüllte, begann französische Ideen nachzuahmen. Im eigenen Geiste dagegen stellte es seine Produktivität unter das Zeichen des farbigen Ulanen, der im aristokratischen Lager als der Gedanke der Ordnung, im demokratischen hingegen als körperliche Gleichheit gilt. Was bleibt denen übrig, die sich nach dem Muster eines solchen Ideals nicht bilden können? Was wird mit dem Greise, mit dem Kaufmann, mit dem Zivilbeamten, mit dem bäuerlichen Wirt? Keiner von ihnen kann, wie wir sehen, in jedem Augenblicke Patriot sein. Und so beraube sich das 20 Millionen Köpfe starke Band durch die Ausschließlichkeit seines Ideals der täglichen Anstrengung von 19 Millionen, und es wandte seinen Blick nur der einen Million ausgehobener Jugend zu. Den Gizot, Tiers und Lamartine wird man bis zum Sarge vorwerfen, daß sie nicht in Afrika gedient und nicht als Unteroffizier geholfen hätten, den Ruhm des französischen Schwerts zu mehren. Einzig des Alters wegen wird man dem alten Peel verzeihen, daß er nicht selbst mit eigener Hand Handbomben auf Peking geworfen hat.

Darum sagte ich, man müsse über das Ideal des Ulanen, ohne es keineswegs zu vernichten, eine höhere wahre Idee stellen.

Slowacki schreibt also, man müsse über das Ideal des farbigen Ulanen eine höhere Idee stellen.

Wenn ich geschrieben habe, man dürfe den farbigen Ulanen nicht vergöttern, so habe ich darunter verstanden, daß man ihn nicht als das höchste Ideal hinstellen dürfe.

Da es sich mir darum handelte, grade den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß man die Idee des farbigen Ulanen nicht über alles stellen dürfe, habe ich die Fortsetzung der Ausführungen Slowackis, die meinen Anschauungen keineswegs zuwiderlaufen, nicht zitiert, da ich sie in diesem Zusammenhange für überflüssig hielt.

Wen bezeichnet der farbige Ulan. Ich hatte ebenso wie Slowacki niemanden konkret im Sinn, nur jene eine Million ausgehobener Jugend, welche das tägliche Streben von 19 Millionen ausschließt. Wenn der Soldat, dessen Geschäft und Existenzberechtigung der Krieg ist, das Ideal einer Nation sein wird, so wird in einer solchen Nation die friedliche Arbeit das Los des Aschenbrödels treffen. Aber Friede und friedliche Arbeit sind doch der normale Zustand einer Nation. Was wird der Soldat in der Friedenszeit machen? Er wird den Krieg erwarten, das heißt, er wird für die positive schöpferische Tätigkeit der Nation nichts sein.

Was die Polen betrifft, die im napoleonischen Dienst standen, so muß, wenn man die Sache objektiv nimmt, festgestellt werden, daß sie für eine fremde, manchmal leider schlechte Sache gekämpft haben. Subjektiv, so weit ihre Absichten, ihre Hoffnungen und ihr Glauben ins Spiel kommen, waren sie Patrioten, denn sie kämpften in der Überzeugung, daß Napoleon Polen wiederherstellen werde. Ihr guter Wille unterliegt keinem Zweifel. Und da sie überdies sich mit beispiellosem Mut geschlagen haben, wird niemand ihnen den Titel „Helden" absprechen, am wenigsten ich selbst.

Ähnlich verhält sich die Sache mit den Aufständischen. Die Aufständischen waren Helden. Daß die Aufstände aber ein Unglück gewesen sind, das unterliegt doch wohl keinem Zweifel. Daß sie eine Verblendung waren, besonders im Jahre 1863, darüber hat, soviel mir bekannt ist, die öffentliche Meinung ihr Urteil abgegeben. Voll und ganz erkenne ich an, daß der Mensch nicht von Brot allein lebt, und daß der Idealismus im Leben einer Nation unerläßlich ist.

K. J. K.

Angesichts der offenbaren Tendenz des Autors, die Sache zu mildern, antworten wir nur soviel:

Der Autor selbst hat die scharfen Kritiken herausgefordert, sowohl durch den Inhalt, als auch durch den geringschätzigen, das patriotische Empfinden verletzenden Ton seiner Ausführungen in den Spalten des Filareta. Diese ganz allgemeinen Ausführungen konnte man nicht anders auffassen, als man sie tatsächlich aufgefaßt hat. Hätten wir uns im Sinne des Wunsches des Autors auf seine sonstigen Arbeiten berufen, so hätten diese überwiegend dasselbe gesagt, wie der Artikel im Filareta. Spricht doch der Verfasser z. B. in seiner Broschüre über die „sozialen und nationalen Pflichten" gleichfalls stichelnd davon, daß die Volksgemeinschaft „die Aufstände heldenhafte Taten nenne."

Über die Worte Slowackis werden wir uns nicht im einzelnen auslassen. Es ist darüber genug geschrieben worden, und man hat der willkürlichen Interpretation, die K. J. K. den Worten des Poeten gegeben hat, die

Taten Slowackis gegenübergestellt. Was würde der Verfasser übrigens sagen, wenn jemand anders sich zur Abwechselung auf den Passus Slowackis beriefe, welcher von K. J. K. ausgelassen bzw. durch Punkte angedeutet worden ist und der vom Jesuitismus spricht? Sieht der Verfasser alles, was in Slowacki steht, für ein politisches Dogma an, und zwar auch für die Jetztzeit?

Es ist schwer zu verstehen, welchen Zweck heut dieser Kampf des Filareta gegen den farbigen Ulanen hat. Sündigt unsere Volksgemeinschaft in der Tat durch übermäßige, einseitige „Vergötterung" des Ulanen? Auf eine solche Behauptung hin würde sich Slowacki als Erster im Grabe umdrehen. Der Kampf gegen das Ideal eines Soldaten wäre in unserer Volksgemeinschaft und in den heutigen Zeiten ein Rätsel, wenn man auch nicht begriffe, daß es sich eigentlich um etwas anderes handelt: um den Kampf gegen die ganze ideelle Richtung, welche die Aufrechterhaltung des Kultus des „farbigen Ulanen" und dessen, was mit ihm zusammenhängt, in unserer Volksgemeinschaft für eine ihrer moralischen Aufgaben hält. Nebenher machen wir übrigens den Verfasser darauf aufmerksam daß in der deutschen Volksgemeinschaft das Ideal des Soldaten eine sehr, sogar in seltener Weise hervorragende Rolle spielt, und K. J. K. wird doch kaum sagen, daß gerade in dieser Volksgemeinschaft „die Friedensarbeit das Los des Aschenbrödels treffe".

Den Aufständischen gesteht K. J. K. jetzt im ausgesprochenen Gegensatz zu der oben erwähnten Broschüre zu, sie seien Helden gewesen. Wenn aber der Aufstand vom Jahre 1831 ein „Unglück" gewesen ist, so war der Gedanke des Aufstandes kein solches. Dieser Gedanke war absolut nicht aus Verblendung erwachsen; und er konnte ganz und gar realen Erfolg haben, aber das Unglück war die Unfähigkeit der Mehrheit der Führer des Aufstandes. Ebenso sind wir mit der Behauptung nicht einverstanden, daß die Polen, welche in napoleonischen Diensten standen, für die polnische Sache nichts ausgerichtet haben. Wir weisen nur auf das Großherzogtum Warschau hin, aus welchem heraus sich das Kongreßkönigreich entwickelt hat.

Aus Nr. 289 des Kurjer Poznański (Posen) vom 18. Dezember 1910:

Der Standpunkt der Posener Jugend.

Gestern fand in der Ressource der jungen Kaufleute eine Versammlung junger Leute auf Grund von persönlichen schriftlichen Einladungen statt. Die Versammlung, an welcher mehr als 100 Vertreter der Jugend teilnahmen, beschloß nach einer entsprechenden Diskussion einmütig die nachstehende Resolution:

Die versammelte Posener Jugend erhebt feierlich Protest gegen die Verunglimpfung der dem ganzen polnischen Volke teuren Tradition und der Kämpfe nach der Teilung, sowie gegen das Schmälern des Andenkens der Helden dieser Kämpfe, wie es sich das Blatt Filareta, das sich ein Organ der großpolnischen Jugend nennt, in einem dem verstorbenen Prälaten Wawrzyniak gewidmeten Artikel hat zuschulden kommen lassen.

Der Umstand, daß die nichtswürdigen Ausfälle gegen das, was die ganze Volksgemeinschaft als heilig anerkennt, mit dem Namen und der Tätigkeit des Prälaten Wawrzyniak, dessen Namen besonders die großpolnische Jugend mit größter Verehrung umgibt, in Verbindung gebracht wurden, verdient doppelt verurteilt zu werden.

Angesichts dessen erkennt die Posener Jugend weder das Blatt Filareta, noch die darin geoffenbarten Tendenzen als die ihren an, die Jugend wird wie bisher, so auch in Zukunft, den Idealen treu sein, welche den heldenhaften Anstrengungen der Generationen nach der Teilung vorangeleuchtet haben.

In diesem Sinne gelobt auch die Jugend die erhabene Losungen und Grundsätze der Philareten zu pflegen; dagegen brandmarken die Versammelten den Mißbrauch dieser Losungen zu verkehrten Zielen, wie sie in dem Blatt Filareta zu Tage getreten sind, als Schacher mit dem Namen derjenigen, welche Mickiewicz geführt hat.

Das Präsidium der Versammlung der Posener Jugend.

Stephan Andrzejewski, Vorsitzender;
Stanislaus Janczewski, Schriftführer;
Stan. Broniucz, Beisitzer;
Edmund Fortaniak, Beisitzer;
Siegmund Manowski, Beisitzer;
Stanislaus Schultz, Beisitzer;
Czeslaus Szczepski, Beisitzer;
Vinzent Wesolowski, Beisitzer.

Aus Nr. 295 des Kurjer Poznański (Posen) vom 25. Dezember 1910:

Die Verteidigung Napoleons.

Man schreibt uns aus der Provinz von angesehener Seite her:

Bei einer gewissen Kategorie von Leuten ist es in Mode gekommen, unsere Aufstände zu verunglimpfen und die napoleonische Idee systematisch herabzuwürdigen. Der Dreiste, welcher die Herausgabe eines Blattes mit den gewöhnlichsten Gemeinplätzen eingeleitet und damit geschlossen hat, die heldenhaften Kämpfe um die Unabhängigkeit zu bespeien, ist, wie ein schlechter Schauspieler, vom Publikum ausgepfiffen worden; aber die in letzter Zeit von Ignoranten und Dummköpfen verunehrte Gestalt Napoleons verlangt noch eine Genugtuung.

Ein Polen hat es am Ende des 18. Jahrhunderts nicht gegeben. Geistig gestorben war es schon zu Zeiten der Herrscher aus dem sächsischen Hause. Vor den Teilungen führen die Russen den Bischof Soltyk aus der polnischen Hauptstadt fort, und sie entführen ihn in das Innere Rußlands. Wochenlang fährt man den polnischen Bischof durch das katholische Land, welches sich geißelte, welches fastete, welches sich einer verstandeslosen Devotion hingab und dicht mit Klöstern besät war, — und nicht eine Hand erhebt sich zur Verteidigung des verhafteten Kirchenfürsten. In der ersten Teilung nimmt man uns 4000 Quadratmeilen, und die gedankenlose Nation schwang sich nicht dazu auf, einen Tropfen Blut zu ihrer Verteidigung zu vergießen. Die begüterten Familien gaben ihre Söhne schockweise in das preußische Kadettenhaus in Culm. Krasicki — im übrigen der genialste Mensch seiner Epoche — amüsiert sich in Potsdam, witzelt mit Friedrich, nennt ihn seinen Großvater und gestattet ihm, seine Schulden zu bezahlen. Karpinski schreibt Verse an Katharina. General Sowinski, der spätere Held der Redoute von Wola, kämpft am Tage des Erlöschens der Revolution bei Jena als Artillerieoffizier auf preußischer Seite. Lubecki, der spätere glänzende Finanzminister Kongreßpolens, tritt als junger Offizier in die russischen Reihen und kämpft in der Schweiz unter Suwarow. Es gab kein Polen. — Welch' eine merkwürdige, späteren Generationen unverständliche Resignation gegenüber den gewaltsamen, politischen Umwälzungen. Zum Huldigungsakt in Polen unterm 8. Mai 1793, an dem wie zur Ironie

ausgewählten Tage des Schutzpatrons Polens, gestellten sich in Posens Mauern 1500 adlige und 700 städtische Deputierte, um zunächst durch eine Messe in der Pfarrkirche, und sodann durch einen glänzenden Ball im Sorowskischen, später Dzialynskischen Palais den Übergang der großpolnischen Wojewodschaften unter preußische Herrschaft zu feiern. Währenddes singen Warschauer Literaten und Poeten empfindungsvolle Lieder an verschiedene Lauras, Sylphiden und Nixen, sie schildern die Schönheiten des Lustschlosses Zofijowka. In der ganzen Literatur ist auch nur ein Schrei des Schmerzes und der Verzweiflung vergebens zu suchen.

Erst Napoleon rüttelte die Nation vulkanartig auf. Napoleon verdanken wir die politische und geistige Gesundung. Napoleon baute Polen nicht territorial auf, aber er erweckte es geistig und moralisch wieder, bis auf unsere Zeiten. Indem er uns unter die französischen Standarten berief und uns gleichzeitig für Polen und für Frankreich kämpfen ließ, berief er uns zu neuem Leben. Er stellte Polen nicht in seinen alten Grenzen wieder her, weil er selbst mit einer Niederlage endete. Fragen wir vielmehr — so sagt einer der Historiker mit Recht — ob er nach Davontragung des Sieges im Jahre 1812 über Rußland Polen nicht hätte wiederherstellen können! Wies ihm denn die einfache Logik nicht die Notwendigkeit, ein Polen in dessen einstigen Grenzen zu schaffen?

Mögen also die Verleger unserer Blätter ihrer Leserschar ein Bündel abgedroschener, unschädlicher Phrasen von der Notwendigkeit, materiell emporzukommen, hinwerfen, aber mögen sie zu der Nation nicht sprechen von der trügerischen napoleonischen Epoche, und mögen sie die Nation nicht davon abbringen, sich in die Gestalt Napoleons, der Dombrowski, Kniaziewicz, Niegolewski zu versenken. Das ist besser, als die unter uns sich ausbreitende fast religiöse Verehrung der Getreidezölle und als das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber der preußischen Regierung für deren „verständige Agrarpolitik". Mögen Krämernaturen nicht den Riesen antasten, der uns aus dem Sumpf der Gedankenlosigkeit und Finsternis herausgezogen hat!

Aus Nr. 285 des Dziennik Poznański (Posen) vom 14. Dezember 1910:

Bis jetzt hat man in der ganzen zivilisierten Welt die Eisenbahnen ausschließlich als Verkehrsmittel angesehen, die mit der Politik nicht den geringsten Zusammenhang haben können. Aus dem Posener Tageblatt erfahren wir aber nun, daß bei uns die Eisenbahn politische Aufgaben hat, nämlich die, die „politische polnische Agitation zu bekämpfen". Wie nämlich das Organ der hiesigen Hakatisten mitteilt, „hat die Eisenbahndirektion die Wahrnehmung gemacht, daß größere Gesellschaften ausländischer Studenten und Schüler unter dem Vorwande wissenschaftlicher Ausflüge die östlichen Provinzen bereisen, während dies in Wirklichkeit zu Agitationszwecken geschieht. Aus diesem Grunde hat die Eisenbahndirektion in Bromberg dem die Fahrkarten ausgebenden Amte befohlen, bei allen von fremdländischen Untertanen gestellten Anträgen auf Fahrpreisermäßigung für wissenschaftliche Ausflüge zunächst genau den Zweck des Ausflugs festzustellen und zu untersuchen, ob die diesbezüglichen Anträge wirklich von Lehrern oder Schulbehörden gestellt sind. In zweifelhaften Fällen ist die Entscheidung der Direktion einzuholen."

Die hakatistische Zeitung begrüßt freudig diesen Erlaß „aus nationalen Gründen", da, wie sie sagt, der Vorstand der preußischen Eisenbahnen nicht die geringste Veranlassung hat, politische Agitationsreisen fremdländischer Untertanen durch Ermäßigung der Eisenbahntarife zu unterstützen.

Es ist unbegreiflich, daß der Hakatismus nicht verstehen kann, mit welcher Lächerlichkeit er sich durch derartige Anordnungen bedeckt. Daß die vorangeführte Anordnung in ihrer Durchführung geradezu einem Versagen aller Eisenbahntarif-Ermäßigungen für alle polnischen wissenschaftlichen Ausflüge gleich sein wird, das ist uns völlig klar, trotzdem eine solche Ermäßigung in der ganzen zivilisierten Welt gewährt wird. Aber die Zivilisation des Hakatismus ruht auf anderen Grundlagen; der Hakatismus versteht nicht einmal das zu begreifen, daß ähnliche Mittel die Macht Deutschlands geradezu lächerlich machen, zu deren Verteidigung sie angeblich angewandt worden sind. Der Hakatismus ist unerschöpflich in Mitteln der abscheulichsten Schikane gegenüber allem, was nur polnisch ist.

Aus Nr. 295 des Kurjer Poznański (Posen) vom 25. Dezember 1910:

Im Weihnachtsartikel

des Blattes heißt es zum Schluß:

.... Und es geht auf und flammt auf der Stern von Betlehem, und vor den Augen der Seele geht die Morgenröte auf, und sie singt uns, die wir die jahrhundertelange Bahn der Prüfung und Buße wandeln, ein starkes Lied — der Hoffnung und des Glaubens an eine helle Zukunft, an das Ende der Marter.

Und Freude fällt auf unsre blutbefleckten Herzen, denn der polnischen Seele hoffnungsfroher Klang ist nahe, nahe, denn es ertönte von ihm unser Land seit grauen Jahrhunderten, denn er folgte uns in breiter Woge auf die Felder des Ruhmes, denn er ließ denen das Kampfeshorn ertönen, die unter einem fremden Himmel in den Mühen des Kampfes in den Tod gingen, um die Zukunft zu befruchten, — denn es stieg in die Wüsten Sibiriens und trug dorthin Linderung —, denn er gab den in Zweifel erstorbenen Herzen neues Leben.

Erklinge also, wunderbares Lied der Hoffnung und des Glaubens, wenn, von neuem wiederkehrend, der Stern von Betlehem aufgeht, erklinge, du königliche Hymne, denn in uns ist königkiche Macht und der Flug des Adlers gebannt, denn in uns sind gebannt die Sehnsucht nach der Tat und der lebendige Glaube an die Zukunft.

Aus Nr. 52 des Przemysłowiec (Posen) vom 24. Dezember 1910:

Die Weihnachtsoblate.

Die Redaktion teilt nach altpolnischer Sitte mit ihren Lesern die Weihnachtsoblate und übermittelt die herzlichsten Wünsche. Am Weihnachtsfeste fühlen wir uns alle, die wir in Polen leben, als Brüder; wir denken an diejenigen unserer Landsleute, die den heiligen Abend auf fremder Erde verleben und deren Gedanken sich dem geliebten Vaterlande, den heimatlichen Fluren, dem Elternhause zuwenden.

Was sollen wir uns am meisten wünschen? Daß wir um so tiefer die Notwendigkeit gemeinsamer, brüderlicher Arbeit empfänden, daß wir uns liebten wie Brüder und wüßten, daß es in dem Volke keinen wahren Patriotismus gibt, wo der Bruder den Bruder

hasset, wo der Landsmann dem Landsmann mißtraut, wo einer dem andern das Stücklein Brot mißgönnt. Die wahre Vaterlandsliebe offenbart sich darin, daß der Landsmann den Landsmann unterstützt, ihn rettet. Eine solche Liebe veredelt das Herz und erwirbt den Segen Gottes. Wer anstatt der Liebe Haß, Neid und Mißtrauen im Herzen trägt, der verunstaltet den Charakter, den wird das Christkindlein mit seinen Händchen nicht segnen, dessen Leben kann weder schön noch glücklich sein, wenngleich er Reichtum und Bedeutung besäße.

Möge daher das Jesuskind an diesem Tage mit seinem Händchen uns Liebe geben gegen unsere Brüder, gegen das Vaterland, auf daß wir daraus jenen Vorrat von Ausdauer schöpfen könnten, den wir so nötig haben zu der schweren Arbeit, die im ganzen Leben unserer wartet.

Wenn wir wissen werden, daß wir für das Wohl der Gesamtheit arbeiten, werden wir, indem wir unsere Pflicht erfüllen, unsere Zukunft bauen, und wir werden uns alsdann glücklich fühlen. Nach dieser Arbeit wird uns alsdann jeder Augenblick der Ruhe ein großes Vergnügen, jedes Wohlergehen im Leben eine doppelte Freude sein, denn es wird uns und der Gesamtheit gut gehen.

Aus Nr. 24 des Przegląd Kupiecki (Posen) vom 15. Dezember 1910:

Am Weihnachtstage.

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Augenblick, wo auf unserer ganzen polnischen Erde unsere uralten frohen Weisen der Weihnachtslieder ertönen werden.

Die Weihnachtsfesttage und die vorangehende formelle Zeremonie haben eine große Bedeutung für die ganze christliche Welt und vor allen Dingen für das polnische Volk, welches das Weihnachtsfest mit um so größerer Ehrung und Andacht feiert.

Das Symbol des Zusammenhaltens, diese grundsätzliche Bedingung unseres Bestehens seit der Teilung unseres Vaterlandes, das Symbol der Verbrüderung dieses großen slavischen Volkes, welches durch seine Vergangenheit und Gegenwart täglich bestätigt, daß es ein Recht auf die Existenz hat, dieses Symbol geben uns die Sitten und religiösen Gebräuche, bei welchen wir Polen das Weihnachtsfest begehen.

Ob es der Bauer unter seiner Strohhütte, ob es der Edelmann in reichen Palästen, ob es der Handwerker in der Werkstatt oder der reiche Städter in den Salons ist — in jeder polnischen Familie, ob in der Heimat oder außerhalb der Grenze und sogar auf der anderen Halbkugel der Welt, wo nur die polnische Sprache ertönt, heben wir an dem Festtage das Symbol der Verbrüderung unseres ganzen Volkes hervor und teilen uns in die altpolnische Oblate.

An diesem Tage eilt jeder zu seiner Familie, um den feierlichen Augenblick an seinem eigenen Familienherd zu verleben. An diesem Tage erfüllt Freude und Heiterkeit unsere Herzen in der Erwartung der fröhlichen Weihnachtszeit.

In diesem Augenblicke, wo ganz Polen wie eine große Familie die Oblate teilt, wo sich jedes polnische Haus mit dem uralten Gebrauch unserer Väter, Großväter und Urgroßväter solidarisiert, — wir kaufmännische Jugend, die in der Sorge ums tägliche Brot in der Heimat zerstreut ist, ja sogar auf fremder Erde sich befindet, — wir, denen es die Umstände nicht erlauben, diese traulichen Augenblicke im Schoße unserer Familie zu verleben, — wir, die wir den Gebräuchen unserer Vorfahren getreu sind, schließen wir unsere Gedanken in dem einen Herd des mächtigen und unerschütterlichen Glaubens an eine bessere Zukunft zusammen. Da wir in anderen Verhältnissen leben als andere Nationen, müssen wir auch anders fühlen, denken und handeln! Bei jeder Arbeit müssen wir an erster Stelle der Pflicht eingedenk sein, daß wir nicht nur für uns allein und für unseren Beruf arbeiten, sondern für unsere ganze Volksgesamtheit. Die Ideale unserer Vorfahren, die Vaterlandsliebe, der Stolz auf die Vergangenheit und auf unsere großen Männer sollten uns bei jeder unserer Arbeit vor Augen schweben. Vereinigt unter der Fahne unserer Organisation, versprechen wir uns heute, daß wir mit Anspannung sämtlicher Kräfte wie bisher, also auch weiter nach derselben Richtung hin tätig sein werden. Möge mit diesem Augenblick, wo die Vorsehung mit dem Stern der Welt das große Glück verkündet, auch in unseren Reihen der Stern aufleuchten und uns in unserer schweren Lage eine bessere Zukunft — die Wiedergeburt prophezeien. Möge die geistige Oblate, welche wir an diesem Tage mit unseren Kollegen teilen, noch mehr unsere Reihen zu einer brüderlichen, kollegialischen Gesellschaft verbinden. Möge der, dessen Geburt wir heute begehen, der die ganze Welt aus der Finsternis des Heidentums und des Götzendienstes erlösete, uns unermeßliche Kräfte und unerschütterlichen Glauben an eine bessere Zukunft verleihen, möge er uns Jahr für Jahr verkünden: „Friede den Menschen guten Willens".

Aus Nr. 52 des Robotnik (Posen) vom 25. Dezember 1910:

Weihnachten für Kinder.

Wie im vorigen, so hat auch in diesem Jahre die Redaktion des Robotnik für die Kinder seiner Leser Weihnachtsgeschenke vorbereitet. Das Weihnachtsfest ist das schönste Fest für die Kinder, es bereitet ihnen vor allen Dingen große Freude und Fröhlichkeit.

Mögen sie beschreiben, in welcher Weise sie die Weihnachtsfeiertage verlebt haben und diese Beschreibung bis spätestens 10. Januar nächsten Jahres an die Redaktion des Robotnik einsenden.

Die Beschreibung darf nicht länger als zwei Seiten gewöhnlichen Heftpapiers sein.

Die zehn schönsten Beschreibungen erhalten schöne Weihnachtsgeschenke.

Die Redaktion des Robotnik.

Aus Nr. 51 des Robotnik (Posen) vom 18. Dezember 1910:

Unter der Spitzmarke „Weihnachtsgeschenke" schreibt der Robotnik unter anderem folgendes:

Unter die Geschenke für Kinder und Ältere müssen wir an erster Stelle ein gutes polnisches Buch setzen. Wir haben gute und billige Bücher, wir haben auch verzierte und teure Bücher.

Fast jeder Zeitung haben unsere polnischen Buchhandlungen ein Bücherverzeichnis für Kinder und Jünglinge beigelegt. Es wird nicht schwer fallen, etwas Nützliches durch die örtliche Buchhandlung auszusuchen, oder man schreibt an sie und läßt sich eine polnische Fibel, einen polnischen Katechismus oder eine polnische biblische Geschichte schicken, auch eine polnische Geschichte, wenn auch noch so kurz, müßte sich in den Händen

eines jeden polnischen Kindes befinden. Eine Sammlung von Weihnachtsliedern müßte in jedem Hause vorhanden sein, damit unsere schönen, fröhlichen, aber rührenden Weihnachtslieder nicht verloren gingen. Beim Einkauf anderer Sachen müßte man auf die Neigung des Kindes und auf das, was ihm gefällt, achten.

Jeder Vater, jede Mutter, welche sich mit ihren Kindern befassen und ein aufmerksames Auge auf sie haben, gewahren bei ihren Kindern verschiedene Neigungen. Das eine zeigt Lust zur Musik und eignet sich die gehörten Melodien leicht an. Das andere wieder bastelt gern und stellt verschiedene Sachen aus Holz her. Manches Mädchen zeigt Lust zum Nähen, ein anderes wiederum befaßt sich gern mit Rätsellösungen und mit der Lösung verwickelter Aufgaben. Es gibt Spiele, welche diese angeborenen Neigungen sehr schön entwickeln; solchen müßte man vor anderem den Vorzug geben. Das Spiel müßte nicht nur unterhalten, sondern auch belehren. Wir haben verschiedene Gesellschaftsspiele, welche durch Bemühung des Herrn Joseph Chociszewski aus Gnesen herausgegeben wurden, wie z. B. „Himmel", „Lech", „Die Reise durch das polnische Land", „Der Tiergarten", das Stück zu 20 Pf., welche unterhalten und gleichzeitig belehren. Zu diesen muß man auch die „nationale Lotterie", das „Polnische Dorf" zum Ausschneiden und jegliche, von der Genossenschaft Znicz hergestellten Spielzeuge rechnen, die sehr viele Vorzüge haben und besonders, weil sie schön, billig und eigenes Fabrikat sind. Sehr nützlich für die Gesundheit der Kinder werden auch Schlittschuhe, Schlitten, Bälle mit dem Ballstock, Schlangen, Kreisel usw. sein.

Vergessen wir niemals bei allen Einkäufen die auf uns ruhende Pflicht, immer und überall uns an die Losung zu halten „Jeder zu den Seinen!" Weihnachten ist für jeden polnischen Kaufmann die Ernte — der beste Ertrag aus dem ganzen Jahre der Arbeit und Mühe. Auf die Zeit vor Weihnachten setzen sie große Hoffnungen. Helfen wir, daß ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen, damit das fortwährende Klagen und Bedauern aufhört, daß das polnische Volk immer noch die jüdischen Geschäfte füllt und die polnischen meidet.

Denkt auch in erster Linie an die Kaufleute, welche in unserem Robotnik inserieren — und dann werden die bevorstehenden Feiertage ein Fest der Freude und des Friedens für uns alle sein.

Aus Nr. 24 des Kupiec (Posen) vom 16. Dezember 1910:

Beim Einkaufen von Spielsachen müßten wir darauf achten, daß sie von Heimischen herstammen, und deshalb müßten unsere Kaufleute sich vor allen Dingen mit polnischen Spielsachen der Genossenschaft für Erzeugnisse „Znicz" versehen. Vertreter dieser Genossenschaft sind die Herren Kaczmarek in Posen und K. Swierkowski in Pleschen.

Aus Nr. 24 des Kupiec (Posen) vom 16. Dezember 1910:

In welcher Weise können wir zur Stärkung unserer wirtschaftlichen Grundlagen beitragen?

Die Reklame ist die belebende Seele eines jeden Unternehmens, mit welcher sich der Kaufmann und Gewerbetreibende stärkt, um die Interessenten mit ihren Erzeugnissen bekannt zu machen.

Zu demselben Zweck rücken die polnischen Großhändler und Produzenten, welche auf die Unterstützung seitens der interessierenden Leser-Detailkaufleute rechnen, ihre Bekanntmachungen im „Kupiec" ein. Wenn wir auch nicht zweifeln, daß sie den beabsichtigten Zweck erreichen, so sehen wir uns verpflichtet, auf die unzulängliche Unterstützung der heimischen Unternehmungen durch die Kaufleute hinzuweisen. Das ist eine nicht allzu schmeichelhafte Tatsache, wenn man bedenkt, daß gerade die Detailkaufleute die wichtigsten Losungsschreier „Jeder zu den Seinen" unter der öffentlichen Adresse sind, obgleich sie selber sich der Losung nicht immer anpassen. Deshalb lesen wir auch häufig in unseren Zeitungen scharfe Kritiken über das unpassende Verhalten der Kaufleute, die, vom polnischen Publikum leben, selbst aber die Fremden unterstützen. Wir denken offenbar zu wenig über die unabläßigen Schikanen und Schmälerungen unserer Rechte durch die preußische Regierung nach, wir geben uns zu wenig Rechenschaft über die Tatsache, daß sie fremde Elemente begünstigt und dadurch unseren Geschäften Abbruch tut und sie untergräbt. Wenn wir von keiner Seite Schutz und Unterstützung genießen, wenn wir uns selbst überlassen sind, dann ist die Gleichgültigkeit eine traurige Erscheinung für die Losung „Jeder zu den Seinen". Anders geht es bei anderen bedrückten Völkern zu, wie bei den Tschechen, Serben und Lothringern, welche sich ihrer Erniedrigung bewußt sind und die Unterstützung der heimischen Fabrikate durchführen. Ist denn unsere Lage besser als diejenige der genannten Völker? Im Gegenteil, wenn sich die dortigen Nationen einer gewissen Freiheit bei ihrer Tätigkeit erfreuen, müssen wir uns unter der Bürde der Gewalt beugen, denn nicht genug, daß unsere Nation auf Schritt und Tritt unterdrückt wird, werden wir bei unseren Bemühungen um Erkämpfung der materiellen Existenz fortwährend gehindert. Müßten uns denn nicht diese Umstände ermuntern und überzeugen, daß nur die eigene Kraft uns erhalten kann? Müßten wir denn nicht wie die Tschechen schwören, daß wir von jetzt ab nur das Unserige, das Heimische unterstützen werden?

Die Losung „Jeder zu den Seinen" müßte bei uns allen ohne Ausnahme einen Widerhall finden und für uns ein nationales Gebot werden. Wir haben zwar noch keine Fabriken in allen Industriezweigen, um nur die einheimischen Erzeugnisse zu verbrauchen, sondern wir haben heute schon Großhändler und polnische Vertreter von Fabriken, ihnen sollten wir die Prozente des Verdienstes wünschen, denn das sind unsere Landsleute, welche mit uns zugleich um die Existenz schwer kämpfen.

Alle unsere nationalen aufklärenden, kulturellen oder politischen Institutionen bestehen nur durch die polnische Opferwilligkeit. Je größer unser Besitz durch gegenseitige Unterstützung sein wird, desto größer wird die Möglichkeit sein, für gemeinschaftliche Zwecke zu sammeln. Die Fremden, welche wir so reichlich unterstützen, werden polnische Institute nicht nur nicht unterstützen, sondern ihr Geld wird auch für antipolnische Zwecke verwendet.

Im preußischen Anteil leben vier Millionen Polen oder eine Million Familien. Wenn wir die Durchschnittssumme, tausend Mark jährlich, welche die Familie zur Unterhaltung und der Einzelne entsprechend seines Verdienstes verbraucht, annehmen, so erzielen wir die hohe Summe von 1000 Millionen oder eine Milliarde Mark, welche die polnische Gesamtheit Jahr für Jahr verbraucht. Diese Rechnung ist sehr bescheiden und wahrscheinlich. Wenn diese tausend Millionen Mark nur in polnische Taschen fließen und nur in der polnischen Gesamtheit umlaufen würden, so würde sie bald

zum Wohlstand kommen und sich wirtschaftliche Unabhängigkeit erkämpfen. Jedoch zur Verwirklichung dieses Zieles, nach dem wir mit aller Macht streben sollten, kann uns nur die Beachtung der Losung „Jeder zu den Seinen", führen. Kaufen wir nur das Unsrige, das Heimische, oder kaufen wir von Vertretern polnischer Fabriken und wir werden ohne Nachteil für uns selbst hinsichtlich der Gesamtheit unsere Pflicht erfüllen.

Die Reihe der im Kupiec aufgegebenen Ankündigungen und das Verzeichnis der vorteilhaftesten polnischen Verkaufsquellen sollen den Detailkaufleuten das Kaufen nur von den Ihrigen oder durch Ihrige erleichtern. Die Kaufleute, welche aus den Ankündigungen dieses Blattes Nutzen ziehen, bitten wir, bei Bestellung sich auf den Kupiec zu berufen. Unterstützen wir die im Kupiec angeführten polnischen Firmen und wir werden die volle Genugtuung haben, daß wir unsere nationale Pflicht erfüllen.

Aus Nr. 290 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 20. Dezember 1910:

Der Landsmann zum Landsmann.

Wir sind eine Nation, die ihre politische Unabhängigkeit verloren hat. Wir entscheiden auf den Parlamentstribünen nicht über uns; fremde Landtage und Reichstage beschließen gegen uns Ausnahmegesetze. In den öffentlichen Ämtern sitzen nur Fremde; man drängt uns von unserer Scholle und boykottiert den polnischen Kaufmann und Industriellen. In der letzten Zeit hat man sich daran gemacht, sogar die polnischen Arbeiter aus dem Vaterlande zu verdrängen; die roten Häuschen der Ansiedler, die unsere Städte umgeben, sind der beste Beweis dafür.

Was soll man gegen diesen feindlichen Ansturm tun, der unsern Untergang erstrebt? Wir müssen uns verteidigen und die Schläge mit der gleichen Waffe abwehren, mit welcher sie gegen uns kämpfen. Sie wollen, daß wir barfuß, hungrig sein sollen, sorgen wir dafür, daß wir satt und voll sind. Möge die Frucht unserer Mühen und Arbeiten nicht in fremde Taschen wandern, sondern in die eigenen. Das möge unsere Antwort auf die Bestrebungen des Feindes sein, der uns verarmen und unter seine Füße erniedrigen will. Unsere Feinde wissen, daß der Hungrige an Brot denkt, daß der arme Mensch den Glauben an sich selbst verliert, daß er die eigene Würde vergißt und, ob er will oder nicht, zum Werkzeug seines Unterdrückers wird. Dahin zielt der deutsche Boykott unserer Kaufleute und Industriellen.

Dem deutschen Handwerker, Kaufmann und dem deutschen Beamten werden staatliche Erleichterungen und Geldunterstützungen zuteil, damit uns das deutsche Element durch seinen Wohlstand und sein äußeres Aussehen imponieren soll, damit das, was deutsch ist, herrlich und würdig sein soll, während das, was polnisch ist, im fadenscheinigen, alltäglichen, ärmlichen Bettlerkleide erscheinen soll. Deutschtum soll Pracht, Polentum Armut bedeuten.

Wir sehen und erblicken dies alle Tage, wir denken aber nicht darüber nach, wohin das zielt, denn sonst müßten unsere Taten andere sein. Wir würden dann fremde Läden nicht füllen, wir würden dann unsern Feinden keine Arbeiten übertragen, sondern wir würden unsere Landsleute aufsuchen, um ihnen Brot und Unterhalt zu gewähren. Wir denken und empfinden noch wenig polnisch.

Wir sind Polen in einer Weise, die uns keine Schwierigkeiten bereiten; wir leben mehr in der Tradition als im politischen Gedanken, bei uns steckt das Polentum mehr in Worten als in Taten. Und durch diese Unüberlegtheit und nationale Gefühllosigkeit sündigen Große und Kleine, Arme und Reiche.

Angesichts der nahen Weihnachtszeit müssen wir alle auf uns blicken und überlegen, wohin diese Gefühllosigkeit gegen die eigenen Bedürfnisse führen wird, wenn nicht in dieser Hinsicht eine Besserung eintritt. Die polnischen Dörfer verwandeln sich in deutsche Ansiedlungen und unsere Städte verlieren ihr polnisches Aussehen; in den Stadtverordnetenversammlungen denken die Juden und Deutsche an ihre Bequemlichkeiten — häufig für unser Geld — und uns überlassen sie die Freiheit — Steuern zu zahlen.

Wer trägt die Schuld daran, daß wir so tief gesunken sind, daß uns die Fremden sogar unsere uralten polnischen Namen unserer Städte in fremde Namen umändern, wie dies mit Hohensalza der Fall gewesen ist? Leider wir selbst! Wir haben unsere Feinde bereichert und diese erweisen sich jetzt dafür auf eine solche Weise dankbar. Denken wir daran, daß „wer die Feinde bereichert, das eigene Vaterland zu Grunde richtet", der kein Patriot ist, denn er liebt nicht seine eigene Nation, indem er den Fremden mehr wünscht, als seinen Landsleuten.

Wenn wir leben und der Verfolgung nicht unterliegen wollen, dann müssen wir uns gegenseitig Existenzbedingungen schaffen. Zu diesen Bedingungen gehört, daß wir unser Land in der Hand behalten und den polnischen Handel und die Industrie heben. Irgend ein anderer wird sich um uns nicht bekümmern, sondern wir werden sie selbst schaffen müssen, wenn wir Polen sein und ein Anrecht auf dieses Land als unseres Vaterlandes, in welchem wir wohnen, haben wollen.

Millionen unseres Geldes sind jetzt in der Weihnachtszeit wieder im Umlauf. Denken wir bei dem Ausgeben derselben stets an unsere Landsleute, und möge nicht einmal ein Groschen zu jenen wandern, die Tag und Nacht ständig darüber nachdenken, wie sie uns ausrotten könnten. Und solche Leute sollten wir unterstützen? Das würde nationaler Selbstmord sein und jeder Selbstmord ist eine unmoralische Tat. Denken wir bei unsern Weihnachtseinkäufen vor allen Dingen an jene, die auf Schritt und Tritt im Leben bezeugen, daß sie unsere Landsleute sind, die im Hause ihre Muttersprache, die polnische Sprache, pflegen, die in unsern Vereinen arbeiten, die sich offen zum rühmlichen Namen eines Polen bekennen, und auch in jeder Hinsicht als solche handeln. Diese müssen in unserer Volksgesamtheit den Vorrang haben, damit die Losung „der Landsmann zum Landsmann" keine leere Phrase bleibt, sondern eine allgemeine nationale Bedeutung erhält.

Die Folgen der Losung mögen die Belohnung für die nationalen Arbeiten bilden, und sie werden einen nicht unverdienten Nachgeschmack für die egoistischen Faulpelze haben, deren Ziel es ist, ein bequemes Leben zu führen.

Denken wir jetzt vor dem Weihnachtsfeste an unsere Landsleute, verleihen wir ihnen Kräfte, damit sie der Übermacht nicht unterliegen; denken wir daran, daß es die Unsrigen sind, denn sie sind ebenso mit uns als wir mit ihnen, sie kämpfen in ihrer täglichen Arbeit für unsere nationale Existenz, für unsere bessere Zukunft, die wir alle sowohl für uns als auch für unsere Kinder erwarten.

Möge die Losung „Der Landsmann zum Landsmann" uns täglich daran erinnern, wie wir arbeiten und uns gegenseitig unterstützen sollen.

Aus Nr. 24 des Kupiec (Posen)
vom 16. Dezember 1910:

Kurze Übersicht über die Entwicklung der polnischen kaufmännischen Organisationen im preußischen Anteil im Jahre 1910.

Im Jahre 1910 ist in unserer kaufmännischen Organisation so mancher Erfolg zu verzeichnen.

Der kaufmännische Verband,

dem 14 neue Vereine beigetreten sind, zählt gegenwärtig 24 Vereine mit nahezu 800 Mitgliedern. Wenn sich dem Verbande in kurzer Zeit 14 Vereine angeschlossen haben, so ist das ein großer Erfolg, um so beachtenswerter, als es vorher sehr schwer war, neue Vereine zu gewinnen. Der Verband hat sich bedeutend gehoben und kann nunmehr für unsere Kaufmannschaft eine viel vorteilhaftere Tätigkeit entfalten. Wir hoffen, daß der Verband bis zum Schlusse seines Geschäftsjahres, d. i. bis zum 31. März 1911, noch einige neue Vereine gewinnen wird. Es genügt jedoch nicht, daß die Vereine bestehen, man muß ihre Tätigkeit auch beleben. Diese Aufgabe soll die Kommission der Referenten erfüllen, die binnen kurzem in der Generalversammlung gebildet werden muß. Die Referenten sollten nicht nur Vorträge in den Versammlungen der einzelnen Vereine halten, sondern auch die Vorstände darüber informieren, wie man erfolgreich zu arbeiten hat, sie müssen Unterhaltungen veranstalten, Mittel zur Unterstützung und zum Schutze der Kaufmannschaft ersinnen.

Die kaufmännische Bruderhilfe

besitzt in der Kasse schon etliche Tausend Mark und erteilt Beihilfen drei Stipendiaten. Es ist das erst der Anfang der nützlichen Tätigkeit. Wir sollten dafür sorgen, daß die kaufmännische Bruderhilfe zur Unterstützung der kaufmännischen Jugend so viel Fonds wie irgend möglich hätte. Bei Hochzeiten und anderen Familienfesten sollte man an Beiträge für die kaufmännische Bruderhilfe denken. Wohlhabendere Kaufleute sollten Legate aussetzen der kaufmännischen Bruderhilfe, dem kaufmännischen Verbande, den kaufmännischen Vereinen. Auf diese Weise werden sie die Entwicklung unserer kaufmännischen Organisation fördern und Achtung für ihren Stand zeigen.

Der wirtschaftliche Ausschuß,

der in der Korporation christlicher Kaufleute in Posen gebildet worden ist, befaßt sich mit der Gründung einer Wäschefabrik, die binnen kurzem in Tätigkeit treten wird. Das Kapital ist bereits zusammengebracht, die Vorbereitungsarbeiten sind bald beendigt. Diese Fabrik wird nicht nur für die Kaufleute dieser Branche von Vorteil sein, sondern sie wird auch die Erwerbsverhältnisse der betreffenden Arbeiterinnen verbessern.

Der Verband reisender Kaufleute

zählt gegenwärtig etwa 800 Mitglieder. Das wichtigste Verdienst dieses Verbandes ist die Schaffung eines Fonds für die Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder. Durch diesen Fonds wird sich der Verband die Dankbarkeit der Mitglieder erwerben. Sammelbüchsen, welche der Erweiterung dieses Fonds dienen sollen, werden in den Hotels und größeren Geschäften angebracht werden.

Die außergewöhnliche Generalversammlung des Verbandes zeigte sich dem Kupiec gegenüber dadurch geneigt, daß in ihr der Wunsch geäußert wurde, das Blatt zum Verbandsorgan zu wählen. Beschluß darüber kann erst die nächste Generalversammlung fassen, die im Januar stattfinden wird. Der Kupiec wird die Ziele des Verbandes nach Kräften unterstützen.

Im September d. J. entstand

Der Verband polnischer Fabrikanten.

Nahezu 70 Firmen haben ihren Beitritt zum Verbande erklärt. Bald nach der Gründung des Verbandes starb dessen Vorsitzender Prälat Wawrzyniak. Hoffentlich wird auch der neue Vorsitzende den Verband gut leiten. Die Aufgaben, welche der Verband erfüllen soll, werden nicht nur für ihn, sondern auch für die Gesamtheit von großer Bedeutung sein. Im Verbande ist ein besonderer Ausschuß für Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen gebildet worden. Unsere Maschinenfabriken werden eine ständige Ausstellung für landwirtschaftliche Maschinen und ein gemeinschaftliches Bureau für den Verkauf dieser Maschinen einrichten. Unser Blatt ist ebenfalls einstimmig zum Verbandsorgan der Fabrikanten gewählt worden.

Die Vereinigung junger Kaufleute

zählte zum Beginn des Jahres 48 Vereine mit 1946 Mitgliedern; gegenwärtig gehören der Organisation gegen 60 Vereine mit etwa 2400 Mitgliedern an. Die kaufmännische Jugend gründete in Posen eine kaufmännische Ressource, die den Mittelpunkt der kaufmännischen Organisationen in unserer Stadt bildet. Auch in dieser Organisation erblicken wir einen großen Fortschritt, der andere Verbände zum Nacheifern anspornen sollte.

Aus Nr. 24 des Kupiec (Posen)
vom 16. Dezember 1910:

In dem Bericht der Generalversammlung der Korporation christlicher Kaufleute in Posen, ist u. a. folgendes enthalten:

Herr Marchlewski drückt den Wunsch aus, daß die Korporation ihre Einflüsse mehr nach Außen kennzeichnen solle. Die polnischen Fraktionen haben im deutschen Reichstage und im Abgeordnetenhause zu wenig Fühlung mit der Kaufmannschaft. Die Korporation müßte wichtige, die Kaufmannschaft betreffende Angelegenheiten und die Gegenstand der Beratung in den gesetzgebenden Körperschaften sind, besprechen, und dann die polnischen Fraktionen informieren.

Die Herren Otmianowski, Dr. Pernaczynski und Marweg bestätigen, daß das geschehe, was Herr Marchlewski soeben erwähnt hat. Die Korporation hat seinerzeit während der Beratung der Finanzreform eine entsprechende Resolution beschlossen und sie zur Hand des Abgeordneten Chrzanowski geschickt.

Aus Nr. 24 des Kupiec (Posen)
vom 16. Dezember 1910:

In Sachen der allgemeinen kaufmännischen Zusammenkünfte.

Eine allgemeine kaufmännische Zusammenkunft kann nur stattfinden, wenn sich an ihr alle vier kaufmännische Organisationen beteiligen, die zusammen unseren polnischen Kaufmannsstand im preußischen Anteile repräsentieren. Bis jetzt sind drei kaufmännische Zusammenkünfte veranstaltet worden, die jedoch keinen allgemeinen Charakter hatten, weil in ihnen entweder die Zahl der selbständigen Kaufleute, oder die kaufmännische Jugend das Übergewicht hatte, oder es beteiligte sich nur unsere selbständige Kaufmannschaft.

Wenn daher die Rede von einer kaufmännischen Zusammenkunft ist, so sollte sie einen allgemeinen Charakter haben, im gegenteiligen Falle charakterisiert sie nur eine spezielle Versammlung eines der vier Verbände, der sie einberuft oder in ihr zahlenmäßig überwiegt. Die späteren eventuellen kaufmännischen Zusammenkünfte werden erst dann eine weitgehendere Bedeutung haben und die erwünschten Vorteile bringen können, sobald sie einen allgemeinen Charakter haben werden. Wenn auch die Vereinigung junger Kaufleute, der Verband der selbständigen Kaufleute, der Verband der reisenden Kaufleute und der Verband der Fabrikanten ihre besonderen Zwecke verfolgen, so haben doch auch wiederum andererseits alle vier Verbände gemeinsame Bestrebungen; sie wahren die Interessen der Mitglieder und bemühen sich, dem Kaufmannsstande diejenige Stellung unter der Gesamtheit zu erkämpfen, die ihr zusteht. In dieser Aufgabe liegt die Gemeinsamkeit der Interessen der vier Verbände.

Und nun die Frage: Wann und wo soll eine solche gemeinsame Zusammenkunft stattfinden? Daß Posen der geeignetste Ort dafür ist, das unterliegt wohl keinem Zweifel, denn er ist von den Auswärtigen am bequemsten zu erreichen, dann aber ist es der Sitz aller vier Verbände. Diese beiden Momente sind so wichtig, daß es sich erübrigen würde, darüber ein Mehreres zu sagen. In jedem Jahre mußte daher der Schriftführer eines jeden Verbandes Bericht erstatten über die nach dieser Richtung im Interesse der Mitglieder unternommene Arbeit. Unabhängig davon sollten in der Zusammenkunft alle die Sachen besprochen werden, welche eine gemeinsame Beratung erfordern, die jedoch heute noch nicht vorauszusehen sind. Es ist selbstverständlich, daß auch Mißhelligkeiten, die zwischen den einzelnen Organisationen entstehen, sich am leichtesten in der gemeinsamen Zusammenkunft werden am besten erledigen lassen. Die wichtigste Frage, wann solche Zusammenkünfte zu veranstalten sein werden, wird wohl zu erwägen sein, denn gerade um die Zeit handelt es sich beim Kaufmann ganz besonders. Am besten wäre es wohl, diese alljährlich einmal stattfindende Versammlung, die wohl zwei, mindestens aber einen ganzen Tag dauern wird, im Januar vor oder nach den heil. drei Königen zu veranstalten, oder auch gleich nach den Weihnachtsfeiertagen, denn zu dieser Zeit kann der Kaufmann am ehesten von seinem Geschäfte abkommen.

An der alljährlichen Zusammenkunft sollten in erster Linie die Vorstände der vier Verbände teilnehmen. Außerdem sollte jeder Verband wenigstens 12 Delegierte entsenden. Wenn es sich darum handelt, daß diese Delegierten alle Branchen repräsentierten, dann wird man die Beratungen bis ins Kleinste führen und ausnützen können. In einer solchen Zusammensetzung wird man genau über die Frage, betreffend die Gründung der verschiedensten Fabriken, beraten können, man wird Fingerzeige darüber geben können, welche Branchen überfüllt und welche noch wenig oder gar nicht ausgenutzt sind. Eine solche Zusammenkunft sollte eine beschränkte Zahl von Teilnehmern haben, die sich zu gleichen Teilen zusammensetzen müssen aus Delegierten der vier Verbände, denn wir sollten daran denken, daß es sich um die jährliche kaufmännische Zusammenkunft handelt, und diese muß einen allgemeinen Charakter haben.

Stanislaus Maciejewski.

Aus Nr. 24 des Przegląd Kupiecki (Posen) vom 15. Dezember 1910:

Eine Kasse gegenseitiger Hilfe der kaufmännischen Jugend.

Von einem Mitgliede unserer Organisation erhalten wir einen mit der obigen Überschrift betitelten Artikel zwecks seiner Veröffentlichung in unserem Organ. Unseren grundsätzlichen Standpunkt in Sachen der Gründung einer Kasse gegenseitiger Hilfe der kaufmännischen Jugend werden wir in einer der nächsten Nummern des Przeglond Kupiecki dartun.

Unsere Vereinigung besteht bereits sechs Jahre und entwickelt sich überaus günstig. Sie steht auf einer gesunden, dem Zeitgeiste entsprechenden Grundlage, schreitet zielbewußt vorwärts und erfüllt ihre Aufgabe. Davon zeugen die Zahl der organisierten Kollegen und die Früchte unserer Arbeit. Im Gegenteil zu verwandten Vereinen anderer Nationalitäten haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, nicht nur für das materielle Wohl zu sorgen, sondern Kenntnisse und Aufklärung zu verbreiten. Dieses Moment trägt hauptsächlich zu einer gedeihlichen Entwickelung der Vereinigung bei. Wir werden deshalb auch für keinen Preis den einmal beschrittenen Weg verlassen, und es werden wie bisher auch fernerhin Kenntnis und Aufklärung unsere Losung sein.

Außerdem werden wir nicht sündigen, wenn wir auch den Sachen, welche die materielle Seite betreffen, etwas Aufmerksamkeit zuwenden. Unsere schwierige wirtschaftliche Lage und der heiße Kampf um die Existenz verlangen von uns ständige Sorge um das Anwachsen unserer wirtschaftlichen Kräfte. Unsere Stellung, sowie die der Handlungsgehilfen läßt uns an die zukünftige Selbständigkeit denken. Man kann wohl dreist behaupten, daß die Frage der Selbständigmachung in unseren Reihen die wichtigste ist. An die eigene Selbständigkeit denkt der Kaufmannslehrling, der seinen Beruf beginnt; die Selbständigkeit — das ist der mächtigste Faktor bei der Arbeit der Gehilfen. Die Verhältnisse, in denen wir hier leben, sind derart, daß die Sache der Selbständigmachung keine Utopie ist.

Zur Selbständigmachung ist Kapital erforderlich. Leider aber fehlt es bei uns an diesem. Der größte Teil der in der „Vereinigung" organisierten Kollegen verfügt nicht über erforderlichen Geldmittel. Weil es in der Gesamtheit an dem nötigen Verständnis für den Kaufmannsstand fehlt, ergreifen vermögende Individuen einen anderen Beruf. Wer heute Kapital besitzt, begibt sich auf Studien und sucht Beschäftigung in Banken oder anderen Institutionen.

Unsere Volksgemeinschaft verfügt über ausreichende Mittel, um nach und nach einen eigenen kleineren Kaufmannsstand zu gründen; man darf nur auf die Summen hinweisen, die häufig nicht genügend angelegt und in unseren Finanzinstituten untergebracht werden. Mit Rücksicht darauf aber, daß diese Summen zum Teil zum „Scherflein der Witwe" zu rechnen sind, ist es der Gesamtheit nicht gestattet, mit diesen Ersparnissen so zu arbeiten, wie das aufgeklärtere Leute, die in die Zukunft blicken, gerne tun möchten. Es muß hier betont werden, daß unsere kaufmännische Jugend nach diesen Spargroschen, die in unseren Banken deponiert sind, nicht ausschaut.

Ein anderer Faktor, der unserer Kaufmannschaft zu Hilfe kommen könnte, findet uns auf einem anderen Standpunkte, den wir ihm gegenüber einnehmen. Das Verhalten dieser zahlreichen, wohlhabenden Leute, die Deponenten fremder Banken sind, verurteilen wir ganz entschieden. Wir erblicken in ihrem Tun Gleichgültigkeit in

nationaler Hinsicht, sie fügen unserem Handel und unserer Industrie Schaden zu.

Wenn wir unsere Lage betrachten, müssen wir zugeben, daß wir uns nur auf die eigenen Kräfte stützen können. Hierin liegt unsere Erlösung, nur an unsere eigenen Kräfte dürfen wir denken, obgleich sie noch schwach sind. Indem wir davon ausgehen, unterbreiten wir den Kollegen ein Projekt der „Kasse gegenseitiger Hilfe der kaufmännischen Jugend".

1. Aus der Initiative der Vereinigung, doch eigentlich außerhalb des Rahmens unserer Organisation liegend, wird eine Genossenschaft m. b. H. unter der Bezeichnung **„Kasse gegenseitiger Hilfe der kaufmännischen Jugend"** gegründet.

2. Mitglied der Kasse sollte jedes Mitglied der Vereinigung werden; die Mitgliedschaft kann aber auch jede andere Person erwerben, welche die rechtlichen und moralischen Qualifikationen dazu besitzt.

3. Die Anteile werden nicht zu hoch festgesetzt; die Zahl der Anteile wird nicht beschränkt.

4. Außer den Anteilen nimmt die „Kasse" auch Depositen an.

5. Der Vorstand setzt sich zusammen aus Gehilfen, Mitgliedern der Vereinigung; in das Kuratorium und in den Aufsichtsrat werden gewählt: zur Hälfte Gehilfen, zur Hälfte Leute anderer Berufe. Die höchste Behörde ist die Jahresgeneralversammlung.

6. Die „Kasse" gewährt Beihilfen zum Zwecke der Selbständigmachung Handlungsgehilfen, Mitgliedern der Vereinigung.

7. Das gewährte Darlehn ist in Raten abzuzahlen.

8. Derjenige, welcher die „Kasse" in Anspruch nimmt, muß sich der Kontrolle der Kasse unterwerfen, er muß ferner alle finanziellen Transaktionen, wenigstens bis zur Zeit der Abzahlung der Schuld durch die Kasse bewirken lassen.

Das wäre eine kurze Skizze der „Kasse gegenseitiger Hilfe der kaufmännischen Jugend". Wir stellen die Sache zur Diskussion und fordern auf, sich an ihr zu beteiligen.

Indem wir das obige Projekt zur öffentlichen Diskussion stellen, erklären wir von vornherein, daß die Sache einer eingehenden Besprechung bedarf. Sie ist vielleicht noch verfrüht, aber es wäre doch von Wert, sich mit ihr zu befassen. Wir warnen vor übertriebenem Pessimismus, aber auch vor übertriebenem Optimismus. Bedenken wir, daß alle unsere Institutionen aus kleinen Anfängen hervorgegangen sind und große Schwierigkeiten zu überwinden hatten. Außerdem wissen wir recht gut, daß sich in unseren Reihen viele Leute befinden, welche gerne die Kasse in Anspruch nehmen möchten, doch es fehlt ihnen an den moralischen Qualifikationen. Die Sache kann durch sachliche Besprechung zur Reife gelangen — und das wünschen wir. uh . . . .

Aus Nr. 26 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 18. Dezember 1910:

Der Verein der im Handel und in der Konfektion beschäftigten Frauen in Gnesen.

Die gewöhnliche Versammlung des Vereins der in Handel und in der Konfektion beschäftigten Frauen fand statt am 22. November. Eröffnet wurde sie von dem Vizepatron Pfarrer Skonieczny um 8¼ Uhr. Nach dem Verlesen des Protokolls über die Versammlung und der Aufnahme neuer Mitglieder hielt Frau Wikarska einen Vortrag über die Kreuzritter. Alsdann deklamierte Fr. Szuszkiewicz ein Gedicht, betitelt: **„In der Novembernacht"**, worauf ein Liedchen gesungen wurde. Nach Mitteilungen des Vorstandes und Aufnahme mehrerer Mitglieder schloß der Vizepatron mit dem Liede „Wir wollen Gott" um 9¼ Uhr die Versammlung.

J. Grochowiak, Schriftführerin.

Aus Nr. 285 des Lech (Gnesen)
vom 17. Dezember 1910:

Herr Bloch hat die Maske abgeworfen.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß der Pächter des europäischen Hotels, Herr Theodor Bloch, sich gegen Ende des Winters an die Vertreter unserer Volksgesamtheit in Gnesen mit der Bitte gewandt hat, die Polen möchten doch aufhören, ihn zu boykottieren und das europäische Hotel zur Veranstaltung von Liebhabervorstellungen, Vergnügen usw. benutzen. Dafür versprach Herr Bloch, sein Lokal zu politischen Versammlungen, also zu Sokolversammlungen usw. herzugeben. Die Schar von Personen, die diese Angelegenheit prüfte, beschloß, da sie die Wortbrüchigkeit des Herrn Bloch aus früheren Zeiten kannte, den Wunsch des Herrn Bloch erst dann zu berücksichtigen, wenn Herr Bloch in Wirklichkeit sein Versprechen bezüglich der politischen Versammlungen halten würde. Im Januar finden bekanntlich alljährlich in Gnesen Relationsversammlungen statt. Man wandte sich also an Herrn Bloch mit der Anfrage, ob er zu dieser Versammlung seinen Saal hergeben würde. Herr Bloch versuchte sich mit verschiedenen Ausflüchten, Geheimnissen, Bedingungen herauszureden, bis er schließlich, an die Mauer gedrückt, den Saal verweigerte. Jene, die Herrn Bloch genauer kennen, waren von vornherein davon überzeugt, daß dieser Herr auch diesmal mit der Volksgesamtheit seinen Spott treiben würde. Sicherlich wäre es ihm sehr angenehm gewesen, aus den Vorstellungen und Vergnügen Gewinn zu ziehen, die Vereine dagegen, die ihm und der Polizei nicht gefallen, mit ihren Versammlungen vor die Tür zu werfen.

Was schließlich Herr Bloch als Pole wert ist, das beweist unter anderem der Umstand, daß er unter seinen Gästen deutsche Reklamebücher verteilt, in welchen fast ausschließlich deutsche Hotels empfohlen werden, und das noch dazu in Städten, in welchen es vortreffliche polnische Hotels gibt.

Die polnische Volksgesamtheit wird sich jetzt nicht mehr irgend welchen Täuschungen über die wahren Absichten des Herrn Bloch hingeben und wird wissen welchen Standpunkt sie ihm gegenüber einzunehmen hat. Einzig hinsichtlich seiner Freunde und Freundinnen in manchen hiesigen Vereinen können noch gewisse Zweifel obwalten, wenn auch vielleicht diesen im Laufe der Zeit, vielleicht nach noch anderen mißlungenen Versuchen, allmählich die Augen aufzugehen beginnen werden.

Aus Nr. 155 der Gazeta Krotoszyńska (Krotoschin)
vom 28. Dezember 1910:

In Zacharzew (Kr. Adelnau)

sammelt, wie uns mitgeteilt wird, ein deutscher Wirt Beiträge für die Veteranen des deutsch-französischen Krieges, natürlich für Deutsche. Er übergeht auch die polnischen Wirte nicht, indem er auf ihre Einfalt rechnet.

Die Regierung, die nach dem Kriege fünf Milliarden Kriegskosten erhalten hat, kann selbst für die

Veteranen sorgen, da sie dazu Mittel besitzt. Man braucht darum nicht bei den Polen Hilfe suchen, um so weniger, als sie selbst genug eigene Bedürfnisse haben.

Aus Nr. 51 des Robotnik (Posen)
vom 18. Dezember 1910:

Gnin. Am 11. Dezember d. Js. wurde in Gnin ein polnischer Arbeiter-Verein gegründet. Vom Hauptvorstande war der Geistliche Adamski aus Posen erschienen, welcher in einer längeren Ansprache den Zweck und die Aufgabe der Arbeiter-Vereine darstellte. Die Anwesenden dankten dem Geistlichen für den schönen und lehrreichen Vortrag durch lebhaften Beifall.

Dem Verein sind sofort 42 Personen als Mitglieder beigetreten. In den Vorstand wurden nachstehende Herren gewählt: Martin Gorny aus Rataj, zum Vorsitzenden, Johann Walkowiak aus Gnin, zum Schriftführer, Johann Ratajczak aus Wioski, zum stellvertretenden Schriftführer, Adam Mankowski aus Gnin, zum Kassierer, Anton Kasperski aus Jablone zum stellvertretenden Kassierer, Mathias Skrzypczak aus Gnin zum Bibliothekar und Valentin Tomaszewski aus Wioska zum stellvertretenden Bibliothekar.

Die Versammlungen finden jeden dritten Sonntag jeden Monats bald nach der Messe in der Pfarrei statt.

Aus Nr. 51 des Robotnik (Posen)
vom 18. Dezember 1910.:

Neue Vereine.

Kunowo bei Gostyn.

Am 8. Dezember d. Js. fand die erste Versammlung des neu gegründeten polnischen Arbeitervereins der Parochie Kunowo statt. Propst Jezierski eröffnete die Versammlung und erteilte darauf dem Generalsekretär Geistlichen Lisiecki aus Posen das Wort, welcher den Anwesenden den Zweck und die Aufgabe des Vereins in klaren und überzeugenden Worten erklärte und die daraus entstehenden Vorteile darstellte. Es sind 130 Personen als Mitglieder beigetreten. Nach dem Beschluß beträgt das Eintrittsgeld 25 und der monatliche Beitrag 20 Pfennige. Patron des Vereins ist der Propst Jezierski. In dem Vorstand wurden folgende Mitglieder gewählt: Lukas Bartkowiak aus Kunowo erster Vorsitzender, Stanislaus Mankowski aus Kunowo zweiter Vorsitzender, Andreas Konczak aus Kunowo erster Schriftführer, Michael Ratajczak aus Dalabuschki stellvertretender Schriftführer, Ludwig Naskrent aus Kunowo Kassierer, Johann Görny aus Kunowo Bibliothekar, Franz Pawlak aus Kunowo stellvertretender Bibliothekar. Zu Beisitzern wurden Joseph Ratajczak aus Dalabuschki, Jakob Klufas aus Tworzymirki und Peter Grzelczyk aus Malachowo gewählt. Zu Vertrauensmännern wurden Franz Goryniak für Kunowo, Martin Konarkowski für Malachowo, Valentin Gryglewicz für Tworzymirki, Stanislaus Ratajczak für Dalabuschki, Vinzent Stelmaszynski für Deutschfeld und Adalbert Radolta für Ostrow gewählt.

Die Versammlungen finden jeden vierten Sonntag im Monat im Hospitalsaale statt. Nach Schluß der Beratungen brachten die anwesenden Mitglieder ein dreifaches Hoch auf den Geistlichen Lisiecki, den Generalsekretär, aus.

Geistlicher **Jezierski.**

Aus Nr. 51 des Robotnik (Posen)
vom 18. Dezember 1910:

Jezewo.

Die Generalversammlung unseres Vereins fand am Sonntag, den 20. November statt. Der Vorsitzende hat dieselbe eröffnet. Nach Absingen des Liedes „Stern des Meeres" erstatteten der Schriftführer und Kassierer den Jahresbericht. In den Vorstand wurden gewählt: Fr. Lawniczak als stellvertretender Vorsitzender, Michael Walczak als stellvertretender Schriftführer und Ludwig Nowakowski als stellvertretender Kassierer. Als Vertrauensmann wurde Johann Kendzierski gewählt. Darauf hielten der Vorsitzende und sein Stellvertreter Vorträge. Am ersten Weihnachtsfeiertage, nach der Vesper, veranstaltete unser Verein für die Kinder der Mitglieder eine Weihnachtsbescherung. Mit dem Absingen des Liedes „Alle unsere täglichen Verrichtungen" wurde die Versammlung geschlossen.

Der Vorstand.

Aus Nr. 283 des Lech (Gnesen)
vom 15. Dezember 1910:

Unsere Zukunft

wird davon abhängen, wie wir unsere junge Generation erziehen. Die preußische Schule ist mit allen Kräften bemüht, in die Herzen unserer Jugend die Liebe zum Deutschtum und Haß und Verachtung gegen alles, was polnisch ist, einzuimpfen. Wenn diese Absicht ihr gelingen sollte, dann wird für unsere Volksgesamtheit die Stunde des Verderbens schlagen. Unsere heilige Pflicht ist es deshalb, allen Germanisierungsversuchen der preußischen Schule entgegenzuwirken. Möge das polnische Haus diese Festung des Polentums werden, welche keine Germanisierungsbestrebungen zu erobern imstande sein werden. Ihr Eltern habt die Pflicht, euch darum zu kümmern, daß euer Kind in euerm Hause in rein polnischem Geiste erzogen wird, damit die Germanisierungsbestrebungen von ihrer polnischen Seele wie von einem Stahlpanzer abprallen.

Schwer wird es euch manchmal sein, besonders jenen, die den ganzen Tag um ein Stückchen Brot schwer arbeiten müssen, sich nach der mühsamen Arbeit des Tages mit dem Unterricht der Kinder im polnischen Lesen und Schreiben und in der polnischen Geschichte zu befassen. Deshalb müßt ihr auch für einen Stellvertreter sorgen, der euch in diesen Sachen würdig vertritt und die nationale Pflicht, eure Kinder zu erziehen, von euren Schultern nimmt. Ein solcher Stellvertreter ist die polnische Zeitung. Deshalb giebt auch der Lech, der seine Aufgabe gewissenhaft lösen will, eine besondere Zeitung für die Kinder heraus, die ihnen angepaßt ist und ihrem Begriffsvermögen entsprechend redigiert wird. In diesem Zeitungchen veröffentlichen die Kinder ihre Briefchen, für welche sie in Form nützlicher Bücher Belohnungen erhalten. In diesem Jahre haben etwa 100 Kinder an den Leszek geschrieben. Es ist dies der beste Beweis dafür, wie nützlich ein solches Zeitungchen ist, und es ist der beste Ansporn für die Eltern, den Lech mit seinen Beilagen für das neue Vierteljahr zu bestellen. Überredet auch eure Verwandten und Bekannten, den Lech zu bestellen.

Aus Nr. 286 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 16. Dezember 1910:

Bartschin.

Es fand hier eine Konferenz der Lehrer aus dem ganzen Kreise statt. Es erschin auch der Vertreter der Bromberger Regierung, der Schul- und Regierungsrat

und Dezernent Tomusschat. Der Kreisschulinspektor ließ sich über die wichtigsten Grundsätze aus, die man bei der intellektuellen, religiös-moralischen Erziehung der Kinder beachten müßte.

Man hätte erwarten müssen, der Herr Inspektor würde mit Nachdruck hervorheben, daß man, wenn man die Kinder vorteilhaft beeinflussen wolle, man vor allem die Muttersprache berücksichtigen müsse, und daß vor allem die Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache und nicht in einer fremden Sprache durchaus notwendig sei.

Hat der Herr Inspektor an diese Kardinalgrundgrundsätze erinnert?

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 151 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 22. Dezember 1910:

Domherr Hirschberg,

Zentrumsabgordneter für Polnisch Ermland (Bezirk Allenstein-Rössel) lebt nicht mehr! Nach langer und schwerer Krankheit ist er am Montag, den 19. d. M., um 4 Uhr morgens in Wartenburg verschieden.

Zweimal von der Mehrheit der Zentrumsstimmen gegen die das letzte Mal über 5000 betragenden Stimmen des polnischen Volkes gewählt, war er niemals und wollte er auch nicht polnischer Abgeordneter sein. Mit der polnischen Fraktion, oder mit den einzelnen polnischen Abgeordneten ist er in keine, nicht einmal gesellschaftliche Beziehungen getreten. In den Wählerversammlungen hat er nicht einmal diejenigen Polen mit einer polnischen Ansprache ausgezeichnet, die künstlich in das Zentrumslager hineingezogen worden sind, und die nachher aus politischer Dummheit, scheinbar des lieben Friedens willen, ihre Stimmen für den Zentrumskandidaten abgegeben und den Sieg zu Gunsten des Zentrums entschieden haben.

Der Verstorbene hat das polnische Volk in Ermland nicht als Polen, sondern als „nicht deutschsprechende", also als „polnischsprechende Deutschen" betrachtet.

Einem solchen Abgeordneten können wir Polen in Ermland auch in Zukunft unsere Stimmen nicht geben, denn wir sind Polen, und als solche werden und müssen wir unsere Stimmen immer für Kandidaten abgeben, die sich offen als Polen bekennen, denn wir sind überzeugt, daß nur ein Pole aus polnischem Fleisch und Blut die billigen Rechte des polnischen Volkes und unseres katholischen Glaubens gern und aufrichtig verteidigen wird. Denket daran, Landsleute, besonders in der kommenden Zeit, und belehret alle diejenigen, welche die „Gazeta" nicht lesen.

Aus Nr. 153 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 22. Dezember 1910:

Der Redakteur

Anton Konieczny *),

der mit dem 21. Dezember 1910 die Leitung der Gazeta Gdanska übernommen hat, schreibt in seinem Antrittsartikel u. a.:

Geehrte Leser, ich bin euch also nicht fremd, ich bin ein Kind derselben Mutter, ich bin euer Bruder aus einem anderen Landesteil, und ich nahe mich euch wie meinen Brüdern, und brüderlich wird meine Aufnahme sein. Ich bin nicht zu euch gekommen, um mit verschränkten Armen still zu sitzen, sondern um gemeinschaftlich mit euch zu arbeiten und zusammen mit euch das schwere Ungemach zu ertragen, welches der Herrgott der polnischen Nation auferlegt hat. Bei den oberschlesischen Brüdern habe ich mich zum Kampf gerüstet, mit den Großpolen habe ich in Reih' und Glied gestanden, und uns voran hat die Standarte mit der Losung geweht: „Für den heiligen Glauben unserer Väter und für das, was sich in dem Worte „Vaterland" vereinigt: für unsere Muttersprache, für unser polnisches Land".

Heute habe ich die Reihen gewechselt, aber die Standarte ist dieselbe geblieben, und im Namen dieser Losungen will ich mit euch, lieben Brüder, kämpfen, solange meine Kräfte reichen.

*) Früher Redakteur beim Gnesener Lech. (Die Red. d. Ges.-Üb.)

Aus Nr. 153 des Pielgrzym (Pelplin) vom 22. Dezember 1910:

„Preußische Statistik"

überschreibt sich ein Artikel des „Pielgrzym", der das Zählverfahren bei der Aufnahme der polnischen Bevölkerung gelegentlich der diesjährigen Volkszählung kritisiert, und in dem es zum Schluß heißt:

Deshalb haben wir auch das Vertrauen zu unseren Abgeordneten, daß sie von der Rednertribüne des Landtags das Vorgehen der preußischen Regierung in gehöriger Weise verurteilen, daß sie die Gültigkeit der diesjährigen Volkszählung beanstanden und gegen alle Schlußfolgerungen protestieren werden, welche die preußische Regierung aus der falschen Statistik uns gegenüber zu ziehen beabsichtigt, und daß sie ferner fordern werden, daß diejenigen, die bei der Volkszählung falsche Eintragungen oder Änderungen in den Zählkarten vorgenommen haben, wegen Urkundenfälschung bestraft werden. Und wenn die preußische Regierung auf unsere Forderungen nicht eingehen sollte, dann müßte in Erwägung gezogen werden, ob in Zukunft nicht im allgemeinen jede Ausfüllung der Zählkarten und ebenso jede, und sei es auch die gleichgültigste Auskunftserteilung an die Zähler unterbleibt, um dadurch der preußischen Regierung jede Nationalitätenstatistik unmöglich zu machen. — Denn wenn der Lehrer besser als ich weiß, welches meine Muttersprache ist, und ob ich die deutsche Sprache genügend beherrsche, dann wird er auch gewiß besser als ich wissen, wann und wo ich geboren bin, wieviel Kinder ich habe usw.

Und daß unsere geistliche Behörde den Zahlen des auf Grund der diesjährigen Volkszählung aufzustellenden „Gemeindelexikons" keinerlei Wert beilegen wird, davon sind wir heilig überzeugt.

Aus Nr. 151 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 17. Dezember 1910:

Tuchlin, den 13. Dezember.

Ich bin gezwungen, betrübten Herzens mitzuteilen, wie hier in Tuchlin bei der Volkszählung am 1. Dezember verfahren worden ist. Mein Nachbar forderte

sehr energisch, daß bei ihm „polnisch“ unterstrichen würde, doch der Schreiber wollte sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, und er unterstrich „kaschubisch“.

Und als er mich zu sich rufen ließ, fragte ich ihn, was er bei mir zu unterstreichen gedenkt. „Kaschubisch“, erwiderte er. Darauf erklärte ich ihm, daß ich die Karte selbst ausfüllen würde. Der Schreiber sagte: „Sie werden polnisch unterstreichen, und das müßte ich so wie so alles durchstreichen.“ Er ging schließlich unverrichtet von dannen und sagte zu mir: „Sie haben mich beleidigt, ich werde Sie wegen Beamtenbeleidigung verklagen.“ Am nächsten Tage ging ich zum Amtsvorsteher und bat um meine Karte, um sie selbst unterstreichen zu können. Der Amtsvorsteher versicherte mir, daß er sie schon an den Landrat abgeschickt habe. Ich beschwerte mich beim Landrat und verlangte die Rückgabe meiner Karten oder um Aufklärung, wie ich eingetragen worden sei. Bis jetzt habe ich aber noch keine Antwort erhalten.

Ich bitte die geehrte Redaktion um Mitteilung, ob die Behörden nicht von Berlin aus gezwungen werden könnten, meinem Wunsche zu entsprechen. (Unsere Abgeordneten werden die Sache im deutschen Reichstage zur Sprache bringen. Beschweren Sie sich aber Ihrerseits beim Landrat. Einen anderen Weg gibt es nicht. Das ist die zuständige Instanz. Und wenn Sie keine günstige Antwort erhalten sollten, dann müßten Sie sich an den Minister des Innern wenden. Die Red.).

Aus Nr. 229 der Gazeta Toruńska (Thorn) vom 25. Dezember 1910:

Die Gazeta Torunska sagt in ihrem

Weihnachtsartikel

u. a.:

Und wiederum ist am Himmel der Stern Bethlehems erschienen, der der Menschheit die Erlösung aus dem Joch der Sünde verkündet. Er erglänzt sowohl den Machthabern auf den Thronen wie den Sklaven in Ketten, den im Golde sich badenden Reichen wie den Armen auf dem Lager Lazarus. Und es leuchtet der klare Stern Gottes an dem traurigen polnischen Himmel. Ob er dem lieben Vaterlande eine neue Zukunft verkündet? Wir Gequälten erwarten den Hoffnungsstern, damit er uns von dem finstern Weg der Verzweiflung zu einer strahlenden Idee, zu einer Sendung führt, **damit er die Taten und Träume in einen Herd vereinigt.** Jedes Jahr sprechen wir die Hoffnung aus, daß uns ein solcher Leit- und Schutzstern erglänzen möge.

Schwer haben wir es, schwer hat es die ganze Nation, und am schwersten dieser ihr Teil, der unter die eiserne kreuzritterliche Faust gekommen ist, der seit Jahrzehnten im Feuer der hartnäckigsten Kämpfe steht, und in diesem Feuer das polnische Gebet sowie den polnischen Grund und Boden verteidigen und für das tägliche Brot arbeiten muß. Darum spricht neben Freude auch Trauer aus unseren Kolonien, und auf die weiße Weihnachtsoblate fällt manche Träne über unser Schicksal, und manche traurige Erinnerung ruft sie wach.

Und wenn auch schwerer Kummer unser Antlitz verfinstert, so müssen wir doch sagen, daß wir wie Federn sind. Je mehr eine Feder gedrückt wird, desto mehr federt, desto elastischer wird sie. Trotz der ewigen Bedrückung stehen wir aufrecht, leben und heben uns sowohl in nationaler wie kultureller Hinsicht, als auch bezüglich der Bildung. Diese gute Seite unseres Schicksals müssen wir am Weihnachtsfest in Erinnerung rufen.

Dieser starke und mächtige Gott, der über den elendsten Wurm wacht, wacht auch über unsere polnische Nation und er gibt uns den Glauben an eine **bessere Zukunft** und die Kraft zum Überdauern des Bösen.

Wenn wir diesen Glauben haben, dann werden wir alles aushalten: sowohl unter der preußischen Enteignung als auch unter der Moskauer Knute, wie auch die jenseits des weiten Ozeans in der ganzen Welt verstreuten Polen.

Aus Nr. 154 des Pielgrzym (Pelplin) vom 24. Dezember 1910:

In seinem

„Weihnachtsartikel“

schreibt der Pielgrzym u. a.:

Wiewohl die Verfolgung der polnischen Nation schon beinahe das höchste Maß erreicht hat, so lasset uns aber nicht glauben, daß nicht noch eine größere Bedrückung eintreten wird — verlieren wir aber trotzdem nicht die Hoffnung an eine **bessere Zukunft** und lasset uns nicht verzweifeln.

Aus Nr. 154 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 24. Dezember 1910:

In dem

„Weihnachtsartikel“

der Gazeta Gdanska heißt es u. a.:

Siehe, Bäche von Tränen und Blut sind geflossen, die Knochen unserer Väter bleichen in den afrikanischen Wüsten und in den sibirischen Bergwerken, und in unserem Vaterland ragen Tausende von Kreuzen als Zeichen der Trauer empor. Herr! Sind wir noch immer Deines Friedens und Deiner Erlösung unwürdig! Die Gefangenschaft drückt uns schwer, wie einst Dein auserwähltes Volk; man will uns vernichten, und unseren Kindern schreibt man das Todesurteil, wie es die damaligen gemacht haben, welche die Kinder Israels in den Tiefen des Nils haben umkommen lassen. Damals hast Du Dich erbarmt und Dein Volk aus der Gefangenschaft befreit, warum hast Du denn für uns kein Erbarmen! . . . .

Aus Nr. 152 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 20. Dezember 1910:

Raus aus den Kriegervereinen.

Es müßte scheinen, daß angesichts der fortwährenden Ermahnungen der polnischen Blätter kein Pole mehr einem Kriegerverein angehört. Daß das aber nicht zutrifft, zeigt nachstehender Vorfall:

In **Wissek**, einem im Norden der Provinz Posen liegenden Städtchen, ist der Arbeiter Martynik verstorben. Da er als Veteran aus den letzten Feldzügen auch dem Kriegerverein angehört hat, wollten die Krieger über seinem Grabe drei Salven abgeben. Aber mit Rücksicht darauf, daß das Kirchenrecht solche Dummheiten auf dem geweihten Kirchhof verbietet, hat der Ortspropst Haß das Schießen untersagt. Die durch

dieses Verbot beleidigten Krieger haben nun beschlossen, sich über den Propst zu beschweren.

Ihr seht also, liebe Brüder, welche Folgen aus der Zugehörigkeit eines Polen zum Kriegerverein entstehen. Sogar das Begräbnis kann aus diesem Grunde nicht ruhig und ohne Abenteuer stattfinden.

Sehet, liebe Brüder, welchen Unannehmlichkeiten unsere Seelsorger durch jene Kriegervereine ausgesetzt sind!

Aber wie viele sorglose Polen gehen infolge der Zugehörigkeit zu den Kriegervereinen für das Polentum und für unseren heiligen Glauben verloren. Ein solcher armer dummer Mensch fühlt es zunächst gar nicht, wie die Liebe zum heiligen Glauben und zum Polentum in ihm nach und nach erkaltet. Er fühlt es gar nicht, wie er von einem rechten Sohn unseres gemarterten Vaterlandes und von einem rechten Sohn unserer heiligen Kirche allmählich zum Verräter alles dessen wird, was er früher über alles geliebt hat, was für ihn der größte Schatz gewesen ist! Er fühlt das nicht eher, als bis das Unglück geschehen ist.

Man könnte weinen, blutige Tränen könnte man weinen, die Seele könnte man sich ausweinen, wenn man sieht, wie mancher dieser unserer armen Brüder auf die schönen Worte der Feinde des Polentums hereinfällt — wie er in die Reihen derjenigen tritt, die auf die Vernichtung des Polentums und unseres heiligen Glaubens nur so lauern. Wir hoffen, daß es solcher unter unseren Lesern nicht gibt — und wenn es welche geben sollte, so rufen wir ihnen zu: **Wählet zwischen der Gazeta Grudziondzka oder Eurem Kriegerverein — denn wir wollen unter unseren Lesern keine Kriegervereinsmitglieder haben!** Haben denn nicht schon alle Zeitungen einmütig genug aufgeklärt, wie schädlich diese Kriegervereine sind?

Haben denn die polnischen Blätter infolge dieser Kriegervereine nicht schon genug erlitten? Wieviele polnischen Redakteure hat nicht schon das Preußentum der Kriegervereine wegen ins Gefängnis gesetzt? Ist denn nicht zurzeit unser Verleger, der Abgeordnete Kulerski, wegen der Kriegervereine durch das Preußentum eingesperrt worden?

Und warum bestraft das Preußentum so schwer das Warnen vor den Kriegervereinen? Das Preußentum tut es deshalb, weil es gut weiß, daß der Pole im Kriegerverein mit der Zeit für den Glauben und für die schöne polnische Muttersprache erkaltet, daß er für das Polentum im allgemeinen erkaltet, und ferner, daß sich mancher mit der Zeit verdeutscht und lutherisiert. Und davon träumt das Preußentum doch nur.

Die polnischen Zeitungen wissen gut, wie gefährlich die Kriegervereine für die polnischen und katholischen Seelen sind. Und darum erfüllen sie, wenn sie auch leiden, ihre Pflicht und warnen die Sorglosen. Diese Pflicht erfüllt heute Eure Grudziondzka wiederum. Ihr aber, lieben Brüder, die Ihr sie liest, ermahnet, wenn Ihr jemanden kennt, der zu den Kriegern gehört, daß er schnellstens austritt, solange es noch Zeit ist, solange seine polnische Seele noch nicht gestorben ist. Polnische Vereine gibt es genug, man braucht sich also nicht in deutsche Vereine zu drängen, wo auf jedem Schritte unsere Gefühle verletzt werden, wo auf jedem Schritte unser Polentum und mitunter auch unser heiliger Glaube geringschätziger Behandlung ausgesetzt sind.

Raus aus den Kriegervereinen, raus, so schnell wie möglich!

Aus Nr. 149 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 17. Dezember 1910:

Was ist notwendig?

Auf der Versammlung des „Wahlvereins" in Allenstein sind die Vertrauensmänner aufgefordert worden, recht viele Mitglieder für den „Wahlverein" zu werben. Bei dieser Arbeit müßten die anderen Vereinsmitglieder die Vertrauensmänner unterstützen und ihre Verwandten, Bekannten und Freunde zum Beitritt aufmuntern. Jede 18 Jahre alte Person kann Mitglied des Vereins werden; die sich Meldenden erhalten eine Mitgliedskarte und zahlen jährlich nur 10 Pfg. an die Vereinskasse. Dafür hat das Mitglied das Recht, alle Vereinsversammlungen, wo sie auch stattfinden mögen, sei es in Allenstein, in Wartenburg, in Bischofsburg oder in irgend einem Dorfe in Ermland, zu besuchen. Diesem Wahlverein müßten alle Polen in Ermland angehören, damit sie über ihre bürgerlichen und nationalen Pflichten belehrt werden können. Also Ermländer, tretet dem „Wahlverein für Ermland" bei. Wo sich die größte Zahl an Mitgliedern ansammeln wird, dort wird der Vorsitzende die erste Versammlung veranstalten. Das ist in erster Linie erforderlich.

Was ist außerdem notwendig? Die Verbreitung polnischer Zeitschriften in Ermland, denn die Ermländer lesen noch zu wenig, und zwar die Verbreitung der Gazeta Olsztynska, des Przewodnik Katolicki, des Pielgrzym und anderer polnischer Blätter und Zeitschriften. In jedem Hause muß auch ein polnisches Blatt sein.

Die Weihnachtsfeiertage und das Neujahr, wo gewöhnlich viel unnötige Sachen gekauft werden, stehen jetzt vor der Tür. Die Pfefferkuchen schaden nichts, aber anstatt des verschiedenen Zucker- und Backwerks, mit dem sich die Alten und Jungen den Magen überladen und verderben, müßten die polnischen Ermländer im Geschäft der Gazeta Olsztynska oder in einer anderen Buchhandlung einen Kalendarz Maryanski, einen Kalendarz Misyjny usw., oder ein polnisches Buch für die Kinder kaufen. Das ist an zweiter Stelle erforderlich.

Die polnische Sprache wird den preußischen Staat nicht niederwerfen, und wie jede Nation, so hat auch die polnische Nation das Recht, ihre Sprache zu bewahren und zu pflegen. Bilitewski, Geistlicher.

Aus Nr. 102 des Mazur (Ortelsburg) vom 22. Dezember 1910:

Brief eines evangelischen Rektors.

Geehrter Herr Redakteur! Wie ich aus dem Mazur erfahre, ist jener Laban und sein „Verdummer" *) gewiß Nachkommen jenes Laban, von dem das erste Buch Moses schreibt, und sie sind gewiß mit dem Propheten Bileam verwandt. Also ihre Heimat ist nicht Preußen, sondern Mesopotamien, und ihre Stadt heißt Haran.

Warum schreiben Sie ihnen nicht, daß sie dorthin verziehen sollen und den „Verdummer" für ihre arabischen Landsleute herausgeben, die jetzt in diesem Lande wohnen. Denn in Preußen wird es nicht mehr lange solche Leute geben, die jenes miserable Blatt lesen werden. Daß der „Verdummer" bisher existiert,

*) Damit ist der in Königsberg erscheinende Pruski Przyjaciel Ludu gemeint. Die Red. d. Ges.-Üb.

verdankt er der Unterstützung der Hakatisten und Konservativen, und sobald die letzteren bei den neuen Wahlen durchfallen, was gewiß auch geschehen wird, was wird dann der „Verdummer" im preußischen Lande machen?

Also schreiben Sie ihnen das, Herr Redakteur, damit sie beizeiten von dannen ziehen und nicht erst die Zeit abwarten, wo sie, ausgelacht von unseren masurischen Brüdern, schamerfüllt dorthin werden reisen müssen.

Ledermann, Lehrer.

Aus Nr. 31 des Przyjaciel Domu Polskiego (Pr. Stargard).
Beilage der Nr. 53 der Nasza Gazeta vom 20. Dezember 1910:

Briefe polnischer Kinder.

Skorschenno, den 11. Dezember 1910.

Gelobt sei Jesus Christus!

Ich ergreife die Feder, um einige Worte an die liebe „Gazeta" zu schreiben. Am 30. September bin ich 11 Jahre alt geworden. Ich besuche die Schule in Skorschenno, und dort muß ich ausschließlich deutsch lernen. Ich bin die jüngste und habe eine ältere Schwester. Der Vater hält die Nasza Gazeta und den Pielgrzym. Die Mutter liegt krank. Als ich von unserer Redaktion die Zeitungen bekam, habe ich sie gern ausgetragen. Die „Nasza Gazeta" gefällt uns sehr gut, und wir beabsichtigen, sie immer zu halten.

Mit Gruß
Wanda Stefania Guß.

Koschmin (Kr. Berent?), den 12. Dezember 1910.

Gelobt sei Jesus Christus!

Ich bin 10 Jahre alt. Polnisch lerne ich nur zu Hause, denn in der Schule wird, wie bekannt, nur deutsch gelehrt. Doch so, wie ich es vermag, schreibe ich. Die übersandten Zeitungen habe ich ausgetragen. Es sind 17 Abonnenten, und ich hoffe, daß zu Neujahr mehr sein werden. Die „Gazeta" gefällt uns sehr gut.

Bronislawa Wiecka.

Aus Nr. 30 des Przyjaciel Domu Polskiego (Pr. Stargard) (Der Freund des polnischen Hauses).
Beilage der Nr. 34 der Nasza Gazeta vom 17. Dezember 1910:

Briefe polnischer Kinder.

Osinczno, den 10. Dezember 1910.

Ich habe in unserer „Nasza Gazeta" gelesen, daß sie die Verteilung ihres Blattes zur Ansicht wünschen. Ich würde das tun. Polnisch lesen habe ich schon gelernt. Mein Vater hält schon 9 Jahre eine Zeitung. Für dieses Vierteljahr haben wir uns die Nasza Gazeta bestellt. Ich lese sie gern, weil mir die schönen Geschichten gefallen. Ich bitte mir Zeitungen zum Austragen zu übersenden, ich werde sie in jedes Haus tragen.

Pelagia Sobczak.

Jelen, den 10. Dezember 1910.

Gelobt sei Jesus Christus! Ich schreibe das erste Mal an unsere liebe Nasza Gazeta. Ich bin 10 Jahre alt. Ich muß nach Jelen zur Schule gehen. Dort müssen wir alles deutsch lernen. Mein Vater hat drei Jahre den Pielgrzym und ein Jahr den Przyjaciel in Thorn abonniert. Jetzt hält er die Nasza Gazeta, die uns sehr gut gefällt. Ich bitte um ein Paket Zeitungen zum Verteilen.

Mit herzlichem Gruß
Franciszek Czaplawski.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 297 des Kurjer Poznański (Posen) vom 29. Dezember 1910:

Ein neues Blatt in Schlesien.

Kattowitz, den 27. Dezember.

Während der Feiertage in Schlesien weilend, machte ich von einer Einladung Gebrauch und begab mich am zweiten Feiertag nachmittags nach der hiesigen Reichshalle zur Generalversammlung der Mitglieder und Gäste der Drukarnia Spolkowa (Genossenschafts-Druckerei) in Kattowitz, die vor wenigen Monaten entstanden ist zur Sanierung der finanziellen Verhältnisse im Verlage des Polak (Kurjer Slonski). Die genannten Blätter sind inzwischen — ohne Wissen der Genossenschafts-Druckerei — in die Hände des Katolik übergegangen, so daß der eigentliche Zweck der Genossenschaft hinfällig geworden ist. Es handelte sich jetzt nicht nur darum, was mit der Genossenschaft anzufangen sei, sondern darum, was überhaupt mit der gegenwärtigen Situation der Presse in Schlesien anzufangen ist, vor allem darum, ob ein neues selbstständiges nationales und demokratisches Blatt für das polnische Volk in Schlesien gegründet werden solle und könne.

Schreiber dieser Zeilen gesteht offen, daß er in die Versammlung mit einem gewissen Skeptizismus ging, doch von ihr mit einem ganz anderen Gefühl zurückkehrte. In der Versammlung, die über drei Stunden dauerte und etwa 80 Mitglieder und Gäste umfaßte, sprachen — mit Ausnahme des Berichterstatters des Aufsichtsrats der Genossenschaftsdruckerei — buchstäblich fast ausschließlich Arbeiter. Die Diskussion war durchaus sachlich entschieden, aber unparlamentarischer Angriffe und leerer Redensarten völlig bar. Zuerst wurde die Frage behandelt: Liegt das Bedürfnis einer neuen Zeitung vor? Zwei Redner sprachen gegen die Gründung einer neuen Zeitung, alle anderen verlangten — und zwar sehr bestimmt — ein neues Blatt. Am auffälligsten war die mehrmalige Betonung, daß die Zeiten vorüber seien, wo die Politik in Schlesien die Politik zweier sich bekämpfenden Einzelpersonen und ihrer ihnen blind vertrauenden Anhänger gewesen sei. Das gehöre schon unbedingt der Zukunft an. Der Stern dessen, der berufen war, eine große Rolle zu spielen, sei schon in den letzten Jahren sehr verblaßt, und zwar aus verschiedenen persönlichen Gründen, die in der schlesischen Presse die Ursache so rücksichtloser und Ärgernis erregender Polemiken gewesen seien. Heut verstehen die aufgeklärten völkischen Kreise schon sehr gut, daß es sich nicht um Personen, sondern um die Richtung der nationalen Politik handelte. Die Redner erklärten, daß sie den bisherigen Standpunkt nicht verlassen würden, daß sie in der schlesischen Presse jetzt nicht das fänden, was sie erwarteten (es würde z. B. auf das Ausbleiben einer Opposition angesichts der

Versöhnungsrede des Abgeordneten Grafen Mielzynski hingewiesen), und darum bäten sie, die Gründung eines neuen Blattes unverzüglich in Angriff zu nehmen. Bei der Abstimmung erhoben sich 4 Stimmen gegen, alle anderen — im Einklang mit dem Vorschlage des Aufsichtsrats — für die Gründung eines Blattes.

Die zweite Frage lautete, ob das Blatt Aussichten auf Erfolg habe, d. h. ob es in einigen Jahren so viele Leser gewinnen werde, daß seine Existenz gesichert sein werde. Auch hier war die Diskussion interessant. Mit Ausnahme von zwei Rednern — derselben, wie vor dem (aus der Gegend Beuthens, des Sitzes des Katolik) — stellten alle die Stimmung als günstig hin. Das Volk sei zwar den schlesischen Zeitungen abhold und sage, daß eine Zeitung wie die andere „gaunere" und jetzt alle Zeitungen (im Industriebezirk) „gaunerten", aber es sei Tatsache, daß in fast allen Gemeinden die geschulten Leute danach fragten, ob ein neues Blatt entstehen werde, und ein solches Blatt erwarteten. Aber — wurde von mehreren Seiten bemerkt — auf einen Erfolg könne man nur rechnen, wenn die Richtung dreist und entschieden, die Schreibart aber anständig und persönlicher Angriffe bar sein werde. Es ist bezeichnend: Diese einfachen Arbeiter verstehen das Interesse der Volksgesamtheit besser, als die „Führer der Nation".

Bei der Abstimmung drückten wiederum alle mit Ausnahme einiger die Meinung aus, daß, wenn die Gründer des Blattes — wie der Berichterstatter des Aufsichtsrats darlegte — mit einem Fehlbetrag in den ersten Jahren rechneten und Fonds zu seiner Deckung haben würden, dann die Existenz und Entwicklung des Blattes als sicher angesehen werden kann.

Schließlich schlug der Aufsichtsrat der Genossenschaftsdruckerei den Mitgliedern vor, die Genossenschaft aufzulösen und die Gründung des Blattes **anderen** Faktoren zu überlassen. Der Aufsichtsrat habe nämlich die Überzeugung gewonnen, die finanzielle Verantwortung für einen solchen Verlag dürfe nicht auf die Schultern nicht wohlhabender Leute abgewälzt werden, die von der schweren Arbeit ihrer Hände leben. So sei auch schon eine Gesellschaft mit beschränkter Haft (G. m. b. H.) mit einem entsprechenden Anlagekapital und mit Geschäftsanteilen zu 500 Mark in Bildung begriffen. Die Versammelten nahmen diesen Vorschlag einstimmig mit Anerkennung und mit Glückwünschen für den neuen Kreis der Gründer an.

Damit erreichten die Generalversammlung und das Bestehen der Genossenschaftsdruckerei ihr Ende, worauf die Versammelten aus ihrer Mitte ein Volks-Komitee wählten, daß sich aus etwa 20 Vertretern des Volks aus verschiedenen Gegenden zusammensetzt und dessen Aufgabe sein wird, der im Entstehen begriffenen Gesellschaft m. b. H. mit seinem Rat und mit politischen Fingerzeigen zu dienen. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, dem neuen Blatte möge der Name Gazeta Ludowa (Volkszeitung) gegeben werden.

Noch in der laufenden Woche wird ein Aufruf in Sachen des neuen Blattes erscheinen, welches auf einer geregelten, nüchternen Grundlage hinsichtlich des Verlages und auf rechtschaffenen politischen Grundsätzen gestützt sein soll, damit es deren entschiedener, aber ernster und ehrlicher Fürsprecher wäre.

M. S.

(M. S. ist der Chefredakteur des Kurjer Poznanski, Marian Seyda, ein Bruder des Rechtsanwalts Seyda in Kattowitz.)

Aus Nr. 289 des Kurjer Poznański (Posen) vom 18. Dezember 1910:

Der Verband der schlesischen Erwerbsgenossenschaften.

Man schreibt uns aus Oberschlesien:

Der Antrag des schlesischen Verbands der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom Dezember 1907 um Gewährung des Rechts zur Ernennung von Revisoren ist vom Minister für Handel und Gewerbe nach dreijährigem Nachdenken abgelehnt worden. Durch diesen Beschluß ist die Angelegenheit des Bestehens eines Verbandes in Schlesien keineswegs abgeurteilt worden. Verbände von Genossenschaften können sich nach Belieben bilden ohne Genehmigung der Landesbehörden gleich anderen Vereinen. Die deutsche Regierung hat sich nur vorbehalten, Verbänden, welche nach Form und Zweck gewissen satzungsgemäß genau vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen, das Privileg der eigenen Revision zu gewähren. Die preußische Regierung hat voraus gesehen, daß der schlesische Verband in seiner späteren Wirksamkeit den durch die Satzung vorgezeichneten Rahmen überschreiten werde, und die Gewährung des Revisionsprivilegs abgelehnt. Ungeachtet dessen steht der Verband, da er gegründet ist, weiter, und er ist verpflichtet, alle im Statut inbegriffenen Tätigkeiten zu erfüllen, mit Ausnahme der durch das Gesetz vorgeschriebenen zweijährigen Revision.

Es wäre zu wünschen, daß der schlesische Verband sich belebte und nach dreijähriger Untätigkeit in nächster Zeit zu wirken begänne. Seine Tätigkeit ist eine dringende Notwendigkeit, und sein Wirken kann um so fruchtbringender werden, als der nicht mit dem Revisionsprivileg ausgestattete Verband weder in der Wahl der Form des Bestehens, noch in den Mitteln seiner Tätigkeit, noch endlich durch die ausschließlich für Revisionsverbände vorgesehenen Aufsicht seitens der Landesbehörden beengt sein wird. Die Revisionsverbände sind erst durch die Novelle zum Genossenschaftsgesetz unterm 1. Mai 1889 eingeführt worden. Lange Jahre vorher bestanden Genossenschaftsverbände zu anderen Zwecken, und sie zeigten Lebensfähigkeit und erfolgreiche Wirksamkeit nach verschiedenen Richtungen des genossenschaftlichen Lebens hin. Schon im Jahre 1859, also 10 Jahre nach Gründung der ersten Genossenschaft in Delitzsch tritt in Weimar der erste deutsche Genossenschaftstag zusammen, und er gründet ein Zentral-Korrespondenzbureau der Deutschen Vorschuß- und Kreditgenossenschaften. Im Jahre 1864 bildet sich in Mainz der allgemeine Verband der Deutschen Genossenschaften, welcher während der folgenden 25 Jahre eine immer lebhaftere Tätigkeit entfaltet und tausende von Genossenschaften umfaßt ungeachtet des Mangels des Revisionsprilegs. Die Notwendigkeit der Gründung von Genossenschaftsverbänden in Deutschland wird so stark, daß im Laufe der Zeit über 30 Verbände mit verschiedenen Schattierungen in der Organisation und in den Aufgaben entstehen. Unter der obersten Leitung der Verbände entwickelten sich die deutschen Genossenschaften in ungewöhnlicher Weise, sowohl hinsichtlich der Zahl der Mitglieder und der Umsätze, als auch hinsichtlich der kaufmännischen Routine. Die Entwicklung der Genossenschaften wäre nicht annähernd so stark gewesen, hätte es keine Verbandsorganisationen gegeben.

Nach deutschem Muster bildete sich ein Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Posen, und es traten ihm neunzehn von den damals bestehenden dreißig Genossenschaften bei. Nach dreijährigem Bestehen des Verbandes begründet der damalige Kurator Pfarrer Szamarzewski die Not-

wendigkeit der Beibehaltung desselben in seinem Bericht wörtlich wie folgt:

„Aufrichtig und offen muß ich hier aus tiefer Überzeugung betonen, daß der Verband und mit ihm das Komitee und der Kurator für die Genossenschaften unerläßlich sind. Stürzen wir den Verband, jagen wir das Komitee auseinander, erkennen wir den Kurator nicht an, wer wird sich dann ausschließlich mit den Genossenschaften beschäftigen? An wen werden sich die Genossenschaften um Rat und Hilfe wenden, wenn innere Zwistigkeiten die Integrität und das Bestehen einer Genossenschaft zerreißen werden? Soll die Genossenschaft öffentlich einen Arzt für sich erbitten, um dadurch unser an und für sich ängstliches und mißtrauisches Publikum durch zahlreiche Korrespondenzen und Mutmaßungen in den Zeitungen zu beunruhigen? Es ist ein Kurator, es ist ein Komitee, es ist ein Verband da, welche im stillen, ohne Geschrei, selbst wenn es ihnen eine mehrwöchentliche Arbeit verursachen sollte, die stürmisch erregten Gemüter beruhigen und die Genossenschaft von neuem festigen."

Diese Worte können auch heut nach 36 Jahren Anwendung finden.

Es bestand und entwickelte sich der Posener Vorstand der Genossenschaften über 20 Jahre hindurch ohne das Revisionsprivileg. Die Notwendigkeit seines Bestehens wurde allseitig anerkannt, und man schätzte die Früchte seiner Arbeit. Erst nach Einführung des neuen Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889 entstand i. J. 1892 der gegenwärtig bestehende Revisionsverband, eingeengt nicht nur hinsichtlich des territorialen Flächenraums (er umfaßt nur die Provinzen Posen und Westpreußen), sondern auch im Verhältnis zum früheren Kuratorium, eingeschränkt im Bereich seiner Tätigkeit, und zwar im Sinne der Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes, wonach die Revisionsverbände keine anderen Zwecke verfolgen dürfen, als die Revision der Genossenschaften und die Förderung ihrer gemeinsamen Interessen, und namentlich die Aufrechterhaltung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. Während der damaligen lebhaften dreijährigen Kämpfe um das Verhältnis des früheren Kuratoriums zu dem neuen Vorstande des Verbandes, erklärte sich der Kurator Pfarrer Wawrzyniak auf dem Posener Verbandstage im Jahre 1889 für die Beibehaltung der Kuratoriums auch für den Fall, daß die Landesregierung dem Verbande das Recht, eigene Revisoren zu bestellen, versagen sollte.

Heut sind wir in Schlesien in der Lage, daß wir das Kuratorium der Genossenschaften ohne das Revisionsprivileg beibehalten müssen. Die Organisierung der schlesischen Genossenschaften ist unerläßlich zwecks Erfüllung der nachstehenden Hauptaufgaben:

1. zur Gründung neuer Genossenschaften in Ortschaften, wo die Notwendigkeit eintritt, eine Kredit-, landschaftliche oder sonstige Genossenschaft zu gründen, vor allem aber, um dem wilden Gründen von Genossenschaften von seiten solcher Personen vorzubeugen, zu denen die Volksgemeinschaft kein Vertrauen haben kann;
2. zur Einberufung von Tagungen der schlesischen Genossenschaften zwecks Austausches der Erfahrungen und Vervollkommnung der genossenschaftlichen Einrichtungen;
3. zur Herausgabe von Jahresberichten über den Stand und die Entwickelung unsrer Genossenschaften, sowie einer Vierteljahresschrift für die Genossenschaften;
4. zur Erleichterung der Kreditgewährung an die Genossenschaften und zur Unterbringung überflüssiger Kapitalien durch Gründung einer Zentralbank für Schlesien.

Obige Mittel stellen die schlesischen Genossenschaften unter die ständige öffentliche Kontrolle der ganzen Volksgemeinschaft, und sie sind aus diesem Grunde für ihre Entwickelung weit wichtiger, als die Angelegenheit der formellen, gesetzlich vorgeschriebenen zweijährigen Revision, die in ihrer Geschwindigkeit völlig unzulänglich ist, um die Gesundheit einer Genossenschaft festzustellen.

Man muß jedoch auch schließlich die Angelegenheit der für die Aufsichtsbehörden maßgebenden formellen Revisionen nicht geringschätzen. Die Art und Weise, wie sie gegenwärtig ausgeführt werden, ist für die Genossenschaften ohne jeden Vorteil, sogar mit Schaden für sie verbunden. In Wirklichkeit bestimmt nämlich nicht das Gericht die Revisionen für unsre schlesischen Genossenschaften, sondern der Regierungspräsident als Landespolizeibehörde, wobei er sich nicht von dem Interesse der Genossenschaft, sondern von dem politisch-polizeilichen Interesse der Behörde leiten läßt. Die politische Behörde kümmert sich daher nicht darum, einen Revisor zu ernennen, welcher die Gesetzgebung und die genossenschaftlichen Einrichtungen kennt, sondern es handelt sich ihr vorwiegend um die Wahl eines Individuums, zu dem sie das Vertrauen haben kann, daß es mit besonderer Sorgfalt prüfen wird, ob die in unseren Kreditgenossenschaften deponierten Kapitalien nicht zu Zwecken der „großpolnischen Agitation" Verwendung finden. Es werden daher zu Revisoren bestimmt: Konkursverwalter, Beamte von Aktienbanken, Gerichtssekretäre, d. i. Leute, die gar keine Fühlung mit dem genossenschaftlichen Leben haben und gewöhnlich sogar nicht einmal die Sprache verstehen, in welcher die Bücher unsrer Genossenschaften geführt sind. Solche Revisionen sind natürlich für die Genossenschaften ein nutzloses und verhältnismäßig kostspieliges Vergnügen. Diesem Zustande müßte ein Ende gemacht werden. Der künftige schlesische Verbandstag wird die Wege überlegen müssen, die zu diesem Ziele führen. Und namentlich muß erwogen werden, ob es nicht gilt, die Zuständigkeit des Verbands hinsichtlich des territorialen Gebiets zu erweitern, seine Tätigkeit auf das ganze Deutsche Reich mit Rücksicht auf die in Westfalen, Ostpreußen, Berlin, Charlottenburg, Leipzig bestehenden Genossenschaften — zum mindesten auf die Königreiche Preußen und Sachsen auszudehnen und den Antrag auf Gewährung des Rechts zur Ernennung von Revisoren dem in diesem Falle zuständigen Bundesrat vorzulegen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Bundesrat, in welchem Preußen nur 17 von 58 Stimmen besitzt, einen anderen Standpunkt einnehmen wird, als die preußische Regierung. Im Falle der Ablehnung mußte man sich als „schlesischer Unterverband" mit einer gewissen Autonomie und mit dem Vorbehalt von Revisoren, die der polnischen Sprache mächtig sind, bei dem allgemeinen Verbande der deutschen Genossenschaften melden.

Bei allen vorgesteckten Absichten sollte die Grundlage des Handelns das Streben sein, einen Verband der polnischen Genossenschaften in dem Bereich von Schlesien oder vom deutschen Reiche in die Tat umzusetzen und damit eine beständige und wachsame eigene Kontrolle über unsere Genossenschaften zu schaffen.

Aus Nr. 294 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 23. Dezember 1910:

Parturiunt montes . . . oder die Stimmen der „wahren" Demokraten, genannt Brzekot, Sarpot, Kosicki und Genossen.

Seit Wochen drohten die „wahren" Demokraten oder wahren „Allpolen", daß sie ein denkwürdiges

Werk herausgeben werden, welches die Welt in Staunen setzen wird. Zwar wußten wir von vornherein, daß diese „wahren" Demokraten erst der Welt zeigen werden, wer sie sind und wie ihr Kind aussehen wird, aber ihre wenigen nahen Freunde:

Alle aus Stadt und Land,
Männer und Frauen,
Liefen herbei bei diesem Anblick, und
Jeder schauend, wartet, was daraus entstehen wird.
Alle sagen erstaunt: Wir werden sehen,
Was eine so ungeheure Leibesfrucht
In die Welt setzen wird . . .
Bis daraus eine kleine Maus herausfällt.

So geschehen am 20. Dezember im Jahre des Herrn 1910, als solche „Allpolen" und „wahre" Demokraten, wie Brzeskot, Sapa und Kosicki ihre kleine Maus hervorbrachten, die sie die „Umkehr Korfantys" tauften.

Dieses Kind soll ein Mittel zur Rettung der guten Sache, von ihnen stets mit einem großen S geschrieben, sein, der Sache, die angeblich Herr Korfanty verschachert und Herr Napieralski, der Apostel des wahren, wiewohl langsamen und allmählichen Verrats des Geistes und der Bestrebungen der Nation niedergetreten hat.

Und diese arme gute Sache ging im ganzen polnischen Schlesien umher, suchend, wer sie erlöse . . . und sie fand schließlich einen Erlöser in der Person des Herrn Jan Brzeskot. Kein Wunder, er ist ein wahrer Allpole, ein solcher Allpole, daß sich die allpolnische Partei von weitem bekreuzigt, wenn sie seinen Namen hört. Als Helfershelfer erwählte sich dieser „wahre Allpole" seiner würdige und „geehrte" Bürger, wie die Herrn Sapa aus Zalense und Herrn Kosicki aus Kattowitz.

Herr Brzeskot ist ein wahrer Allpole. Er ist im Großherzogtum geboren und ging, als er herangewachsen war, nach dem Westen sein Brot suchen. Die Zentrumsleute schulten ihn und bildeten ihn dort aus und bedienten sich seiner als „Johann" Brzeskot zur Betörung der polnischen Arbeiter. Als sie ihm kein Butterbrot geben wollten, wurde Herr Johann Brzeskot wieder Jan Brzeskot. Er wurde in die polnische Berufsvereinigung aufgenommen, und dort „arbeitete" er so, daß er bald entlassen werden mußte. Um sich an der Berufsvereinigung zu rächen, gab er gegen die Organisation der polnischen Arbeiter Kampfbroschüren heraus und bereiste Berlin und Posen, eine „Aufklärung" verbreitend, die in Angriffen gegen die Berufsvereinigung bestand. Er ging dann ins Königreich Polen und organisierte in Lodz die nationalen Arbeiter. Dort „arbeitete" er so, daß es sein Glück war, daß ihn die Russen auswiesen, sonst hätten sich seiner die Nationaldemokraten entledigen müssen. Nach seiner Rückkehr nach Kattowitz wollte er durchaus wieder Pasquille gegen diejenigen schreiben, die ihn an sich gezogen hatten und denen er gedient hatte, aber er hatte kein Geld.

Aus Mitleid nahm ihn Herr Korfanty an; da ihm dieser nicht soviel und dann zahlen konnte, wie viel und wann er wollte, gab Herr Brzeskot die gute Sache auf, die er gegenwärtig so verteidigt, und ging nach Sosnowitz zu einer dortigen Zeitung. Nach einiger Zeit war man dort seiner satt, und er ging zu einem Blatt von entgegengesetzter Richtung über. Aber er vergaß nicht, etwa 1000 Abonnenten nach sich zu ziehen, wofür man ihm in der anderen Zeitung mehrere hundert Rubel versprach. Aber auch dort war sein Aufenthalt nicht von langer Dauer. Und wiederum saß Herr Brzeskot in Kattowitz auf dem Trockenen, und wiederum kam er zu Herrn Korfanty mit der Bitte, ihn anzunehmen, aber Herr Korfanty könnte dies nicht tun, weil er von dem „wahrhaft allpolnischen" Charakter des Herrn Brzeskot und davon Kenntnis erhalten hatte, daß in Westfalen so angesehene Männer, wie der Abgeordnete Brejski, behaupten, Herr Brzeskot sei preußischer Spion gewesen. Herr Brzeskot sitzt also in Kattowitz und wartet, bis er die gute Sache erlösen könnte. Seinen früheren Arbeitgeber, den Redakteur Ursyn vom Kuryer Zaglembia hat er wiederum in seinem neuesten Elaborat beschimpft. Bei uns sucht er manche Vereine auf und wiegelt das Volk gegen die Intelligenz und gegen die Beamten der Berufsvereinigung auf. Er gedenkt auch, seine Kandidatur aufzustellen und Abgeordneter zu werden. Die von ihm mit einem großen S geschriebene gute Sache erlöst er so, daß er vor einigen Monaten in einer Versammlung in Zalense zusammen mit Herrn Sapa schrie, in Schlesien müsse ein einziges polnisches Lager sein, es dürfte weder Katolik-Anhänger noch Korfantyaner geben. Als dies geschehen ist, schreit er, Korfanty habe durch die Versöhnung die gute Sache verraten, und Napieralski sei noch ärger, weil er die Nation verrate. Warum solche Wandlungen? In einer Versammlung zu Zalense wurde Herrn Brzeskot ins Ohr geflüstert, daß er im Verlage des Katolik Aufnahme finden werde, und dieser große Allpole predigte sofort allgemeinen Frieden in Schlesien. Und wo blieb die gute Sache? Lange ging er Herrn Napieralski und andere an, man möge ihm im Katolik-Verlage Aufnahme gewähren und eine Stelle übertragen. Als er wegen seines Charakters und deswegen, weil er sich von dem Spionageverdacht nicht gereinigt hatte, weder im Katolik noch im Polak Aufnahme fand, erklärte er, er würde, wenn dies im Königreich (Polen) wäre, solche Halunken, wie Napieralski, Korfanty und die Beamten der Berufsvereinigung mit einem Browning niederschießen.

Und jetzt ist bei ihm die gute Sache von den Toten auferstanden. Im Namen der guten Sache schrieb er mit seinen würdigen Helfern ein nichtswürdiges Pasquill gegen die Abgeordneten Korfanty und Napieralski und schob als Herausgeber Herrn Sapa vor, von dem er weiß, daß er nichts tut und keine Lust hat, etwas zu tun, daß er den Polak, Gornoslonzak und Katolik um hohe Summen geschädigt und selbst nichts zu verlieren hat.

Dieses Pasquill wimmelt von Lügen, Verleumdungen und Beschimpfungen, und die „wahren" Demokraten wollen es während der Feiertage für 10 Pfg. verkaufen. Unkenntnis, Lüge und Schamlosigkeit sind die Hauptvorzüge dieses Erzeugnisses.

Vergrößert entweder euer bisher noch schwaches Talent,
Oder schreit nicht so laut, ihr Kattowitzer Frösche!

Herr Brzeskot, der aus Rache gegen Männer, die sich um die gute Sache verdient haben, Angriffe schreibt, sollte den Mut haben, mit offenem Visir aufzutreten, anstatt sich hinter dem Rücken von Leuten, wie Sapa, zu verstecken.

Wenn ein Ehrlicher anklagt, versteckt er sich selbst nicht,
Wer, um zu stechen, sich verbirgt, ist ein Verräter und Halunke.

Eine solche Arbeit kennzeichnet die Verräter! Denn ein Verräter der polnischen, katholischen und völkischen Sache ist, wer mit den Sozialdemokraten gegen unsere Sache arbeitet. Die Sippschaft des Herrn Brzeskot schreibt zwar, daß sie ihr Mäuschen bei dem Juden Siegfried Perls gedruckt, aber nur gedruckt habe, denn dieses Erzeugnis des Gehirns haben ihnen die Sozialdemokraten in der Gazeta Robotnicza zusammengefügt, die Beilage war aber in der Gazeta Robotnicza sogar gedruckt. Die Kolporteure der Gazeta Robotnicza werden wahrscheinlich auch diesen verleumderischen Wisch verbreiten. Wir glauben nämlich nicht, daß sich unsere

Herren Agenten damit befassen werden, einen Wisch zu verbreiten, in dem sie beschimpft und bespieen worden sind.

Da es sich gezeigt hat, daß die Herren Brzeskot, Sapa, Kosicki und Genossen für die Sozialdemokraten und zusammen mit diesen gegen die katholische, polnische und völkische Sache arbeiten, dürften sie nicht in polnische Vereine hineingelassen werden, denn dort sind Handlanger der roten Brüder nicht nötig.

Das polnische Volk fordern wir auf, diesen Wisch in den Ofen zu werfen und denjenigen, die sich mit einem solchen sehen lassen, die Tür zu weisen.

Weil sich diese Herren als Schädlinge der guten Sache erwiesen, weil sie sich mit den roten Brüdern verbrüdert haben, mußten wir ihnen die Maske vom Gesicht reißen und dem Volke zeigen, was für Demokraten und Nationale sie sind. Und weil sie über uns unerhörte Lügen in die Welt setzen, mußten wir die gute Sache und unseren guten Ruf in Schutz nehmen.

Euer Haß und eure Hinterlist werden uns nicht abschrecken,
Wenn ihr scharfe Hauer habt, so ist auch unser Zahn nicht stumpf.

Aus Nr. 294 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 23. Dezember 1910.

Die Preußen hüllen die Schule in ein Geheimnis.

Gute Dinge werden nicht verheimlicht, sondern öffentlich zur Schau getragen. Die Preußen loben ihre Schulen als gut und rühmen sich ihrer sogar auf Ausstellungen, welche die Erziehung betreffen. Natürlich, denn auf diesen Ausstellungen zeigen sie nur das, was sie wollen. Die Schattenseiten der preußischen Schule besonders in den polnischen Landesteilen zeigen sie nicht. Vor einigen Tagen berichteten wir, der preußische Kultusminister habe an die in den polnischen Landesteilen beschäftigten Lehrer einen Erlaß ergehen lassen, sie sollten die polnischen Zeitungen beobachten und aus freien Stücken den Bezirksregierungen mitteilen, ob die polnischen Zeitungen die Schüler nicht dahin beeinflussen, daß sie ihnen darüber Mitteilungen machen sollen, was in den Schulen vorgeht. Wozu ein solches Gebot? Wir irren wohl darin nicht, daß dieser neue Erlaß des Kultusministers und dieser Wunsch, in ein Geheimnis zu hüllen, was in der Schule geschieht, eine Folge der im preußischen Landtage von dem Abgeordneten Korfanty gehaltenen Rede über die in den preußischen Schulen der polnischen Landesteile herrschenden Verhältnisse ist. Ließ doch damals der Minister in ganz Oberschlesien diejenigen Schüler vernehmen, die an den Kurjer Slonski und Polak Briefe über die Schulverhältnisse gerichtet hatten. Der Minister täte besser, wenn er die Schulverhältnisse nicht verheimlichen, sondern ernstlich dafür sorgen würde, daß nicht nur alle Mißbräuche aus ihnen beseitigt würden, sondern daß auch die Schulen den Anforderungen und Bedürfnissen der polnischen Bevölkerung entsprächen, d. h. daß in den Volksschulen die Kinder in der Muttersprache unterrichtet würden. Nur dann werden die Schulen aufhören, Werkzeuge der Germanisation zu sein, und erst dann werden sie das werden, was in zivilisierten Ländern die Schulen sein sollen: Stätten, die den Kindern nützliche Kenntnisse vermitteln und sie zu guten Christen und für die Volksgesamtheit nützlichen Menschen erziehen. Die polnischen Abgeordneten und Redakteure, die der Herr Minister so fürchtet, erfahren trotz seiner Verbote, was in den Schulen geschieht, denn das Volk schenkt ihnen größeres Vertrauen als dem Minister und seinen Lehrern.

Bei der Besprechung dieses neuesten Ministerialerlasses schreibt das „Westpreußische Volksblatt", den Lehrern sei seit vielen Jahren untersagt, abseits stehenden Leuten über Schulverhältnisse, insbesondere darüber Auskunft zu erteilen, wieviel evangelische und katholische Kinder in einer Schule sind. Warum? Um vor der Welt zu verheimlichen, daß in Westpreußen die Regierung, wo sie nur kann, evangelische Lehrer mit dem Unterricht katholischer Kinder beauftragt, anstatt an den Schulen, in denen die katholischen Kinder überwiegen, auch katholische Lehrer anzustellen.

Germanisierung ist Protestantisierung. Dieser Ausspruch Schorlemers bestätigt sich auf Schritt und Tritt.

Aus Nr. 287 des Kurjer Sląski (Kattowitz) vom 15. Dezember 1910:

Die Muttersprache und die Zählkarten bei der Volkszählung.

Die „Katolik"-Blätter knüpfen an die Wiedergabe eines unter dieser Überschrift in der „Kölnischen Volkszeitung" erschienenen Artikels folgende Bemerkungen:

Diesen treffenden Bemerkungen braucht man fast nichts hinzuzufügen. Daß der Mensch nur eine Muttersprache haben kann, ist so klar, daß dies wohl nicht beleuchtet zu werden braucht. Nur die Hakatisten allein in der ganzen Kulturwelt predigen, wenn es sich um die Polen handelt, daß die Muttersprache der Polen die deutsche Sprache sei. Sie predigen dies nicht bloß, sondern es bemächtigt sich ihrer eine Wut, wenn ihnen jemand auseinandersetzt, daß ihre Ausführungen ungereimt sind.

Trotz jener Bemerkung in den Zählkarten geschahen bei der Volkszählung in verschiedenen Orten mannigfache Dinge. Wir wissen auch, daß in einer Ortschaft Oberschlesiens in einer vertraulichen Versammlung derjenigen, die Zählkarten in den Häusern verteilten, die Losung ausgegeben wurde, es müsse darauf geachtet werden, daß das Deutschtum nicht zu schlecht wegkäme und daß nicht etwa das Polentum über jenes die Oberhand gewinne. Eine solche Losung wurde ausgegeben, und ihre praktische Durchführung wurde denjenigen überlassen, welche die Zählkarten verteilten und die Volkszählung vornahmen. In dieser vertraulichen Versammlung wurde nur davor gewarnt, daß dies die Zeitungen erführen, denn dann würden sie darüber schreiben....

Der aufgeklärte und seiner Pflichten gegen seine polnische Sprache und Nationalität sich bewußte Pole tat natürlich, was seine Pflicht war, und unterstrich auf der Zählkarte, daß seine Muttersprache die polnische sei. Aber viele vernachlässigten diese Pflicht. Die einen aus Unkenntnis, die andern aus sündhafter Gleichgültigkeit, andere schließlich aus unbegründeter Furcht. Hinsichtlich der Muttersprache wird also die Volkszählung nicht ganz genau sein.

Wenn aber die Regierung in den Zählkarten so großes Gewicht darauf legt, daß jeder Mensch nur in der Muttersprache beten könne, so hat die „Kölnische Volkszeitung" in der Tat recht, wenn sie fragt: Warum will die Regierung in den Schulen für die polnischen Kinder den Religionsunterricht nicht in der Muttersprache einführen? Es ist schwer zu verstehen, warum die Regierung in den Zählkarten so schreibt, während sie in der Praxis anders verfährt. Der Standpunkt der Regierung ist und bleibt solange unverständlich, als wir in die Schulen wenigstens im Religionsunterricht für unsere Kinder nicht die Muttersprache erhalten werden.

Im preußischen Staate, wo der Hakatismus eine so große Rolle spielt, waren, sind und werden solche Widersprüche solange sein, als der Hakatismus nach Belieben schalten und walten wird. Diese Widersprüche werden zweifellos im preußischen Landtage zur Sprache gebracht werden, aber für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß sich die Herren Minister wiederum hinter die großpolnische Agitation verschanzen werden, die sie stets so oft vorschieben, als ihnen sachliche Ausführungen und Argumente fehlen.

Aus Nr. 150 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 22. Dezember 1910:

Der Hakatismus im Privatleben.

Eins der vielen Beispiele, wie die hakatistische oder polenfresserische Politik auf das Privatleben einwirkt, bildet der Inhalt des nachstehenden Briefes, den ein Fräulein, die Tochter eines preußischen Beamten, an ihre Bekannte richtete. Die Sache spielt im Industriebezirk Oberschlesiens. Die Orte und Namen der beteiligten Personen bezeichnen wir mit fingierten Buchstaben, weil wir aus leicht erklärlichen Gründen um Diskretion gebeten sind. Der Brief ist deutsch geschrieben, weil seine Verfasserin, Fräulein O., deren Vorfahren polnischer Nationalität waren, der Verdeutschung unterlegen ist und sich als Deutsche fühlt, wie leider viele ihrer schlesischen Landsmänninen. Der Hauptinhalt des Briefes in polnischer Übersetzung ist folgender:

„Liebes Fräulein! In N. habe ich traurige Zeiten durchlebt, weil meine Arbeitgeber, die Herrschaft K., glaubten, ich sei Polin. Allerdings begann die ganze Sache mit einer großen Lappalie. Ich will Ihnen den Anfang erzählen. Weil ich keine Stelle erhalten konnte, nahm ich an, was sich traf. K. ist Besitzer einer Restauration und suchte eine Stütze der Hausfrau, weil seine Ehefrau sehr krank war. Ich mußte also in allen Zweigen der häuslichen Wirtschaft tüchtig vertreten, und so geschah es einmal, daß ich in der Restauration aushelfen mußte, weil sehr viel zu tun war. In der Restauration traf ich zwei Verwaltungsbeamte an, die mich auszufragen begannen, wo ich früher in Stellung gewesen sei. Ich antwortete: Im Posenschen. „Und bei wem?" Ich antwortete: Bei einer Gutsbesitzerin, einer ausgezeichneten und braven Polin.

„Nun glaubte ich, die Bande wird mich fressen", denn die Nichtswürdigkeiten und unerhörten Beschimpfungen, die sie vorbrachten, konnte ich nicht schweigend ertragen. Einer dieser Lumpenkerle sagte mir: „Was, bei diesen polnischen Schweinen, bei dieser Spitzbubenbande haben Sie als Tochter eines deutschen Beamten gedient? Schämen Sie sich!"

Ich antwortete: „Mein Herr, ich war bei einer so anständigen und eleganten Polin in Stellung, daß ich unter keinen Umständen zulassen kann, daß sie so beschimpft wird."

Darauf sagten diese Halunken: Sie verdienen bestraft zu werden, denn „wer sich unter solche Säue mengt, den fressen die Schweine".

Ich entgegnete darauf: „Meine Herren, ein echter Pole ist ein anständiger und eleganter Mensch" . . .

Über meine Unterredung wurde meinem Arbeitgeber Herrn K. Bericht erstattet, und er kündigte mir sofort die Stellung, indem er seine Handlungsweise wie folgt begründete:

„Ich darf Sie als Feindin der deutschen Leute nicht behalten, gehen Sie zu den Polen Brot essen; mögen Sie diese eleganten Menschen unter ihr Dach aufnehmen.

So geht es mir: man kann nicht alles beschreiben; ich muß leiden und mich trösten, daß man durch finstere Nacht zum Licht gelangen wird, wenn man es sucht."

Soweit der Brief dieses Fräuleins, dessen Original sich in unserem Besitz befindet. Wie sollen da die verdeutschten Polen die deutsche Kultur lieben, wenn man sie in so drastischer Weise mit Blüten dieser Kultur bedenkt! Der Hakatismus, der sich in so brutaler Weise vom politischen ins private Leben überträgt, erweist der polnischen Volksgesamtheit nur einen Dienst, denn sogar dem am festesten Schlafenden müssen angesichts solcher Vorgänge und Erfahrungen die Augen aufgehen, so daß er gezwungen ist, sich die Frage zu stellen: Wohin führt der Weg und welche Richtung hat er einzuschlagen? Möchten sich die Worte des verfolgten Fräuleins O. bewahrheiten; möchten unsere verdeutschten Landsleute durch die finstere Nacht der bisherigen geistigen Erstarrung endlich zu dem Lichte, das jedem Polen und jeder Polin voranleuchten sollte, d. i. zur vollständigen nationalen Aufklärung gelangen.

Aus Nr. 148 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 17. Dezember 1910:

Eine ungeeignete Kandidatur.

Im Wahlkreis Gleiwitz muß infolge des Todes des Abgeordneten Dr. Heisig eine Ersatzwahl in den preußischen Landtag stattfinden. Das polnische Wahlkomitee hat von vornhinein bekannt gemacht, es empfehle auf Grund des bei den letzten Landtagswahlen mit der Zentrumspartei geschlossenen Kompromisses den polnischen Wählern, für den Zentrumskandidaten zu stimmen.

Man dürfte indes annehmen, daß das Zentrumswahlkomitee mit den berechtigten Wünschen der polnischen Wähler und überhaupt der polnischen Bevölkerung rechnen werde. Das Zentrumskomitee tat dies jedoch nicht, wenn es, wie die Zeitungen mitteilen, als Kandidaten für den Landtag den Pfarrer Peter aus Gleiwitz aufgestellt hat, der polnisch nicht versteht und deshalb eine lebhafte Unzufriedenheit unter den Gleiwitzer Parochianen schon damals hervorrief, als er zum Pfarrer in Gleiwitz ernannt wurde.

Die Kandidatur des Pfarrers Peter kann nicht als eine mit Kompromiß in Einklang stehende Kandidatur angesehen werden. Sie ist mit Rücksicht auf die Verhältnisse des überwiegend polnischen Wahlkreises einfach ungeeignet.

Wenn das Landtagswahlrecht ein anderes, gerechteres wäre, wenn die Wahl geheim und direkt stattfände und nicht durch Wahlmänner, und wenn dies außerdem keine Ersatzwahl wäre, die mit den alten schon bei der letzten Wahl gewählten Wahlmännern stattfindet, so würde die Aufrechterhaltung und Durchführung der Kandidatur des Pfarrers Peter auf nicht geringe Schwierigkeiten stoßen. So aber — wo die besagten Rücksichten und Hindernisse nicht vorhanden sind — kann man tun, wie es einem gefällt, was das Gleiwitzer Zentrumskomitee auch getan hat. Ein solches Verfahren kann indes den polnischen Wählern, die für den Zentrumskandidaten stimmen sollen, nicht gleichgültig sein, und es kann auf das gegenseitige Vertrauen vom Standpunkte des früheren zwischen den Polen und dem Zentrum geschlossenen Kompromisses überhaupt nicht gut einwirken.

Aus Nr. 290 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 18. Dezember 1910:

Den geehrten Lesern

teilen wir mit, daß sich der Sitz des Kurjer Slonski von heute ab in Zabrze, Friedrich-Karl-Straße Nr. 3, gegenüber dem Markt, befindet.

Von Gleiwitz bis Kattowitz soll jeder der Hauptorte des Industriebezirks der Sitz einer polnischen Zeitung werden.

Es handelt sich darum, daß angesichts der Zunahme der deutschen hakatistischen, freimaurerischen, liberalen Zeitungen in jedem Kreise ein polnisches Blatt wäre, das an Ort und Stelle der Germanisation geeigneter und stärker Widerstand leisten würde.

Bekanntlich sind deutsche Zeitungen sogar in größeren Dörfern gegründet worden, und manche deutsch-hakatistischen Blätter haben in jedem größeren Orte Filialen, die für die Germanisation tüchtig arbeiten.

Aus diesem Grunde haben wir den Sitz des Kurjer Slonski nach Zabrze verlegt, wo sich die Redaktion, die Expedition und auch die Buchhandlung befindet.

Unsere Leser werden eine größere Bequemlichkeit haben, weil sie in Redaktionsangelegenheiten in der Redaktion persönlich erscheinen können.

Geehrte Leser! Wir bitten euch um eure Unterstützung. Ihr seht, daß wir uns unsererseits mit allen Kräften bemühen, unser polnisches Volk aufzuklären. Wir bieten alle Kräfte auf, um das Nationalitätsgefühl zu stärken, um der vorwärtsschreitenden Germanisation einen Damm zu legen. Die Hochflut der Germanisation überschwemmt uns; daran zweifelt kein Pole mit offenem Verstand. Jeder echte Pole empfindet auch Schmerz darüber. Das Herz preßt sich einem zusammen, wenn man sieht, wie ein Sohn dieser unserer großen Mutter, der Nationaliät, nach dem andern wie eine Tochter dieses Volks nach der andern in den Krallen der fremden Nationalität verloren geht! Aber es genügt nicht zu jammern! Jammern hilft nichts! Einzig und allein redliche, unverdrossene Arbeit ist imstande fertigzubringen, daß sich unsere Reihen nicht nur nicht verringern, sondern sogar wachsen. Ein solcher Vorposten der nationalen Arbeit soll Zabrze sein. Von hier aus soll diese Wärme der Aufklärung, diese Glut der nationalen Liebe ausströmen, die alles Eis der geistigen Lethargie, vor allem aber der nationalen Unerfahrenheit und Unaufgeklärtheit schmelzen macht und vernichtet. Natürlich werden wir allein dies alles nicht leisten können, wenn uns nicht diejenigen helfen, die schon herangereift sind, die schon zu unseren Reihen gehören, d. h. wenn ihr, geehrte Leser, uns nicht helft. Eure Hilfe wird bestehen in einem weiteren Abonnieren unseres Blattes, in einer eiligen Berichterstattung, in der Agitation unserer Zeitung, in der Unterstützung unserer Buchhandlung und in ihrer Weiterempfehlung. Gute polnische Bücher sind nämlich neben der Zeitung ebenfalls ein wichtiger Faktor im Kampfe mit der Germanisation. Je mehr Bücher also unter unserem Volke verbreitet werden, desto besser für uns, desto erfolgreicher und schneller werden wir die Germanisierungsgelüste abwehren. Die Zeitung und Bücher sind zwei mächtige geistige Waffen, die von diesen Vorposten, gleichsam von einer Festung aus für unsere heilige Sachen wirken sollen. Möchte sich möglichst viel Volk um diese Festung scharen, d. h. möchten möglichst viele Leute polnische Zeitungen und Bücher lesen.

Aus Nr. 148 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 17. Dezember 1910:

Eine Unwahrheit.

Die Schlesische Volkszeitung brachte gestern die Nachricht, daß zwischen dem Abgeordneten Napieralski und der Gazeta Opolska Unterhandlungen wegen des Verkaufs unseres Blattes an den Abgeordneten Napieralski schweben. Diese Nachricht ist falsch. Mit dem Abgeordneten Napieralski haben wir uns seit der Erwerbung des Korfanty-Verlages durch ihn weder gesehen noch mit ihm mündlich oder schriftlich verständigt. Darum kann auch von Unterhandlungen keine Rede sein, umsomehr als der Verleger der Gazeta Opolska nicht die Absicht hat, solche Unterhandlungen anzuknüpfen.

Aus Nr. 24 des Przegląd Kupiecki (Posen) vom 15. Dezember 1910:

Aufruf an die geehrten Prinzipale und Kollegen Oberschlesiens.

Für eine gewisse umfangreiche wissenschaftliche Arbeit aus dem Gebiete des Handels ist diesbezügliches Material erforderlich. Insbesondere handelt es sich hier um ein Verzeichnis aller Eigentümer polnischer Geschäfte jedweder Branche in Oberschlesien. Dieses Verzeichnis muß erschöpfend sein; es müssen in ihm die genauen Adressen der betreffenden Kaufleute unter Angabe ihrer Branchen und des Jahres, in dem sie sich etabliert haben, enthalten sein.

In diesem Sinne appelliere ich an die geehrten Prinzipale, an die geehrten Kollegen, sowie an die Personen, die dem polnischen Handel wohl gesinnt sind, und bitte um baldige Übermittelung der erwähnten Aufzeichnungen. Es handelt sich nicht nur um die großen Kaufleute, sondern auch um die Besitzer kleinerer Geschäfte. Auch wäre ich dankbar für die Adressen der polnischen Apotheker und Drogisten.

Möge jeder so viel Adressen angeben, als er zu sammeln imstande ist; auch die Kaufleute in den Dörfern sind aufzuführen. Für alle Nachrichten sage ich im voraus herzlichen Dank. Sämtliche Briefe bitte ich zu adressieren an: Fr. Godula, Beuthen O.-Schl. „Katolik".

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 285 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 16. Dezember 1910:

Die Mehrheit der polnischen Fraktion ist mit der Rede des Abgeordneten Grafen Mielzynski nicht zufrieden.

Wir erfahren aus absolut sicherer Quelle, daß die Mehrheit der polnischen Reichstagsfraktion mit der Budgetrede des Abgeordneten Grafen Mielzynski nicht zufrieden ist, und zwar hauptsächlich wegen seiner Verbeugung vor dem blau-schwarzen Block, wegen seines Appells, daß „die Polen an der Tür warten", und wegen seiner Schlußausführungen, in welchen der einstmals rote Graf beinahe wie ein freiwilliger Regierungskommissar sprach.

Wir sind der Ansicht, daß der Ärger der unzufriedenen Abgeordneten Senf nach dem Mittagessen ist.

Die Rede sollte doch den Charakter einer Programmrede haben, also hätte sie in ihrem ganzen Wortlaute der Fraktion zur Begutachtung vorgelegt werden müssen.

(Wir bemerken, daß die Presse im Großherzogtum mit nur zwei Ausnahmen zu der „positiven" Rede des Herrn Grafen Mielzynski überhaupt nicht Stellung genommen hat. Nur der Kurjer Poznanski hat sie heute einer scharfen Kritik unterzogen, dafür aber ist der konservative Dziennik Poznanski sehr befriedigt über die Rede des jetzt blau gewordenen ehemaligen „roten Grafen".)

Aus Nr. 97 der Osa (Herne-Horsthausen) vom 15. Dezember 1910:

Landsleute!

Öffnet die Augen, ihr, die ihr noch schlafet! Lasset euch von den „Schmierblättern" nicht verspotten und verlachen. Küssest du, Landsmann, Bruder, Kamerad noch die Hand, welche dich ohrfeigt? Du redest über alte Geschichten und was machst du? Du bist schneller bereit, den Fremden, den Vatermördern deines Vaters an dich zu drücken und sein Schmierblatt zu lesen und zu abonnieren, dafür, daß er dich verhöhnt und dich einen dummen Polen nennt, dafür, daß er dich verachtet, dafür, daß er dein Blut bis zum letzten Tropfen aussaugen möchte, dafür abonnierst du sein Blatt! Und von dem eigenen nationalen Blatt willst du nichts wissen!

Öffne endlich einmal die Augen und abonniere eine polnische Zeitung. Die Osa wünscht dein Bestes, abonniere sie, wenn auch nur einstweilen versuchsweise, und ich bürge dir dafür, daß du mit ihr zufrieden sein wirst; und wenn wir uns treffen werden, dann wirst du mir danken, daß ich dich zur Osa überredet habe.

Samonk.

Aus Nr. 151 des Narodowiec (Herne) vom 17. Dezember 1910:

Die Städte in Rheinland und Westfalen als Mitglieder des Ostmarkenvereins.

Die deutsche Regierung und manche deutschen Parteien beklagen sich heute im deutschen Reichstage, daß das Gefühl für Gerechtigkeit und Recht in den Massen des deutschen Volkes immer mehr schwindet. Überall blickt der nackte Partei- und Klassen-Egoismus hervor.

Mit Recht wies demgegenüber unser Abgeordneter Graf Mielzynski darauf hin, daß das Mittel, welches die fundamentalen Grundsätze der öffentlichen Moral vernichtet, die gegen die Polen in Anwendung gebrachten Ausnahmegesetze sind. Der polnische Redner betonte in überaus treffender Weise den unmoralischen uns vernichtenden Charakter der Ausnahmegesetzgebung. Für diese Ausnahmegesetzgebung agitiert vor allen Dingen der Ostmarkenverein, der überall der polnischen Nation den Untergang verkündet und zu diesem Zwecke Ausnahmegesetze verlangt. Deshalb fällt auch, wenn heute der Partei- und Klassen-Egoismus einen unerhörten Umfang angenommen hat und nach Gerechtigkeit und öffentlicher Moral nicht fragt, ein großer Teil der Schuld auf die Schöpfer der Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen und auf jene, die ewig nach neuen Ausnahmegesetzen schreien, auf den berühmten Ostmarkenverein.

Um so mehr muß es empören, daß in Westfalen und Rheinland ganze Städte dem Ostmarkenverein als Mitglieder beitreten. So viel wir wissen, sind bereits Mitglieder des Ostmarkenvereins Duisburg, Gelsenkirchen und einige kleinere Gemeinden. Jetzt geht aus Oberhausen die Meldung ein, daß die Stadt dem Ostmarkenverein als Mitglied mit einem Jahresbeitrage von 100 Mark beigetreten ist.

Außer den Gründen, die wir vorstehend gegen ein derartiges Verhalten der Städte angeführt haben, muß man noch darauf hinweisen, daß in die Kasse dieser Städte auch polnische Gelder fließen. Jene Städte zwingen also auf diese Art die polnische Bevölkerung, in Form von Gemeindeabgaben Gelder zum Kampfe gegen sich selbst zu zahlen. Außerdem gibt es nirgends so hohe Abgaben wie in den Gemeinden Rheinlands und Westfalens. Die Ausgaben sind groß, die Steuern hoch, die Schulden gewaltig.

Wenn es trotzdem hier Gemeinden gibt, die diesen schwer erarbeiteten Groschen dem Ostmarkenverein zum rücksichtslosen Kampfe gegen die polnische Nation geben, dann möge sich niemand über die Folgen eines derartigen Verhaltens wundern. Wenn der preußischen Regierung, wenn den andern Deutschen das Bier, das sie sich bis jetzt gebraut haben, noch nicht genützt, wenn das Verschwinden des Gefühls der Gerechtigkeit und öffentlichen Moral in den weiten Kreisen des deutschen Volkes noch nicht genügende Fortschritte gemacht hat, dann mögen sie gegen die polnische Nation weiter hetzen und mögen sie weiter gegen uns kämpfen. Wir werden den Kampf überleben, aber ihr, ihr Herren Deutschen, denket daran, was euer großer Dichter Schiller gesagt hat: „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."

Aus Nr. 155 der Gazeta Krotoszynska (Krotoschin) vom 28. Dezember 1910:

Herr Kulerski in der Klemme.

Essen, den 19. Dezember 1910.

Vom Wahlverein in Essen eingeladen, erschien gestern in einer Versammlung der Abgeordnete zum preußischen Landtag Herr W. Kulerski. Ausführlich besprach er die polnischen Angelegenheiten, die uns Polen in der Fremde und zugleich die ganze polnische Allgemeinheit betreffen. Die Rede des Herrn Kulerski, die über zwei Stunden dauerte, war ziemlich belehrend, aber von keinem guten Geschmack für uns, die wir uns in der Femde aufhalten und das Organ des Herrn Kulerski kennen.

Bei der Besprechung der schwierigen Lage der Polen ermunterte uns Herr Kulerski, daß wir zusammenhalten und einander Hand in Hand gehen sollen, sonst würden wir eine bessere Zukunft nicht erleben. Es ist sehr schön, zur Eintracht und Brüderlichkeit zu ermuntern, aber welches Beispiel gibt uns der Herr Abgeordnete? Wenn der Herr Abgeordnete andere belehren will, so muß er vor allem mit edlem Beispiel voranleuchten, was jedoch nicht der Fall ist.

In der Versammlung hörte auch Herr Kulerski Worte der Wahrheit. Als er seine zweistündige Rede beendet hatte, ergriff Herr Merczynski das Wort. Dieser erwähnte, Herr Kulerski möge, wenn er unter uns brüderliche Liebe wünscht, in seinem Blatte keine so ordinäre Schreibart dulden, wie fast in jeder Nummer der Gazeta Grudziondzka zu lesen sei. Ein polnisches Blatt ist nicht dazu da, daß in ihm lauter Stänkereien und Schmähungen gegen den Wiarus, Pielgrzym,

Dziennik Bydgoski und andere Blätter ständen, sondern es hat einen viel wichtigeren Zweck, es hat zu belehren und aufzuklären. Was Herr Kulerski mit Herrn Brejski vorhat, davon wollen wir nichts wissen.

Die Ansprache des Herrn Merczynski fand Beifall unter den Anwesenden, deren Zahl sich aus etwa 400 Mitgliedern zusammensetzte. Herr Kulerski erwiderte zwar auf die Rede des Herrn M., aber die Versammelten achteten nicht sehr darauf und beruhigten sich, mehrmals zur Ordnung gerufen, nicht. Da der Herr Abgeordnete die so kritische Lage sah, bat er den Vorsitzenden, die Versammlung zu schließen, was dieser auch tat. Schade, denn es wollten noch viele Personen in dieser Angelegenheit sprechen.

Für Herrn Kulerski ist dies eine Lehre, daß es auch unter den Arbeitern Leute gibt, die das Korn von der Spreu unterscheiden können und die nicht kritiklos alles das glauben, was die Gazeta Grudziondzka ihren Lesern zum Glauben auftischt.

Andreas Ligotczak.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 288 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 20. Dezember 1910:

Die westpreußischen Sozialdemokraten.

Die Sozialisten haben ihren diesjährigen Parteitag in Graudenz abgehalten und haben verlangt, daß man unter den polnischen Arbeitern agitieren und zu diesem Zwecke Aufrufe in polnischer Sprache verteilen solle. Seitens des Vorstandes wurde jedoch geantwortet, daß die deutschen Drucksachen völlig ausreichend seien, weil viele polnische Arbeiter überhaupt nicht polnisch lesen könnten.

Schließlich macht der Sozialismus in Westpreußen ständige, wenn auch nicht allzu große Fortschritte. Im laufenden Jahre sind 547 neue Mitglieder, darunter 40 Frauen, beigetreten. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 2594, darunter 303 Frauen. Die Einnahmen der Parteikasse betrugen 7332,32 Mark, die Ausgaben 7191,96 Mark, sodaß 140,36 Mark in der Kasse verblieben. Es muß bemerkt werden, daß die Kasse von dem sozialistischen Hauptvorstande in Berlin einen Zuschuß von 5077,50 Mark erhalten hat. Insgesamt bestehen in Westpreußen 28 sozialistische Vereine. In manchen Städten wie in Danzig, Elbing, Graudenz und Marienwerder fühlen sich die Sozialisten sogar so stark, daß sie Straßendemonstrationen veranstaltet haben.

Aus Nr. 290 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 20. Dezember 1910:

Die P. P. S. und die polnischen Ideale.

Im Schoße der P. P. S. (Polnischen sozialdemokratischen Partei) im preußischen Landesteil, deren Organ die Gazeta Robotnicza ist, brodelt und siedet es hinsichtlich der polnischen Ideale. Die preußischen Markstücke haben das ihrige schon getan. Kaum einige Jahre sind vergangen, seitdem vom Vorstand der P. P. S. die Ideale des Polentums an die roten Hakatisten verschachert wurden, und schon heut stellen die Anhänger der P. P. S. in ihren Konferenzen Anträge auf Streichung dieser Bezeichnung am Kopfe der Gazeta Robotnicza, weil sie in ihren Reihen soviele Fanatiker (d. h. in diesem Falle — Hakatisten) haben, die das Wort „Pole" und „polnisch" unangenehm berührt.

In den Versammlungen der sozialdemokratischen Vereine werden heiße Debatten in Wirklichkeit darum geführt, ob sich die um die Gazeta Robotnicza gruppierenden roten Brüder polnische Sozialdemokraten nennen sollen oder nicht. Genosse Caspari sagte in einer Versammlung der Sozialdemokraten zu Neudorf, daß sich die polnische sozialdemokratische Partei im preußischen Anteil sowie ihr Vorstand dahin nicht ausgesprochen hätten, ob sie in ihrem Progamm das **Ideal der Unabhängigkeit** hätten. Genosse Caspari irrt sich, denn der Vorstand des P. P. S. hat sich, als er von den roten Hakatisten noch unabhängig war, in dieser Beziehung sehr deutlich ausgesprochen, und wenn er es uns nicht glaubt, so können wir ihm nicht nur mit Informationen und Dokumenten dienen, sondern auch „Genosse" Biniszkiewicz kann Herrn Caspari in dieser Beziehung genaue Informationen erteilen. Aber die roten Hakatisten haben die polnischen Ideale als Torheiten, für die Sozialdemokratie als schädlich erklärt, und sie haben der P. P. S. solange keine Beihülfen gewährt, bis diese die polnischen Ideale aufgab. Nach einigen Jahren der Not und des Elends entsagten die Anhänger der P. P. S. schriftlich den polnischen Idealen, wofür sie bis heut die preußischen Markstücke hinnehmen. Die roten Hakatisten aber kontrollieren streng ihr Blatt und ihre politische Arbeit, ob sie nicht von der polnischen Agitation angesteckt ist.

Dieser den roten Hakatisten durch mehrere Jahre geleistete Handlangerdienst hat die früheren Anhänger der P. P. S. so demoralisiert, daß sie in Versammlungen ausrufen: Fort mit Polen! Wir sind Deutsche!, in ihren Versammlungen die polnischen Ideale verurteilen und die Grunwaldfeier eine Komödie nennen

So tief gesunken sind die Anhänger der P. P. S., und darüber kann man sich nicht wundern, denn einen Verschacherer nationaler Ideale trifft stets ein solches Los.

Auf welche Weise die Genossen untereinander „beraten", geht daraus hervor, daß Genosse Biniszkiewicz das Verhalten des Genossen Caspari einen Betrug nennt. Wenn ein anderer den Sozialdemokraten Betrug vorwirft, so entrüsten sie sich furchtbar und geben sich den Schein unschuldiger Lämmer. Aber es gut zu wissen, daß die Sozialdemokraten den Chefredakteur der Gazete Robotnicza (in Nr. 147) als politischen Betrüger brandmarken. Bisher nannten nur die deutschen Genossen die polnischen — Betrüger, Schwindler und Lügner, heut nennt das Vorstandsmitglied der P. P. S. Biniszkiewicz den Redakteur der Gazeta Robotnicza einen Betrüger, und Genosse Caspari veröffentlicht dies als verantwortlicher Redakteur in der Gazete Robotnicza. Kann man sich ein größeres Schwinden des Gefühls der persönlichen Würde und Ehre vorstellen! Vielleicht wird der beleidigte Genosse Caspari den verantwortlichen Redakteur der Gazeta Robotnicza, Herrn Emil Caspari wegen Beschimpfung verklagen?!

Polnisches Volk! Schau diese sozialdemokratische Brüderlichkeit, diese Verunglimpfung unserer heiligsten nationalen Ideale durch die roten Hakatisten, schau diese unaufhörliche Verhöhnung des Glaubens und die Schmähung der Kirche durch diese deutschen besoldeten atheistischen Handlanger! Geh ans Werk, verdränge die sozialdemokratischen Schundblätter, vertilge dieses deutsch-jüdische Unkraut, welches unsere polnisch-katholische Scholle besudelt.

Aus Nr. 286 des Wiarus Polski (Bochum) vom 15. Dezember 1910:

Die polnischen Sozialisten in Bremen.

Die festesten Wurzeln hat der Sozialismus unter den polnischen Emigranten in Bremen und Umgegend geschlagen. Als wir im vorigen Jahre die dortigen Kolonien besichtigten, hat man angegeben, daß ihre Zahl 8000 betrage. Die Sozialdemokratie hat in Bremen besonders deswegen so feste Wurzeln geschlagen, weil alljährlich das dortige Polentum mit vielen durchreisenden hervorragenden Sozialisten in Berührung kommt, die nach Amerika reisen oder von dort zurückkehren. Insbesondere halten sich auch viele verbissene Sozialisten, die sich aus dem russischen oder österreichischen Anteil nach Amerika begeben, eine gewisse Zeit hindurch in Bremen auf.

Neuerdings weilte in Bremen der bekannte Abgeordnete Daszynski aus Galizien, seiner Abstammung nach ein Edelmann, der aber über den Adel herfällt und seinen Landsleuten empfiehlt, sich eng mit den deutschen Sozialisten zu verbinden, mit welchen gemeinsam er Schulter an Schulter das polnische Volk befreien will.

Über den Aufenthalt und die Tätigkeit des Abgeordneten Daszynski berichtet man uns aus Bremen nachfolgendes:

„Die Ankunft des sozialistischen Abgeordneten erweckte hier ein gewisses Interesse, und dies umsomehr, als die Sozialisten eine außerordentliche Versammlung einberiefen und dem Daszynski große Ovationen bereiteten.

Bei wenig zahlreicher Beteiligung von Genossen und Gästen begann Genosse Daszynski seine Rede. Er sprach fast 2 Stunden, aber sehr leise, so daß man mit großer Anspannung aufpassen mußte. Die Hälfte der Anwesenden verließ unzufrieden mit der Ansprache, die selbst der Vorstand kaum verstehen konnte, den Saal. Aus der Ansprache entnahm ich, daß er sich über die Zukunft des polnischen einfachen Mannes und über seine Bedrückung unter der Herrschaft des Kapitalismus ausließ. Er begann wie gewöhnlich mit dem Empfinden des Volkes und seinem religiösen Verhalten, daß es fromm sei; er unterließ auch nicht Angriffe gegen die Priester. Er sprach lange über die Verbände und Truste der amerikanischen Millionäre, über die Bremer Börse, über das erbliche Königreich und über die Revolution im Königreich Polen.

Wie die Arbeiter jenseits des Ozeans, von wo er zurückgekehrt war, organisiert sind, hat er gar nicht erwähnt; er hat nur etwas über die polnischen Mädchen in Milwaukee gesprochen.

Er rühmte sich sogar, daß er ein besserer Patriot sei, als einst der Adel, der dem Feinde den Einfall verwehrt und ihn über die fünfte Grenze gejagt hatte! Denn er schätze das Arbeitervolk, während der Adel den Pöbel verachtet habe. Er schloß seine erste Rede mit dem Wunsch, daß sich alle Parteien vereinigen und mit gemeinsamen Kräften daran arbeiten möchten, dem Joche des Kapitals und der Sklaverei zu entrinnen.

Dann sprach Herr Fischer, der sich nur wenig mit den Ausführungen des Genossen einverstanden erklärte und ausführte, daß das Volk nur in sich selbst zu Ansehen und Selbständigkeit kommen könne. Herr Grzesiek führte dann aus, daß, wenn das Programm der polnischen sozialistischen Partei in Galizien so beschaffen sei, wie Daszynski es dargestellt habe, man sich in einigen Punkten mit ihm einverstanden erklären könne, aber nicht mit dem Programm der deutschen sozialistischen Partei, in deren Diensten „der polnische Sozialismus“ stehe. Er ermunterte die Anwesenden, sich in polnischen Vereinen und in der polnischen Berufsvereinigung zu organisieren, denn nur dann werde der polnische Arbeiter die Achtung der anderen erlangen.

Nach den Ansprachen einiger Genossen, die nach alter Art nur den deutschen Sozialismus lobten, erreichte Genosse Daszynski den Gipfel seiner Angriffe gegen alles, was polnisch ist. Er fiel in schändlicher Weise über das polnische Sokoltum in beiden Anteilen her und beleidigte es; er spottete über die Nationaltrachten und über die Sokolmärsche wie „verschlafen und träge“. Er verglich das Sokoltum mit Verbrechern irgend eines Landes, denen man für Verbrechen gegen die Sittlichkeit ein Rädchen in die Hand brennt, um sie zu erkennen. Solche sind in den Augen Daszynskis auch die polnischen Sokols in ihren Nationaltrachten. Weiter führte er aus, daß auf 24 000 polnische Sokols kaum 1500 Turner kommen, welche Arbeiter sind, während der Rest den Mantel der Bourgeoisie und der Verräter der nationalen Sache trägt.

Nach Angriffen auf die Abgeordneten Brejski, Korfanty und andere schloß er mit erhobener Stimme: „Und auch ich schließlich, wenn die Zeit gekommen sein wird, werde Schulter an Schulter mit den deutschen Genossen stehen, um das polnische Volk vom Joche der Magnaten zu befreien, weil die deutschen Genossen die besten Anhänger der Befreiungsidee sind.“

Die Reden und Ratschläge des Genossen Daszynski beweisen ganz schlagend, daß der internationale Sozialismus für uns schlimmer ist als der Hakatismus. Er ist bemüht, sich in uns hinein zu fressen und zu vernichten wie der Eisenrost. Alle diese polnischen Sozialisten, „Papuas“ genannt, sind mit vollem Munde Patrioten und fordern schließlich unsere in nationaler Hinsicht nichtaufgeklärten Brüder auf, sich mit den deutschen Sozialisten zu vereinigen, sich mit ihnen zu vermischen.

Wer solche Ratschläge erteilt, besonders in der deutschen Emigration, der ist ein verdammter Feind dieses Volkes und seiner Nationalität, seiner geliebten Sprache und seines heiligen Glaubens.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 288 des Dziennik Poznański (Posen) vom 17. Dezember 1910:

Gegen die Pastoren.

Der Petersburger Herold veröffentlicht eine Reihe von Vorwürfen gegen die Pastoren im Königreich Polen wegen ihrer angeblich polonisierenden Tätigkeit. Er klagt darüber, daß man in der Synode in Warschau unter dem Vorsitz des Generalsuperintendenten Bursche den deutschen Pastoren nachstehende Worte entgegengeschleudert habe: „Die edleren Elemente aus den hiesigen Gemeinden und die Pastoren gehen in der polnischen Nation immer mehr auf“. Hiergegen habe ein deutscher Pastor protestiert. Er teilt dann noch mit, daß das in Dorpat unter den Hörern der Theologie bestehende Kolo polskie, das aus zukünftigen Pastoren im Königreiche besteht, seine Mitglieder polonisiert; daß in dem vom Generalsuperintendenten Julius Bursche herausgegebenen Zwiastun Ewangeliczny (Evangel. Verkünder) der Pastor Edmund Bursche einen Artikel veröffentlicht hat, betitelt „Der Grunwald-Feiertag. Ein Wörtchen über unsere Pflichten gegenüber den preußischen Masuren“, in welchem er die Germanisierungsaktion der Deutschen verdammt und dazu auffordert, diesen Teil der polnischen Nation zu retten; daß Rudolf Buse, der neue Superintendent der Diözese Kalisch, an die deutsche

Gemeinde Prazuchy ein amtliches Schreiben in polnischer Sprache gesandt habe; daß schließlich im Widerspruch zu den Versprechungen, daß die Pastoren in nationalen Fragen eine neutrale Haltung einnehmen würden, in der Synode der Pastoren in der evangelisch-augsburgischen Kirchedie Hymne „Gott, der du Polen" gesungen wurde, sodaß das Konsistorium auf Anordnung der Behörde ein Rundschreiben erlassen mußte, in welchem solche politischen Manifestationen in den Kirchen streng verboten werden.

Aus Nr. 577 des Slowo Polskie (Lemberg) vom 13. Dezember 1910:

Aufgeschoben.

Die Diskussion über das Thema „Enteignung des polnischen Grundbesitzes im Posenschen und in Westpreußen" ist im Augenblicke der größten Spannung abgebrochen worden und ganz verstummt. Es hat ihr die bis jetzt unbestrittene Mitteilung ein Ende gemacht, daß in der Sitzung des preußischen Ministerrats sich auch nicht eine Stimme für die Ausführung des bereits vor 2 Jahren angenommenen Enteignungsgesetzes gemeldet hat.

Zu diesem Ergebnis der großen antipolnischen Aktion, auf deren Durchführung die preußische Regierung seiner Zeit ungeheure Hoffnungen gesetzt hat, und deren Annahme sie mit Überwindung sehr großer Schwierigkeiten erzwang, haben verschiedene Ursachen beigetragen. Nachdem sie in der Theorie einen allgemeinen Sieg davongetragen hatte, scheute sie vor der Tat zurück, nicht nur aus Rücksicht auf das Bündnis mit Österreich, dessen Wert und Dauer in hohem Maße von der Haltung der polnischen Fraktion in Wien abhängt, und nicht nur aus Rücksicht auf die Konservativen, die nicht mit Unrecht in der Antastung des Besitzrechts den Umsturz der grundsätzlichen Grundlage der bestehenden sozialen und staatlichen Verfassung erblickten. Nicht ohne Eindruck blieben sicherlich auch die Erfahrungen, die man in den letzten Jahren mit der Ansiedelungspolitik gemacht hatte. Und eine sehr wichtige Rolle in dieser Angelegenheit spielte die große Unsicherheit der parlamentarischen Lage nach dem Falle des Reichskanzlers Bülow, ferner die Furcht vor der mächtiger werdenden freisinnigen und revolutionären Strömung, welche die Regierung gewaltsam nach rechts stößt und sie zwingt, mit dem mächtigen katholischen Zentrum gründlicher zu rechnen, das mit konservativen und monarchischen Empfindungen, die ihm schon durch seine eigene Lage in Schlesien gebotene Abneigung gegen scharfe Ausschreitungen der antipolnischen Politik verbindet.

Mit einem Worte, die polnische Frage hat aufgehört, die, nach den Erklärungen Bülows, wichtigste Frage der deutschen Politik zu sein. Sowohl in der äußeren als auch in der inneren Politik haben sich andere, wichtigere Fragen eingedrängt, denen gegenüber man in Berlin die Notwendigkeit anerkannt hat, in der Germanisierungsaktion die Zügel anzuziehen. Das bedeutet indessen nicht, daß in den maßgebenden Kreisen sich die Geneigtheit bemerkbar machen sollte, diese Aktion völlig einzustellen oder auch nur zu beschränken.

Zu einer solchen Änderung ihrer Anschauungen konnten indessen diese Elemente, die von heftigem Haß gegen die polnische Nation ergriffen sind und konsequent darnach streben, sie zu verschlucken, nicht gebracht werden, und zwar infolge der klaren Kennzeichen der Lebensfähigkeit der polnischen Nation, ihrer Kräfte und Einflüsse auf die innere und internationale Politik. Man verzichtete also einzig auf die Durchführung des schreiendsten, bereits beschlossenen Aktes der Gewalt, man gab die Durchführung des Enteignungsgesetzes auf und zwar mit Rücksicht auf die möglichen Folgen im verbündeten Österreich und mit Rücksicht auf die Befürchtungen, die die Durchführung in konservativen und Zentrumskreisen hervorrufen würde.

Aber man gab keinen der im Kampfe der letzten Jahre eroberten Posten auf, man wiederrief weder, noch hob man ein Ausnahmegesetz oder einen Verwaltungserlaß auf, der die Freiheit der wirtschaftlichen und politischen Entwickelung der polnischen Bevölkerung knebelte. Man führte nicht die geringsten Änderungen ein bei der Anwendung des Ansiedelungsgesetzes, des Sprachenparagraphen, im Schul- und Gerichtswesen, in der Kirchenpolitik; man wiederrief nicht den systematischen wirtschaftlichen Boykott. Dagegen lehnte man gerade jetzt, nach dreijährigen Überlegen den Antrag auf Bestätigung der Verbandes der polnischen Spargenossenschaften in Schlesien ab, setzte eine neue antipolnische Bestimmung im Krankenkassengesetz durch, scheute keinerlei Mißbräuche, um bei der allgemeinen Volkszählung künstlich die Zahl der polnischen Bevölkerung herabzusetzen, um hierdurch nach Möglichkeit noch mehr ihr Recht zu beschränken in öffentlichen Versammlungen in der Muttersprache zu verhandeln, und die preußischen Gerichte und Polizeibehörden bringen in der Auslegung der Gesetze und der gesetzlichen Vorschriften eifriger als jemals bisher ihre antipolnischen Bestrebungen zum Ausdruck.

Es ist also keine Wendung eingetreten, sondern nur ein Waffenstillstand an einem Punkte des sehr ausgedehnten Schlachtfeldes nämlich in Sachen der Anwendung des Enteignungsgesetzes. Und er ist einzig deshalb eingetreten, weil man die dringende Notwendigkeit empfand, alle konservativen Elemente gegen die freisinnige Strömung zu vereinigen, die mit dem revolutionären, antimonarchischen Sozialismus verkündet ist. Das Zugeständnis in Sachen der Enteignung, deren praktischer Wert in Regierungskreisen schon längst bezweifelt wird, soll dem katholischen Zentrum und den konservativen Parteien die Vereinigung „zur Verteidigung von Thron und Altar" erleichtern; es soll sicherlich auch der Vertretung des polnischen Volkes in Berlin ermöglichen offen oder hinter den Kulissen mit den Regierungsparteien zusammen zu arbeiten und ihnen dazu verhelfen, eine Mehrheit im Reichstage zu bilden.

Unzweifelhaft haben der Regierung das Betreten dieses Weges beide polnische Fraktionen in Berlin erleichtert, und zwar durch ihre im preußischen Abgeordnetenhause und im Deutschen Reichstage unter der Losung positiver parlamentarischer Arbeit betriebene Politik, durch ihre Hilfe bei der Annahme der für die Konservativen vorteilhaften Finanzreform und durch ihre in manifestierender Weise betonte Abstimmung für die Erhöhung der Zivilliste des preußischen Königs. Insofern ist die Unterlassung der Anwendung des Enteignungsgesetzes in gewissem Maße auch die Folge der parlamentarischen Tätigkeit der polnischen Vertretung.

Beim Hervorheben dieses einzelnen Vorganges muß man sich indessen vor Überschätzung desselben hüten. Ein Vorteil ist unzweifelhaft vorhanden, sei es auch nur mit Rücksicht auf den moralischen Eindruck der Enteignung in der polnischen Volksgesamtheit und ihre immerhin möglichen Folgen im wirtschaftlichen Leben. Aber mit dem Nutzen verbindet sich eine ungeheure Erschwerung der ferneren Haltung der polnischen Vertretung in Berlin und die sehr ernste Gefahr, die innere Harmonie in der Volksgesamtheit zu trüben.

Durch ihre sei es wirkliche und zielbewußte, oder nur scheinbare und zufällige Mitarbeit mit dem Zentrum und den Konservativen, hat sich die polnische Fraktion den Vorwurf zugezogen, die Reaktion zu unterstützen, und sie hat die deutschen Parteien der Linken gegen sich aufgebracht. Ihre Sympathien hatten, besonders in den letzten Jahren, keinen realen Wert. Es ist bekannt, daß sowohl das Enteignungsgesetz, wie auch das Maulkorbgesetz nur durch die aktive Hilfeleistung der freisinnigen Faktoren im Reichstage und in beiden Häusern des preußischen Landtages durchgebracht werden konnten. Aber diese liberale Hilfe in der antipolnischen Politik entsprang nicht der grundsätzlichen Abneigung gegen die Polen.

Nach der Erklärung der polnischen Fraktion für die Finanzreform und nach der Bildung des blauschwarzen Klubs, der ohne die Hilfe der Polen im Reichstage nicht die Mehrheit bilden würde, erfolgte eine radikale Wendung. Auf der deutschen Linken sah man die polnische Fraktion als einen Verbündeten der reaktionären Elemente an, und die platonische Liebe verwandelte sich in bittern Haß. Heute bekämpfen die freisinnigen Parteien die Polen ebenso wie die Hakatisten aus Grundsatz, und wenn sie eine Änderung in der Germanisierungspolitik verlangen, dann handelt es sich lediglich um eine solche, die im Gegensatz zu der bisherigen wirklich erfolgreich ist.

Und unabhängig von der tiefen Abneigung ermuntert sie zu einer solchen Politik das Bewußtsein, daß sie nur durch Betonen ihrer antipolnischen Bestrebungen imstande sein werden, die mit der Regierung entzweite nationalliberale Partei zu sich herüberzuziehen, in deren Programm die Germanisierung des polnischen Volkes die erste Stelle einnimmt. Wenn es auch im weiteren Verlaufe der jetzigen parlamentarischen Krisis zu einer Vereinigung aller liberalen Gruppen in einem Lager kommen sollte, so würde die Einnahme einer ausgesprochen antipolnischen Haltung seitens der freisinnigen Partei bei einer solchen Wendung sicher eine entscheidende Rolle spielen.

Mit Rücksicht darauf, daß man sich dem Haß der freisinnigen Parteien ausgesetzt hat, nur in der Hoffnung, sofortige politische Zugeständnisse zu erhalten, war dies ein sehr schädlicher Schritt, und ein Verharren auf diesem Wege kann sehr unerwünschte Folgen haben. Hierzu kommt die Gefahr der innerpolitischen Folgen des Zusammenarbeitens der polnischen Fraktion mit den Konservativen und dem Zentrum. Die wirtschaftliche und soziale Politik, besonders aber die wirtschaftliche Politik der polnischen Fraktion in Berlin kann nicht konservativ oder richtiger agrarisch sein, was unter den heutigen Verhältnissen in Preußen und Deutschland auf eins herauskommt.

Die ungeheure Mehrheit der polnischen Bevölkerung bilden Arbeiter, Kleinbauern und Kleinindustrielle, und diese Mehrheit würde ebenso, wie sie mit Entrüstung die Abstimmung der Fraktion über die Besteuerung von Artikeln des täglichen Gebrauches aufgenommen hat, gegen eine Unterstützung der agrarischen Zollpolitik, unter deren Losung vor allen Dingen die künftigen Reichstagswahlen stattfinden werden, entschieden protestieren. Schon in der Diskussion über die Kandidaturen Morawskis und Trompczynskis wurden sehr bedeutsame Stimmen laut, welche auf die Gefahr eines ernsten Zusammenstoßes, zu dem es aus diesem Grunde kommen könnte, hinweisen. Es würde dies eine nationale Niederlage sein, schlimmer noch als das Enteignungs- und das Maulkorbgesetz, wenn es bei den nächsten Reichstagswahlen in der polnischen Volksgesamtheit zum Kampfe kommen sollte, und zwar unter Klassen- und Berufslosungen, die bis zu dieser Zeit gegenüber den allgemeinen nationalen Losungen stets geschwiegen haben. Und der Verlauf der zukünftigen Wahlen im Posenschen wird vor allen Dingen davon abhängen, welche Haltung die polnische Vertretung gegenüber den deutschen konservativen Parteien einnehmen wird, ob eine gewisse Gruppe derselben, die die Mitarbeit mit ihnen erstrebt, nicht auch die ihr sympathischen Losungen derselben annehmen und sie bei der Wahlagitation verwerten wird. Deshalb ist das sehr wichtig, was in den polnischen Fraktionen in Berlin im gegenwärtigen Zeitabschnitt des Waffenstillstands vor sich gehen wird, ob eine weitere Annäherung an den konservativen Block erfolgen wird, oder auch die Rückkehr zu einer völlig selbständigen Stellung, in welcher einzig das wahre Interesse der Nation entscheidet und nicht die trügerischen Berechnungen der parlamentarischen Diplomatin.

Aus Nr. 569 des Czas (Krakau)
vom 14. Dezember 1910:

Die Folgen einer Rede.

Das Amtsblatt der Starostei in Serec in der Bukowina bringt in der Nummer vom 1. Dezember d. J. zur allgemeinen Kenntnis, daß Graf Wlodzimir Bobrinsky sich durch seine am 20. September d. J. vor zahlreichen Zuhörern im Bierpalast in Serec gehaltenen Rede des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ordnung schuldig gemacht hat, und zwar durch Erweckung von Verachtung und Haß gegen die Gesamtheit und Unverletzbarkeit des österreichischen Monarchen, gegen die Gesamtheit und Unverletzbarkeit der österreichischen Monarchie und der staatlichen Administration.

Nach gründlicher Beschreibung des damaligen Aussehens des Grafen Wl. Bobrinsky befiehlt die Starostei allen gerichtlichen und polizeilichen Behörden, ihn, falls er sich auf österreichischem Gebiet zeigen sollte, unverzüglich zu verhaften und an das Strafgericht in Czernowice abzuliefern, das den Grafen Wl. Bobrinsky im Sinne des § 65 des Strafgesetzbuches des vorstehend erwähnten Verbrechens beschuldigt.

Aus Nr. 88 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Przymysl)
vom 16. Dezember 1910:

Deutsch-galizische Forderungen.

Wenn man die maßgebenden polnischen Kreise auf die Frage „was fehlt den Deutschen in Galizien" antworten hört, so fehlt den Deutschen nichts, gar nichts. Die Polen haben sich seinerzeit in herrischem Tone dagegen verwahrt, daß die Deutschen Galiziens es gewagt haben, sich mit dem deutschen Landsmannminister ins Einvernehmen zu setzen, daß sich der deutsche Abgeordnete, Eduard von Stransky, um deutsche Angelegenheiten gekümmert hat. Und als vor Jahresfrist der galizische Statthalter der Abordnung des Bundes der christlichen Deutschen wohlwollende Zusicherungen gab, da konnten sich die allpolnischen Kreise in Entrüstung nicht genug tun darüber, daß der kaiserliche Statthalter auch den Deutschen ihre nationale Selbständigkeit zugestehen wollte.

Seit Jahrzehnten geht die Arbeit der nationalpolnischen Kreise darauf hin, den Deutschen in Galizien die nationale Lebensader abzubinden, sie wissen, daß die Schulbildung auch für das nationale Bekenntnis meistens ausschlaggebend ist. Von der Lemberger

Universität braucht man nicht mehr zu reden, die ist schon so vollständig polonisiert, daß schon vor zwei Jahren der galizische Statthalter von den polnischen Studenten mit roher Gewalt aus dem Universitätsgebäude hinaus—befördert wurde, ein unerhörter Gewaltstreich; der Statthalter hat damals einem rein akademischen Akt als Vertreter des Kaisers beigewohnt und einem jungen Doktor, wohlgemerkt, einem allpolnischen Parteigänger, den vom Kaiser verliehenen Ring überreicht. Damals hatte selbst das allpolnische slowo seinen wackeren Anhängern den sanften Rat erteilt, ein anderesmal ihrer Gesinnung in etwas weniger schroffer Form Ausdruck zu verleihen. Also die Lemberger Universität ist für die Deutschen eine erledigte Sache, und zwar vollständig.

Aber wie steht es mit den Mittelschulen? Es gibt nur mehr eine in Galizien, welche die deutsche Unterrichtssprache hat und das ist das deutsche Gymnasium in Lemberg, dem leider nachgesagt wird, daß es stark verjudet ist und von dem man Professoren deutscher Nationalität nach Möglichkeit fern hält. Die Polen behaupten, es sei ein polnisches Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache. Das Gymnasium in Brody hat ja seit 1896 die polnische Unterrichtssprache eingeführt und bald wird dort mit keinem Worte mehr deutsch unterrichtet. Nun hat der polnische Abgeordnete Kozlowski doch vor zwei Jahren Jahren in den Delegationen es für ganz Österreich und Ungarn verkündet, daß die Polen deutsche Mittelschulen in Galizien gestatten und auch in Zukunft gestatten wollen. Ja, ich erinnere mich genau, er sprach in der Mehrzahl, von mehreren und nicht nur von der einen, die im Jahre 1908 bestand und auch heute noch die einzige ist. Also berufen wir uns einmal auf die polnische Ritterlichkeit, und fragen den Herrn Ritter von Kozlowski, wo sind die anderen deutschen Mittelschulen, wo ist wenigstens die zweite? Wir würden uns ja gerne mit einer zweiten bescheiden, denn es geht die Sage, daß die Deutschen in Galizien einen rechtlichen Anspruch auf zwei deutsche Gymnasien haben. War das mit den deutschen Mittelschulen nur ein Irrtum oder etwa ein Versprechen für die Zukunft? Denn, wie gesagt, wir halten uns an die polnische Ritterlichkeit und wollen nicht glauben, daß die Worte des Herrn Ritters von Kozlowski bloß leeres Gerede waren, bloß Sand in die Augen der polnischen Delegationen.

Wir Deutsche in Galizien haben aber noch ein ganz anderes Recht auf deutsche Mittelschulen. Rechnen wir einmal nur so ganz oben hin, ohne genaue Statistik. Nehmen wir bescheiden an, wir seien in Galizien in einer Stärke von 150000, rechnen wir den Polen 4000000 zu; die heurige Volkszählung wird ja genauere Zahlen bringen. Nun haben die Polen gegen 75 Mittelschulen, eher mehr als weniger. Die Deutschen nur eine einzige (die aber für sie schon keine mehr ist) und nach dem Grundsatze, gleiches Recht für alle, träfe es den Deutschen doch drei Schulen, denn auf 53000 polnische Bewohner Galiziens kommt je eine Mittelschule. Für die Deutschen fällt aber ihre höhere Intelligenz ins Gewicht, weil unter ihnen weit weniger Analphabeten, weit weniger Leute sind, die weder lesen noch schreiben können, als bei den Polen; sie können also mehr und befähigtere Schüler in die Mittelschule schicken! — Würden wir von den Polen gerecht behandelt (und kein Pole wird zugeben, daß man gegen die Deutschen in Galizien ungerecht ist), so müßten wir drei Mittelschulen haben; daß auch solche polnische Familien, in welchen man die Kinder nicht mit nationalen Scheuklappen aufzieht, sondern eine Weltsprache erlernen läßt, die ihnen die ganze Welt erschließt, daß solche Familien ihre Söhne zum Teil auch in deutsche Mittelschulen geben würden, ist gewiß; und gerade im österreichischen Beamtenstand hat ein Pole, der gut deutsch kann, den Weg zu zahlreichen Stellen offen, die den meisten polnischen Juristen verschlossen sind, weil sie mit dem Deutsch auf dem Kriegsfuße stehen. Die Unkenntnis der deutschen Sprache nimmt in polnischen Beamtenkreisen in großem Maßstabe zu. Aber lassen wir ihnen das.

Wir Deutsche in Galizien brauchen dringend notwendig deutsche Mittelschulen, wir haben das volle Recht darauf, zu verlangen, daß unsere studierende Jugend in ihrer Muttersprache sich ihre höhere Bildung aneignen kann, daß ihr der nationale deutsche Sinn nicht systematisch unterdrückt und durch den polnischen Irredentismus ersetzt wird. Denn die Deutschen in Galizien haben die heilige Pflicht, ihre Kinder als deutsche Österreicher zu erziehen und vom österreichischen Staate kann man füglich verlangen, daß er in Galizien, dem wenn auch an Zahl schwächsten, so doch an Bildung, Kultur und Veranlagung stärksten Bestandteile der Einwohner die Mittelschulbildung in seiner Muttersprache, der deutschen Sprache zugänglich macht; dann wären deutsche Schüler in der Schule auch vor groben Reden polnischer Lehrer wie „verfluchter Schwab" geschützt, Reden, die tatsächlich gefallen sind und die sich so ein ausgelieferter Schüler blutenden Herzens gefallen lassen muß.

Wir verlangen also das Mindestmaß von Gerechtigkeit und so viel deutsche Mittelschulen, als für unsere deutschen Schüler nötig sind.

Aus Nr. 88 des Deutschen Volksblatts für Galizien (Przemysl) vom 16. Dezember 1910:

Die schwarze Muttergottes von Czenstochau.

Ein deutscher Mönch schrieb der in Würzburg erscheinenden „Bayrischen Landeszeitung" zu einer Schilderung der Zustände und Ereignisse im Paulanerkloster von Czenstochau: So mußte es kommen. Rom kennt seit langer Zeit den Unflat, welcher sich nicht bloß in diesem, sondern auch in anderen polnischen Klöstern angesammelt, diese Summe von Unrat und Unwissenheit, Todsünden und Verbrechen. Papst Pius X. und sein Vorgänger Leo XIII. haben auch Versuche gemacht, eine Säuberung und Klärung herbeizuführen, indem die Verschmelzung mehrerer Orden in einen verfügt wurde. Auch deutsche Mönche der strengen Observanz wurden in polnische Klöster abkommandiert, um diese zur Zucht zurückzuführen. Was diese deutschen Mönche erduldeten, gleicht dem Aufenthalte eines in eine Verbrecherhöhle verschlagenen Wanderers. So hat ein bayerischer Augustinermönch in Krakau haarsträubende Erlebnisse gehabt und buchstäblich sein Leben aufs Spiel gesetzt, um ein wenig Ordnung zu schaffen. Diese Reformation erstreckte sich indessen bloß auf Galizien, nicht auf das russische Polen. Man wollte da aus lauter Scheu vor den Russen und Polen den gewohnten Sumpf nicht aufrühren und ließ alles beim alten, ließ die fehlbaren und grundverdorbenen Mönche fortwirtschaften, während man in Deutschland und Frankreich die sittlich einwandfreien und gebildeten Priester maßregelt, verfolgt, zu Tode quält und mit dem Bannfluche belegt, welche sich der wissenschaftlichen Wahrheitsforschung nicht widersetzen und manche Dinge im Kirchenleben reformbedürftig halten. Dieser Vergleich drückt mir die Feder in die Hand, um den deutschen Priestern die ungerechte, unzeitgemäße und ungebührliche Behandlung vor Augen zu führen, welche sie als Christen guten Willens er-

leiden, weil sie sich eben von Rom das Unleidliche bieten lassen, während die jederzeit zum Widerspruche und Widerstande bereiten Polen und Slawen der christlichen und priesterlichen Moral offen und heimlich zuwiderhandeln dürfen und dabei von Rom mit einer unglaublichen Nachsicht behandelt werden. Die scheußlichen Zustände in Czenstochau waren in Rom schon längst wohlbekannt, aber die geldhungrigen römischen Prälaten, welche die frommen, ehrlichen, kirchlich gläubigen Deutschen mit Skorpionen traktieren, drücken den polnischen Kananitern, Sodomitern und Banditen gegenüber die Augen zu, weil diese von den reichlichen Opfergaben stets auch den römischen Hehlern einen fetten Anteil zukommen ließen und im übrigen als wichtige Bestandteile der polnischen Nationalität betrachtet werden, welche beileibe nicht angerührt werden dürfen. Und gerade die polnischen Prälaten im Bunde mit den im Vatikan maßgebenden welschen Hehlern sind es, welche die Aufmerksamkeit des Papstes von ihren Schutzbefohlenen ablenken und ihn gegen die sittlich und wissenschaftlich höherstehenden Deutschen — sagte einmal ein römischer Monsignore — „sind immer unsere Prügelknaben gewesen, man darf ihnen den Schirlingstrank bieten, sie ertragen es". Darum werden sie auch von den Römern für dumm gehalten. Den schlechten Gesellen in Spanien, Italien und Polen wird mehr vergeben als den gerechtesten und besten Deutschen.

Aus Nr. 277 des Dilo (Lemberg)
vom 12. Dezember/29. November 1910:

Die Sinnlosigkeit der Galizischen Kanäle.

Die Russophilen (altruthenischen) Abgeordneten des Parlaments sehen ein, daß die große Liebe der Polen gegen sie jetzt erkaltet, streben jetzt in ihrer Feigheit an, sich die Liebe und Obhut der „Pans" wieder zu erobern. Als sie sahen, daß der ukrainische Klub gegen die Kanal-Resolution des Abgeordneten Moraczewski (poln. Sozialdemokrat) stimmte, haben sie sich auf Befehl des Herrn Kuriloficz doch noch erhoben und haben bei der Abzählung dafür gestimmt. Um vor ihren russischen Wählern ihre Feigheit zu decken, haben sie erklärt, daß sie im Interesse der russischen Bevölkerung, der Flußregulierung und darum dafür stimmten, um der russischen Bevölkerung Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

Dasselbe Lied sang auch der Haliczanin und fügt hinzu, daß die ukrainischen Abgeordneten die Interessen des ruthenischen Volkes verraten hätten, weil sie so die Regulierung der Flüsse unmöglich machten und der Bevölkerung große Arbeitsverdienste abschnitten.

Gegenüber diesen Ausführungen ist es nötig den Standpunkt klar zu legen, weshalb der ukrainische Klub gegen den Bau der Kanäle gestimmt hat.

Die ukrainischen Abgeordneten haben früher nicht gegen den Bau der Kanäle gestimmt, da sie annahmen, diese sollten erst nach gründlicher Flußregulierung gebaut werden. Sie glaubten auch, daß der Bau der Kanäle sich dann als eine natürliche technische und finanzielle Unmöglichkeit, sowie eine ökonomische Sinnlosigkeit erweisen würde. Sie nahmen an, vom Bau der Kanäle absehen zu können, wenn Galiziens Flüsse zu der Zeit reguliert sein würden.

Erst dann — glaubten die ukrainischen Abgeordneten — würde Galizien von Kanälen Nutzen haben.

Jetzt haben wir schon die Erfahrung hinter uns. Wir wissen bereits, welche Folgen die Regulierung der Fluß-Kanäle haben wird. Es zeigt sich, daß die Regulierung, nach welcher wir uns so gesehnt haben, ein Unglück für die Bevölkerung an den regulierten Flüssen ist. Diese Regulierung hätte nur dann einen Zweck, wenn zuerst alle Gebirgswässer reguliert würden. Darauf müßte erst die Regulierung sämtlicher Flüsse erfolgen, die in die Kanäle eintreten oder sie durchschneiden. Zur Zeit fehlen dazu entsprechende Mittel und infolge der Dummheit der „Landesregulatoren" fing man an, die Flüsse in ihren Mittellauf zu regulieren. Infolge dessen sind die dafür verwandten Mittel hinausgeworfen. Nach jedem Regen und jedem Tauwetter vernichtet das Gebirgswasser die regulierten Teile und die Regulierung muß von neuem beginnen.

Das Unglück der an den von den „Landes-Ingenieuren" regulierten Flüssen wohnenden Bevölkerung ist, daß man die Regulierung ohne Rücksicht auf das Terrain und ohne ihre gleichzeitige Melioration durchgeführt hat. Große Flächen von Wiesen und Weiden sind nach der Regulierung unbrauchbar geworden, da die einzelnen Teile entweder zu Sand ausgetrocknet sind oder nur immer unter Wasser stehen. Überall, wo die polnischen „Fachleute" unsere Flüsse „reguliert" haben, ist die bisher reiche Bevölkerung verarmt, sodaß sie auf ihrem heimatlichen Boden keinen Unterhalt findet.

Der Bug gehört nicht zu den „Kanal"-Flüssen, aber seine Regulierung gehört zu den abschreckendsten Beispielen, als Fluß sollte er nicht reguliert werden. Die Bug-„Regulierung" ist ein Beweis dafür, daß die „galizischen Techniker" wohl zu allem, nur nicht zur Flußregulierung „tauglich" sind. Weiden und Wiesen sind ausgetrocknet und in Oedland verwandelt.

Darunter haben sogar nicht wenig die Güter der (polnischen) Pan's gelitten, die diese Regulierung „aushandelten", z. B. die Güter Badenis. Der Bug war früher sehr fisch- und krebsreich, sodaß die Ufer-Bevölkerung mehr von Fischen und Fischhandel lebte, als von Ackerbau. Jetzt gehört infolge der Regulierung Krebs- und Fisch-Reichtum der Vergangenheit an. Die früheren Biegungen und Windungen des Bug sind nicht zugeschüttet und nicht ausgetrocknet, jetzt verfaulen sie und verpesten die Luft weithin längs der Flußregulierung. Kurzum, die Regulierung des Bug ist ein elementares Unglück für die „Nadbushanschtschinan" (Bugniederung). Aus diesen Gründen kann, wenn die Regulierung unserer Flüsse gründlich sein soll, die ruthenische Bevölkerung ihr nur dann zustimmen, wenn Leitung und Durchführung der Arbeiten in die Hände von Fremden, aber nicht von galizischen Technikern gelegt wird. Dazu aber werden es die Polen nicht kommen lassen und deshalb ist es besser gegen das ganze Kanal-Abenteuer aufzutreten.

Die Studien, die die Regulierung über diese Frage machen ließ, zeigten, daß speziell in Galizien Kanäle eine natürliche und technische Unmöglichkeit sind. Die Natur der Flüsse, die eventuell die Kanäle durchfließen sollen, sei es, daß in Zeiten der Trockenheit die Kanäle Wassermangel hätten, und in Zeiten hohen Wasserstandes diese Flüsse die Böschungen der Kanäle überfluten würden und diese neu aufgeführt werden müßten.

Selbst wenn sie technisch möglich wären und gebaut würden, würden sie sich nicht rentieren und dem Wettbewerb der Eisenbahnen nicht standhalten. Vor allem wären Kanäle ohne Zufahrtstraßen, wie sie die Bahnen schon haben, nicht zu brauchen. Man müßte spezielle Zufahrtstraßen zu den Kanälen bauen. Die galizischen Kanäle würden wenigstens 4 Monate im Winter geschlossen sein, während die Eisenbahn im Winter verkehrt. Im Handel geht es weniger um den billigen als um den schnellen Transport. Der Eisenbahngütertransport geht auf den Bahnen 5 mal schneller als auf den Kanälen und kann noch verdoppelt werden. Aber die Billigkeit des Transports auf den Kanälen ist Unsinn.

Baut man ein zweites Geleis, speziell für Gütertransporte auf den Bahnen, so ist die Frage des billigen Transports praktisch gelöst.

Der Eisenbahntransport ist billiger als der auf den Wasserstraßen.

Der Bau eines zweiten (Gütertransport-)Geleises auf der Eisenbahn würde hundertmal billiger sein als der Kanalbau, daher können nur solche die auf Gott vertrauen zum Kanalbau raten.

Wenn auch alles für die Kanalbauten sprechen würde, so macht ein Hinderungsgrund sie doch undenkbar. Dies besteht darin, daß Österreich nur ein Weichselufer gehört. Der Kanalbau muß an der Weichsel beginnen, die zum schiffbaren Kanal umgewandelt werden muß. Für die Weichselkanalisierung braucht man aber nicht nur die Regulierung der galizischen Flüsse. Es müssen auch die linken Uferzuflüsse reguliert werden; die sind nicht in Österreich sondern in Rußland. Wenn Österreich die Weichsel regulieren will, so kann es das nur auf seinem Ufer machen. Wie ist eine Kanalisierung denkbar, wenn man das andere Ufer so lassen muß, wie es Gott geschaffen hat? Aber wie soll es dann werden, wenn es sich eines schönen Tages als notwendig erweise, das Flußbett an irgend einer Stelle zu verlegen und damit die Grenze zwischen Österreich und Rußland?

Möge die Weisheit des Katzappenklubs (Spottname für den russophilen Klub) und des „Haliczanin" die Kanalisierung des linken Weichselufers anstreben, mögen sie in der russischen Duma ein Gesetz über die Regulierung des linken Ufers durchsetzen und dafür einige Millionen Rubel beistellen, dann kann man an die Kanalisierung der Weichsel und an die Kanäle in Galizien denken. Solange die russische Duma der Kanalisierung der Weichsel nach dem Plane der galizischen „Kanalmänner" nicht zustimmt, solange ist jede Arbeit an galizischen Kanälen Unsinn und politischer Schwindel. Die Polen sagen, daß die galizischen Kanäle Galizien mit dem preußischen Kanalsystem verbinden und infolgedessen würde die Güterbeförderung über Galizien von Osten nach Westen stattfinden. Dabei ist auch noch der Unsinn, daß die Polen sich noch nicht versichert haben, ob Preußen seine Kanäle nach dem polnisch-galizischen Plane bauen wird.

Die Russophilen führen für ihre zustimmende Haltung zum Kanalbau dieselben Argumente an wie die Sozialdemokraten. Sie sagen, er würde der armen Bevölkerung Arbeit und Verdienst geben. Andererseits handelt es sich aber um Verdienste, für welche die Steuerzahler Milliarden aufbringen sollen; da sagt der Verstand, es sei vorzuziehen, solche Arbeiten zu suchen, die außer Arbeitsverdienst dem Lande auch Nutzen bringen. Solchen Arbeitsverdienst gäbe es z. B. bei der Flußregulierung in größerem Maßstabe. Außerdem müßten die Russophilen doch wissen, daß weder die russischen noch unsere (gemeint sind die Ukrainen) Bauern bei diesen Kanalarbeiten Verdienst finden werden. Als ob die russophilen Abgeordneten es nicht wüßten, wie schwer es den Ruthenen gemacht wird, bei einer Eisenbahnwerkstätte oder selbst als Streckenwärter usw. anzukommen? Als ob die Russophilen das nicht wüßten, daß sogar die Bukowinaer Eisenbahndirektion mit Polen überflutet ist, soweit, daß der ganze Eisenbahndienst aus Galizianern besteht: es versteht sich, nicht aus Ruthenen, sondern aus Polen. Sogar in der russisch-rumänischen Bukowina fressen nicht die Ruthenen, sondern die Polen den Staatsverdienst und die Steuern auf. Sollen doch die „Katzappen" (Spottname der Russophilen) nach Monasterzyska gehen und mögen sich mit eigenen Augen die Tabakfabrik anschauen. Unter deren Arbeitern befinden sich nur 1/4 Ruthenen, weil die Direktion nur dann einen Ruthenen annimmt, wenn sie keinen Polen findet. Wenn ein Ruthene in der Fabrik ankommen will, muß er ein Zeugnis von einem polnischen Pfarrer bringen, daß er Pole ist, d. h. er muß zum römisch-katholischen Ritus übertreten und Pole werden. Weder ruthenische Arbeiter noch ruthenische Beamten würden bei den Kanalarbeiten Beschäftigung finden. Sie würden bloß den Legionen von polnischen Arbeitern und Tausenden aus der polnischen Intelligenz Arbeit geben. Das Geld für Kanalbauten und ihre Verwaltung würde nur zur vollständigen Verpolakung unseres Landes dienen. Wollen die russischen Abgeordneten etwa die Verpolakung beschleunigen?

Die Russophilen sagen, wenn auch die Kanalarbeiten viel Geld verschlingen werden, so würde doch unsere Nation einen großen Vorteil durch den billigen Transport nach dem Westen haben. Was kann die galizische Landwirtschaft ausführen? Nur Vieh, Holz und Futter.

Aber Vieh hat noch niemand auf dem Wasser transportiert und wird es auch nicht tun, weil das Vieh an Gewicht verliert. Z. B. Schweine würden in Wien nur als Haut und Knochen ankommen. Was Futter und Holz anbelangt, so ist es in unserem Interesse, daß Futter und Holz im Lande bleibt. Wir sollten ihre Ausfuhr eher erschweren und nicht erleichtern, wie es Polen und Russophilen wollen.

Das ist der zweite nationalökonomische Grund der Gegnerschaft der ukranischen Abgeordneten gegen den galizischen Kanalbau. Nur die Polen, die unser ruthenisches Volk vernichten wollen und ihre russophilen Helfershelfer können für die Kanäle sein!

Aus Nr. 267 des Haliczanin (Lemberg) vom 27. November/10. Dezember 1910:

Neue (Lehrer) „Grais".

Noch ist die Schulin'sche Angelegenheit, die in ganz Europa lebhaftes Mitgefühl für das Opfer des polnischen Chauvinismus erregt hat, nicht vergessen und schon wieder haben sich in diesen Tagen neue Vorkommnisse polnischer Willkür in der Schule ereignet.

So hat vor zwei Wochen in Podhajce der Lehrer Wojtovicz in fürchterlicher Weise den Schüler der 3. Klasse, Stach Wdowitzki, geschlagen. Die Ursache war, daß der Knabe bei der Prüfung im Polnischen schlecht abschnitt. Das arme Opfer quält sich jetzt in bewußtlosem Zustande im Krankenhause, da der Lehrer in seiner Wut ihn schwer mit Schlägen gegen den Schädel gezüchtigt hat.

Ein nicht weniger würdiger Nachfolger des „Grais" ist der Lehrer Mako Moszycki in dem Flecken Korolowka, Bez. Borszczow.

Die Früchte seiner pädagogischen Arbeit liegen besonders darin, daß er die ruthenischen Kinder zu Krüppeln macht.

Das bestätigen folgende Fälle: Der Schüler Iwan Sulima, Sohn des Bauern Peter Sulima, lag ein ganzes Jahr im Krankenhaus und quälte sich dort entsetzlich infolge buchstäblichen Zerschlagens seines Kopfes.

Helene Schichowska verlor das Gehör infolge des Ausschlagens ihrer Zähne und infolge quälender, durch Schläge gegen ihren Schädel verursachter Kopfschmerzen, und obwohl ihre Mutter die Sache vor's Gericht brachte, wurde die Angelegenheit doch vertuscht. Derselbe „Verpflanzer polnischer Kultur" schlug mit einem Stock den Martin Blonski, Sohn eines gewissen Viktor Blonski, so gegen den Kopf, daß der Junge zwei

Wochen bettlägerig war und noch an Kopfschmerzen und Ohrenfluß leidet.

Haben jetzt die Beschützer der polnischen Pädagogen noch soviel Frechheit, um den einzigen Vorfall (gemeint ist der Fall in Schulin) in Abrede zu stellen, oder ihn zu verdrehen, oder gar den Schuldigen noch beizustehen durch fernere Aufmunterung zur kulturellen Vernichtung der unschuldigen ruthenischen Kinder?

Aus Nr. 7/8 der Ukrainischen Rundschau (Wien) Dezember 1910:

Die Obstruktion im galizischen Landtage.

Das Klagen und Jammern ist ein undankbares Beginnen. Das war die längste Zeit der politischen Kampfmethode der galizischen Ruthenen gewesen. Gar manche bewunderungswürdige Tat haben die Ruthenen vermöge ihrer Widerstandsfähigkeit, ihrer Ausdauer im Dulden geleistet. Die Heroen im Dulden. Ein Zug des Aktiven in der ganzen früheren Periode des nationalpolitischen Lebens der galizischen Ruthenen fehlt aber so gut wie ganz. Im Klagen erlangten die Ruthenen den Rekord in der vielhundertköpfigen Deputation, die nach den berüchtigten Wahlen anno fünfundneunzig nach Wien darüber klagen kam und von der Instanz der Instanzen mit einer Handbewegung von der Tür gewiesen wurde. Der Empfang war ein Zeichen zur Abkehr und eine Lehre, daß in der Politik der Schwache immer im Unrecht ist. Nicht sofort entschieden sich die Ruthenen, die Passivität in Aktivität umzusetzen. Die wiederholten Exodus der ruthenischen Abgeordneten aus dem galizischen Landtage, die Sezession der ruthenischen Studenten von der Lemberger Universität, wo sie angestammte Rechte besitzen, das waren im Grunde genommen gleichfalls Akte eines passiven Widerstandes, die nur als Demonstration wirken sollte. Das Argument der wirklichen Kraft wohnte ihnen nicht inne. Es erwies sich alsbald, daß der Kampfboden nicht geräumt werden dürfe und durch die ruthenische Gesellschaft ging ein Ruf nach einer faktischen aktiven Abwehraktion. Es war vielleicht kein Zufall, daß, gleich anschließend an die Sezession der ruthenischen Studenten im ruthenischen Teile des Landes, eine massenweiseStreikaktion unter der Feldarbeiterschaft ausgebrochen war und die erst vor wenigen Monaten einem physischen Kampfe auf dem Universitätsboden gewichenen Sezessionisten sich, ohne sich erst von langer Hand darauf vorzubereiten, in die Wirrnis der Volksbewegung warfen und die galizischen Gefängnisse füllten. Das war damals ein aufsehenerregendes, hier nie dagewesenes Schauspiel. Das wirkte wie ein Zündstoff und es vergingen nur wenige Jahre, bis die Gefängnisstrafe der ruthenischen Kämpfer um die nationale Gleichberechtigung zu einer normalen Erscheinung in Galizien wurde. An Stelle der friedlichen, in der Legalität bis an die äußerste Grenze geschobenen Sezession trat aber auch in der Universität eine regelrechte, Schlag gegen Schlag parierende Defensive ein, regelrechte Schlachten wurden zu alljährlicher Erscheinung an der Universität, es kam hier mit der Zeit zu Verwundeten, dann auch zu Leichen und zu wiederholten Malen schmachteten Hunderte der Blüte der Nation im Gefängnis, daraus frische Kraft für den weiteren Kampf schöpfend.

Man merkte es ganz deutlich, daß an Stelle der Passivität, der Flucht vor dem Bösen, an Stelle des Klagens und Jammerns, eine Aktivität, ein Kampfgegen das Böse trat. Hatte bis vor kurzem das Volk jede Willkür über sich ergehen lassen, so fing es nun an, sich dagegen tatkräftig aufzulehnen, fielen bisher aus nichtigen Gründen oder gar bei Erfüllung ihrer bürgerlichen Rechte Leichen ausschließlich auf der einen Seite, kam nun von der Hand eines jungen Ruthenen der oberste Vertreter des ruthenenfeindlichen Systems ums Leben. Es ist eine unliebsame Erscheinung, daß beim Potenzieren des Kampfes die illegale Waffe immer mehr in Anwendung geriet. Aber auf der Seite des Stärkeren hob sich das Ansehen des bisher sich kaltblütig dreinfügenden Gegners. An der Summe der Erscheinungen durfte er nicht mehr achtlos vorbeigehen. Das heißt bei weitem nicht, daß Fälle der Mißbräuche und Vergewaltigung jetzt seltener geworden seien — das gerade Gegenteil ist eher der Fall. Denn erst jetzt wurden Fälle möglich, daß ein mit „Du, Flegel" angesprochener Bauer wegen Verweigerung der Antwort eingesperrt, daß die Schulkinder wegen der Weigerung, polnisch zu beten, mißhandelt wurden.

Das ganze Verhältnis erfuhr eine gänzliche Umwandlung. Das ist die bedeutende Bilanz des Kampfes. Es standen nunmehr gegeneinander Partei gegen Partei, Volk gegen Volk, beide sich über ihre Ziele und Wünsche klar, nur mit dem Unterschiede, daß das eine dank besonderen Umständen die formelle Macht und dadurch die Möglichkeit das andere zu necken, um sich vereinigte, was ihm zu entreißen gilt. Letzteres ist eben das Ziel der ruthenischen Politik, die nunmehr von klaren Annahmen geleitet wird, sich über die gegebenen Werte im Klaren ist, vor allem aber sich auf ein nicht mehr politisch indifferentes Menschenmaterial stützt.

Die ganze Fülle der politischen Erscheinungen im ruthenischen Volke durfte an den Toren des galizischen Landtages nicht spurlos vorübergehen. Eine unerbittliche Notwendigkeit, diktiert vom Willen des Volkes, klopfte an das Tor der galizischen Landeszwingburg, welche bisher wohl Klagen und Drohungen, auch Exodus der ruthenischen Vertreter erlebt hat, in welcher aber diese Männer bisher keinen Versuch unternommen hatten, den Gewalttaten trotzig die Stirne zu bieten. Die ruthenischen Abgeordneten haben immerwährend geklagt und gedroht und ein Ausnahmegesetz eilte dem anderen voran, und der galizische Landtag sicherte sich eine Extrastellung und eine besondere Machtvollkommenheit unter den übrigen Landtagen Österreichs. Diese Macht soll dazu verwendet werden, daß das ruthenische Galizien eine polnische Provinz wird. Eine lex Sala erweiterte die Kompetenz des Landtages in Sachen der Landeskultur, ein altes Ausnahmegesetz gab das ruthenische Mittelschulwesen der Willkür des Landtages preis, so daß jetzt in Galizien gegen 65 polnische bloß 5 ruthenische Mittelschulen bestehen. Das ganze ruthenische Schulwesen soll aber durch das forzierte utraquistische System untergraben werden. Das Wirken des Landtages in der Richtung der Erweiterung der Landesautonomie und der polnischen Einflußphäre nahm insbesondere in letzter Zeit an Intensivität zu. Die Gesetzentwürfe über den Landeskulturrat und über das Gewerbepatronat des Landesausschusses, wodurch die Polen einen ganz entscheidenden Einfluß auf den Bauern- und Handwerkerstand gewinnen, die Mißachtung ganz bescheidener kultureller Forderungen der Ruthenen, sowie eine ganze Kette von anderen, im Vorbereitungsstadium befindlichen antiruthenischen Maßnahmen zwangen die ruthenische Vertretung im Landtage, dem polnischen Kriegszug Halt zu gebieten.

Ganz lehrreich und sehr bezeichnend ist die Art und Weise, wie die jetzige Vertretung der Ruthenen, welche mit Hilfe antinationaler, russophiler Elemente von der polnischen Landesgewalt gelockert wurde, ihre Taktik gegenüber der feindlichen Mehrheit eingerichtet hat. In den letzten Jahren wird da eine Gradation beobachtet, die für sich spricht. Zunächst ruhige Auseinander-

setzung, dann Dauerreden, schließlich Landtagskapelle. Die vorzeitige Schließung des Landtages wegen Furcht vor einem Handgemenge verhinderte die Gradation bis zum Höhepunkt. Es war ein großer Fehler seitens der polnischen Mehrheit, daß sie es auf eine solche Furcht ankommen und den Landtag nicht früher schließen ließ; so aber ließ sie es geschehen, daß der Landtag, der vor zwei Jahren vom Kaiser selbst als ein mustergiltiger gesetzgebender Körper bezeichnet wurde und als solcher allgemein galt, heute von den Höhen, auf denen ihn der Adel lange Zeit zu halten wußte, herabgezerrt wurde. Durch volle zehn Sitzungen spielte im Landtage ein Orchester; es war nicht mehr eine lärmende Obstruktion bloß — das Wort wäre hier zu enphemistisch angewandt — es war eine Parodie auf einen gesetzgebenden Körper, die gelungenste, die jemals aufgeführt wurde. Die Redner als Mimiker und die das Zuhören simulierenden Abgeordneten, die Ohren mit Watte vollgestopft, um vor dem Getöse ein wenig verschont zu sein, das waren die Totengräber der Würde des Landtages. Der Schlag, der dem „einzigen polnischen Parlament" versetzt wurde, war so wuchtig, daß sich dieses davon erst dann erholen kann, bis es aufhört ein polnisches zu sein.

Vor mehreren Jahrzehnten da gab es einmal eine Zeit, wo die Ruthenen in Österreich gern gesehen wurden. Für die Befreiung des ruthenischen Volkes von der polnischen Sklaverei war es Österreich zugetan und dieses Staatswesen schien entschlossen zu sein, Gutes mit Gutem zu vergelten. Das deckte sich damals mit dem Begriff der staatlichen Zweckmäßigkeit bei den Lenkern des Staates. Wenngleich auch damals dem überlieferten Kräfteverhältnis zu sehr Rechnung getragen wurde, vermochten die Ruthenen vor fast fünfzig Jahren, vermöge der Objektivität der staatlichen Organe, bis ein Drittel sämtlicher Landtagsmandate zu erreichen. Seither waren die Annahmen der österreichischen Politik anders geworden und nach vierzig Jahren war die Zahl der Ruthenen im Landtage auf ein Zwölftel gesunken, bis sie sich in der letzten Zeit auf das Doppelte hob.

Dieser Umschwung war aber nicht mehr das Verdienst einer gewollten Objektivität der staatlichen Organe, er wurde vielmehr trotz des Identifizierens der österreichischen Staatsorgane mit den polnischen Interessen, trotz der krassesten Tendenziosität, wie sie sich beispielsweise durch die russophile Demoralisation — ein sehr zweischneidiges Schwert — Luft machte, ertrotzt. Jetzt gilt es nicht, wie ehedem, um die schwankende Gunst der Regierung zu buhlen, jetzt gilt es die Kräfte messen. Die politische Kraft der Ruthenen härtete sich im Probefeuer der Not. Was die politisch schwachen Ruthenen vor einem halben Jahrhundert erreicht hatten, das verloren sie, seit dem die Wiener Regierung ihre Politik der Lemberger Politik anpaßte. Was die Ruthenen jetzt erlangen, ist aber ihr bleibender Besitz, sie fühlen das Bedürfnis und auch die Kraft in sich, vieles zu erwerben. Die siegreiche Obstruktion im galizischen Landtage bewies es. Sie war ein wohldurchdachtes, vielleicht sogar lang versäumtes Werk. Wohl wird diese Säumnis in der Anpassung der Taktik in der galizischen Landesstube an die Stimmung im Volke ein Werk der politischen Vernunft sein, vielleicht taten die Auserwählten des Volkes gut daran, daß sie solange gezögert haben, bis sukzessive alle möglichen Mittel des legalen Kampfes erprobt wurden.

Vor einem halben Jahrhundert hatten die Ruthenen im galizischen Landtage ein Drittel sämtlicher Landtagsmandate. Das wäre auch heute ihr rechtlicher Besitz. Es bedeutet trotz der scharfen Form der Obstruktion ein hohes Maß Mäßigung, die sich die ruthenischen Abgeordneten auferlegten, ein guter Teil Anpassungsvermögen an den faktischen Besitz, wenn sie trotz ihrer numerischen Gleichheit mit den Polen erklären, in der zu schaffenden Wahlordnung mit 31 Prozent fürlieb nehmen zu wollen. Aber erwägt man, daß durch die vielen Jahrzehnte nicht nur der rechtliche Besitz der Ruthenen im Landtage verloren ging, sondern auf der ganzen Linie des nationalen Lebens schwere materielle Verluste sogar im Zahlenverhältnis der beiden Nationen zu verzeichnen sind, so wird sich die Devise, von der sich die ruthenischen Abgeordneten im galizischen Landtage leiten lassen, von selbst als politisch klug ergeben: „Keine Illusion, aber auch kein Nachgeben!" Auf der Tagesordnung der aktuellen Politik kann nur das Minimalprogramm stehen. Das Maximalprogramm leuchtet als Ziel voran, darf aber nicht aus den Augen verloren werden. Das Verhältnis zwischen beiden soll genau erwogen werden, damit die Politik nicht überhastet aber auch nicht kurzsichtig ist. Das Maß scheint nun von den ruthenischen Abgeordneten im Landtage gut eingehalten worden zu sein. Das legte ihnen den Sieg in die Hände.

Dr. Wladimir Kuschnir.

Aus Nr. 7/8 der Ukrainischen Rundschau (Wien) Dezember 1910:

Die Lehre von Zulyn.

Wir wollen keine Parallele zwischen den beiden Fällen ziehen wohl aber feststellen, daß beide Fälle harte Schläge für das polnische Volk bedeuten. Während nun die Czenstochauer Geschichte eine rein innere polnische Angelegenheit ist, in welche sich ein Fremder nicht einmischen darf und ob welcher jeder ehrliche Mensch das polnische Volk aufrichtig bedauert, erwächst der Zulyner Fall zu einer internationalen Bedeutung. Hatten es die Polen seinerzeit verstanden, durch das Wreschener Inzident die europäische Gesellschaft für ihre Lage in Preußen zu interessieren, so verdient der effektiv drastischere Fall Zulyn, richtiger das System Zulyn, bei weitem mehr Aufmerksamkeit. Die befleckte Unschuld der Schuld überwiesen ist ein recht pikantes Thema. Tatsächlich ist eine breite Öffentlichkeit an der Geschichte aus einem kleinen galizischen Dorf lebhaft interessiert: das schadenfrohe Preußen, das nationalistische Rußland, welches daraus einen doppelten Nutzen ziehen will, die bedrängten Ruthenen und die diesmal noch bedauernswerteren Polen.

Aus dem Fall Zulyn wurde in Rußland für die Polen eine neue Peitsche gedreht, sogar das liberale, polenfreundliche Jungrußland durfte nicht, wie sonst gewöhnlich, den Schönheitsfehler beschönigen. Aus dem Falle Zulyn wurde aber in Rußland auch eine Angel für die Ruthenen zurechtgefertigt. Das nationalistische Rußland warf sich den „armen" galizischen Ruthenen als mächtiger Vormund auf, und in der russischen Duma wurden Rufe hörbar, die „Brüder in Österreich" vor der Vergewaltigung in Schutz zu nehmen. Die ganze russische Presse öffnete ihre Spalten für die Schilderung der Lage der Ruthenen in Österreich-Ungarn und eine nicht mehr wie bisher in nachbarstaatlichen Schranken gehaltene national-russische und konfessionell-orthodoxe Hetze. Der Tod des den Mißhandlungen eines polnischen Lehrers erlegenen Schuljungen erwuchs in Rußland zu einer Art Nationaltrauer. In allen größeren Zentren Rußlands, in Petersburg, Moskau, Kijew, Kamenetz-Podolskij, ja selbst in Riga wurden Trauerandachten für Michael Kochanczyk abgehalten, zu denen Traueranzeigen an vorderster Stelle in der Presse und Leitartikel luden. Die Herren Professoren Filewicz und Georgiewskij, der bekannte Graf Bobrinskij, A. Lubinskij u. a. riefen darin das russische Volk auf,

den bedrückten Brüdern nicht in letzter Reihe mit Geld zu Hilfe zu eilen. „Und wir Russen lassen uns nicht spotten; sammeln wir einen genügenden Betrag, dem kleinen russischen Märtyrer ein würdiges Denkmal zu errichten. Zu diesem Zwecke schließe ich gleich 100 Rubel bei. Wenn die Familie des Getöteten einer Unterstützung bedarf, so habe ich nichts dagegen, daß das Geld der Familie zugute kommt, welche es verstanden hat, trotz der schweren Verhältnisse, in denen sich die russische Nationalität in Galizien befindet, einen so tüchtigen russischen Jungen aufzuziehen." So schrieb Prof. Georgiewskij an das Nowoje Wremja. Was sich erst ein Schwesterorgan der Podolanin (Nr. 39) leistete, welcher die galizischen Ruthenen nicht nur der russischen Nationalität, sondern auch der orthodoxen Kirche annektiert:

„Nicht minder schwer — schreibt dieses Blatt — lebt es sich dort, jenseits der Grenze, den Russen auch in kirchlicher Beziehung. In die galizischen Dörfer in Österreichisch-Rußland werden orthodoxe Geistliche überhaupt nicht zugelassen. Infolgedessen lassen die orthodoxen Russen ihre Kinder ungetauft, die Toten unbegraben und die Ehen uneingeweiht — bis sich eine Gelegenheit findet. Und solche Gelegenheiten schauen so aus: Von Zeit zu Zeit gelangen zu unseren Brüdern jenseits der Grenze heroische Mönche aus Reichsrußland. Insgeheim, den Obolus den Grenzjuden geleistet, stehlen sich diese heiligen Leute durch die Grenze hindurch. Dort aber schlüpfen die Helden durch geheime Stege, kriechend durch die dichten Maisfelder, in Bauerngewändern verkleidet, die heiligen Gaben im Busen versteckt, in tiefer Mitternacht ins russische Dorf." Dort verrichten sie, laut Bericht, ihre heiligen Pflichten und kehren auf dieselbe Weise nach Rußland zurück . . .

Die Geschichte ist selbstredend Produkt einer Phantasie. Gibt es doch in Galizien, wo die Ruthenen von den Polen vieles zu erleiden haben, gar keine orthodoxen Russen, auch keine orthodoxen Ruthenen, und die orthodoxen Ruthenen in der Bukowina sind sowohl in nationaler als auch in religiöser Beziehung derart ungeniert, daß die Erzählung in der Form absolut jeder Begründung entbehrt. Nichtsdestoweniger wagen wir nicht, ebenso kategorisch ihre Echtheit zu bestreiten. Daß Galizien und die Bukowina von russischen Agitatoren wimmelt, daß besonders in den Grenzgebieten offenkundige und versteckte Agenten, vielleicht auch in Geistlichenrollen, ihr verderbliches Werk treiben, steht fest und ist bereits des öfteren nachgewiesen worden.

Aus dem Fall Zulyn besonders glaubte die Bobrinskische Gesellschaft für sich ein Kapital schlagen zu dürfen. Die Familie Kochanczyk sollte dafür auf echtrussische Weise, durch Rubel, welche bereits vorgeschossen wurden, gewonnen werden. Eine furchtbare Enttäuschung wurde dem Grafen Bobrinski, dem Spender Georgiewskij und Genossen zuteil, ein Faustschlag ins Gesicht wurde ihnen gerade von der Seite versetzt, von der sie ihn am allerwenigsten erwarten konnten, nämlich von der Bauernfamilie Kochanczyk, die in Rußland in den wenigen Tagen zu einer Berühmtheit gelangt ist, und die alle Aussichten für sich gehabt hat, binnen weniger Wochen gegen die Förderung des politischen Kapitals für Bobrinski ein klingendes Kapital zu erwerben.

Zu Händen des Obmannes des Ruthenenklubs im Reichsrate und Landtage, Dr. Kost' Lewyckyj, gelangte über Initiative der unglücklichen Bauernfamilie Kochanczyk ein Dokument, dessen politische Bedeutung für die Ruthenen eine erstklassige ist, und welche dieser Familie und der ganzen Zulyner Gemeinschaft ein ehernes Denkmal setzt. In Übereinstimmung mit der Familie Kochanczyk ergriff die Vertretung des Dorfes Zulyn, der Gemeindevorstand samt Gmeinderat, das griechisch-katholische Pfarramt, der Ausschuß der Ortslesehalle und des Ortsturnvereines, sowie die ruthenische Repräsentanz des Ortsschulrates, das Wort zu der durch die Petersburger Reichsduma und die österreichische Delegation zur Berühmtheit gelangten Affäre und lieferte ein von den Vertretern aller genannten Institutionen, ferner von 130 Gemeindemitgliedern und sämtlichen erwachsenen Mitgliedern des Dorfes unterfertigtes Dokument, welches sowohl die polnischen Lügen, als auch die russischen Liebesmühen zu Schanden macht. Das Dokument lautet:

Die Nachricht von den schrecklichen Vorkommnissen in unserem Dorfe Zulyn, von der Mißhandlung unserer Kinder durch den allpolnischen Lehrer Grais dafür, weil diese auf das Recht, in der Muttersprache zu beten, nicht verzichten wollten, verbreitete sich, wie wir aus den Blättern erfahren, in der ganzen Welt und fand sogar in der österreichischen Delegation und in der russischen Reichsduma ein Echo. Graf Bobrinski machte sich die Gelegenheit zunutze, um unsere Kinder als Russen und Orthodoxe darzustellen, welche vorgeblich hier für ihre Gefühle der Zusammengehörigkeit mit dem russischen Volke und der orthodoxen Kirche zu leiden haben. Aus diesem Anlasse befassen sich mit uns, wie wir vernehmen, russische Blätter und über Intention des Grafen Bobrinski werden für uns in Rußland Beiträge gesammelt.

Andererseits hören und lesen wir, wie polnische Blätter diese unerträglichen Qualen unserer Kinder verneinen und wie sogar von amtswegen verkündet wird, daß Grais die Kinder keinesfalls mißhandelt habe, vor allem nicht für ruthenisches Gebet, daß ferner der kleine Michael Kochanczyk nicht an den Hieben, sondern an einer durch Tuberkulose eingetretenen Gehirnentzündung gestorben sei.

In Anschauung all dessen stellen wir, Einwohner Zulyns, samt dem Gemeindevorstand und dem Gemeinderat, einträchtig mit dem griech.-kath. Pfarramt, mit dem Ausschusse der Lesehalle Proswita und des Turnvereins Sokil, sowie den ruthenischen Vertretern des Ortsschulrates, mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden an der Spitze, nach einmal fest, daß der Lehrer Bronisl. Grais **unsere Kinder in bestialischer Weise mißhandelt** hat, und zwar dafür, weil diese sich geweigert haben, polnisch zu beten, weil sie den in das Lehrzimmer eintretenden Lehrer nur ruthenisch, nicht aber polnisch, wie er es ihnen befohlen hat, gegrüßt haben, ferner, daß er die sechs- bis siebenjährigen Knaben Wasyl Melnyk, Wasyl Czaban, Mykola Lawruk und Wasyl Kowal **an ihren eigenen Hosenriemen an der Schultafel aufgehängt** hat, **den Baumelnden Spinnengewebe in den Mund gesteckt** und über die in Konvulsionen Röchelnden gespottet hat, daß er ferner die Rosa Kochanczyk im Februar dieses Jahres mit eisernen Ringen derart zugerichtet hat, daß ihr längere Zeit der Verlust des rechten Auges gedroht und sie das Haar an der rechten Schläfe verloren hat, daß er den siebenjährigen Michael Kochanczyk im September dieses Jahres **mit einem Schlagring** bearbeitet, denselben zu Boden geworfen und mit Füßen getreten hat, infolge dessen das Schulkind, welches in die Schule ganz gesund gekommen war, schon am nächsten Tage das Bewußtsein vollständig verlor und infolge der Gehirnerschütterung dasselbe nicht mehr erlangte, seit der Zeit an konvulsivischen Anfällen litt, bis es am 10. Oktober starb. Schließlich, daß, wie dies durch Angaben der bei der Kindermißhandlung anwesenden Schulkinder bestätigt wurde, der von den Schulbehörden zur

Untersuchung entsandte Schulinspektor Nowakowski aus Stryj die Grais belastenden Angaben nicht aufnehmen ließ und sogar die Angaben des Gemeindevorstandes, welcher all' diese Fakten bestätigte, nicht protokollieren wollte.

Alles dies bestätigen wir und halten fest gegenüber den Bestrebungen jener, welche die Sache mit allen Mitteln zu verdrehen suchen, nach unserem Gewissen und der reinen Wahrheit.

Andererseits erklären wir uns gegenüber den Sympathiekundgebungen, welche zu uns aus Rußland vom Grafen Bobrinski und dessen Anhängern stromweise fließen, folgendes:

Wir sind gewiß allen jenen, die sich an uns Entrechteten mit dem Ausdrucke des Mitgefühls wenden, aufrichtig dankbar, ohne Rücksicht darauf, wer sie sind und welcher Nation sie angehören, und so wären wir auch der russischen Presse dankbar dafür, wenn diese ihre Kundgebungen, der Ausfluß des wahren Mitgefühls, für unsere schreckliche Lage wären. Wir müssen uns jedoch **gegen ein derartiges Mitgefühl ganz entschieden verwahren,** für welches man unser kostbarstes Gut, unsere Nationalität und unser Glück, nehmen will.

Wir sind kein russisches Volk. Nicht für das russische Wort und nicht für den orthodoxen Glauben müssen wir Qualen und Tod unter der polnischen Herrschaft erleiden. Wir sind ein wahrhaft ruthenisches Volk, welchem seine ruthenische Sprache teuer ist, wir sind treue Kinder der griech.-kath. Kirche und für diese unsere heiligsten Gefühle leiden unsere Kinder Qualen und Tod. Und in Ansehung dessen ist es niemanden gestattet, aus diesen unseren Opfern für sich eine politische Waffe zu schmieden.

Sowie die Qualen und der Tod unserer Kinder uns nicht zwingen können, unsere ruthenische Nationalität gegen die polnische zu vertauschen, so wenig können uns die Kundgebungen des Grafen Bobrinski und die Liebesgaben jenseits der Grenze dazu bewegen, daß wir es schweigend über uns ergehen lassen, Russen und Orthodoxe genannt zu werden.

So bitten wir Sie, Herr Graf Bobrinski, Ihre Liebesgaben und Ihr Mitgefühl für uns als „Russen" für sich selbst zu behalten, und wenn Ihr Herz tatsächlich für die Stimme der Wahrheit und Gerechtigkeit zugänglich ist, so sorgen Sie dafür, daß dort, wo Sie Stimme haben, für unsere Nation keine Ketten geschlagen werden, daß unser Volk in ukrainischen Ländern nicht gezwungen wird, russisch zu lernen und zu beten. Dafür wird Ihnen ein großer Dank von uns und von dem ganzen ukrainischen Volke zuteil.

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir hier mit schweren Opfern den Weg für unsere ruthenische Sache bahnen müssen, wir wollen weiter bei ihr treu ausdauern, unerschrocken, nicht entmutigt und nicht gebrochen, und indem wir das Opfer des unschuldigen Schulkindes beweinen, haben wir wenigstens die Sicherheit, daß das kleine Opferkind vor dem Throne des Allmächtigen für uns in ruthenischer Sprache betet.

Zulyn, 12. November 1910.

Gemeindevorstand (Stampiglie des Gemeindeamtes Zulyn: L. S.) Ilko Duwalo, Gemeindevorsteher. Folgen Unterschriften von zehn Gemeinderäten.

Griech.-kath. Pfarramt in Semigeniw mit Fil (L. S.) Zulyn: P. T. Iwasyk.

Ausschuß der Lesehalle „Proswita" in Zulyn. Jakym Markus, Obmann. (L. S.) Folgen weitere Unterschriften.

Ausschuß des Turnvereines „Sokil". Iwan Pajuk, Obmann. Folgen weitere Unterschriften. (L. S.)

Vertreter des Ortsschulrates: Ilko Turyk, Stellvertreter des Vorsitzenden und andere. (L. S.)

Gemeindemitglieder. Folgen 130 Unterschriften.

Das ruthenische Volk ist der wackeren Familie Kochanczyk und der Gemeinde Zulyn für dieses männliche Auftreten wahrhaft zu Dank verpflichtet. Diese für uns in letzter Instanz entschiedene Verurteilung der polnischen Herrschaft wird durch keine Amtslügen mehr aus der Welt geschafft, und die russischen Hetzer werden auch ihren Katzenjammer auszukosten haben.

Redigiert vom Polizeidirektor Zacher.

Der Königliche Polizei-Präsident
von Heyking.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.